

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3 Mark pro Quartal, 10 Mark pro Jahr, 30 Mark pro 3 Jahren, 100 Mark pro 10 Jahren. Einzelhefte 5 Pf. Sonntagshefte 10 Pf. Postgebühren sind in den Preisen eingeschlossen. In den Postämtern sind die Abbestellungen zu machen. Die Abbestellungen sind an: Berlin, Postamt 10, Postfach 10000. In den Provinzen an: Berlin, Postamt 10, Postfach 10000. In den Provinzen an: Berlin, Postamt 10, Postfach 10000.

**Die Interims-Gebühr**  
 beträgt für die sechsmonatige Abonnementzeit oder deren Raum 60 Pf. für politische und gemeinschaftliche Berichts- und Berichtsblätter 50 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste Heftgebühren 10 Pf., jedes weitere Heft 5 Pf. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Heft 10 Pf., jedes weitere Heft 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Verlagsort: Berlin.  
 Verleger: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 23. Juni 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Der Blockfreilinn im Angestelltenkonflikt.

Als wir über das neueste Unternehmerattentat auf das Koalitionsrecht der Angestellten berichtet haben, nahmen wir Gelegenheit, auf die Mittelstandsfrage um Raumann herum hinzuweisen, die ja jetzt in der Praxis für das „Persönlichkeitsideal im Großbetrieb“ eintreten können. Dieser Hinweis war von uns deshalb gemacht worden, weil wir wissen, daß in Angestelltenkreisen bisher Raumann als der „kommende Mann“ betrachtet wurde. Seinen Eintritt in den Reichstag hatte man mit großer Freude begrüßt, gerade von den Angestellten wurden auf Raumann große Hoffnungen gesetzt. Diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Selten hat eine politische Führerschaft sich so um Hals und Kragen geredet und geschrieben, wie Raumann und seine Leute. Davon sollten auch die Angestellten lernen.

Es war nun für uns besonders interessant, zu beobachten, wie sich dieser Blockfreilinn zu dem jetzigen Angestelltenkonflikt stellen wird. Wir gestehen, daß unsere Erwartungen in dieser Beziehung nicht enttäuscht wurden.

In der „Hilfe“, dem offiziellen Raumannblatt, nimmt Tischendörfer dazu das Wort, sein Artikel ist knapp eine Spalte lang; wir müssen allerdings gestehen, wir hätten von einem Gewerkschaftler eine Arbeit erwartet, die weniger oberflächlich an den Kernpunkt der ganzen Angelegenheit vorbeigeht.

Herr Tischendörfer hält es für nötig, dem Mund der technisch-industriellen Beamten eine Strafpredigt zu halten. In einem Leitartikel der Zeitschrift dieser Organisation, der deutschen „Industriebeamtenzeitung“, hatte ein Mitarbeiter die Forderung auf Einführung von Kündigungsanschlüssen gestellt. Um den Angestellten und Arbeiter in seinem Arbeitsverhältnis nicht unbedingt der Willkür seiner Vorgesetzten auszuliefern, will der Verfasser in einem Arbeiterauschuß oder in einer besonders zu schaffenden Instanz die Möglichkeit schaffen, durch Vertreter der Arbeiter und Angestellten Entlassungen nachprüfen zu können. In der famosen Begründung des Sendeschreibens der Arbeitgeber an die bayerischen Mitglieder wird nun dieser Kündigungsanschuß erwähnt. Es wird natürlich das „Sineintreden in das Kündigungsrecht des Arbeitgebers“ mit großer Entrüstung abgelehnt und als eine unerhörte Forderung bezeichnet.

Hierin ähnlich orafelt auch Tischendörfer, indem er wörtlich schreibt:

„Ohne Zweifel sind im Bunde der technisch-industriellen Beamten mancherlei Fehler gemacht worden. Es liegt durchaus im Angestellteninteresse, dies ohne weiteres zuzugeben. Auch die Ausführungen über den Kündigungsanschuß sind so wohl dem Inhalt wie der Form nach verkehrt. Selbst sozialdemokratische Betriebe haben noch keine derartige Einrichtung. Der Gedanke ist noch verfehlt.“

Nun ist die ganze Frage des Kündigungsanschlusses hier eine höchst nebensächliche Geschichte. Es wird Herrn Tischendörfer sehr gut bekannt sein, daß es sich hier um die ganz private Ausherrschung eines einzelnen Mitarbeiters handelt, und daß die Arbeitgeber für ihren Vorstoß nur nach Scheingründen gesucht haben, um ihre Handlungsweise zu bemänteln.

In Wirklichkeit handelt es sich hier um viel mehr, als um die Durchführbarkeit irgendeiner sozialpolitischen Arbeit. Die Privatbeamtenbewegung hat in den letzten Jahren eine radikalere Färbung angenommen; die Angestellten haben die Notwendigkeit erkennen müssen, statt in Fachvereinen und Harmonieverbänden sich zusammenzuschließen, gleich den Arbeitern Gewerkschaftsorganisationen zu schaffen. Der jetzige Gewaltstreik der Scharfmacher ist nur der erste Vorstoß einer planvoll eingeleiteten Aktion, die Angestelltenbewegung in ihrer jetzigen Form einfach niederzurufen. Gelänge den Scharfmachern dieser Vorstoß, dann würde auch vorläufig diese Bewegung für einige Jahre lahmgelegt sein.

Der zitierte Artikel der „Hilfe“ erhält aber eine eigenartige Bedeutung dadurch, daß Tischendörfer selbst Angestellter des Bundes der technisch-industriellen Beamten ist. So viel wir wissen, sind von ihm bisher die Versammlungen der Berliner Ortsverwaltung einberufen worden und er hat für den Bund im Auftrage des Vorstandes überall Agitationsvorträge gehalten. Während seine Organisation sich gerade jetzt in einem der schwersten Kämpfe befindet, während von der „Post“ und der „Arbeitgeber-Zeitung“ eine Hege gegen den Bund inszeniert wird, findet Tischendörfer als Bundesangestellter nichts Besseres zu tun, als außerhalb der eigenen Reihen wegen einer höchst nebensächlichen Kleinigkeit dem Bund eine höchst überflüssige Strafpredigt zu halten!

Ob als Motive für dieses Vorgehen die uns von früher her bekannten „Tischendörferereien“ zu betrachten sind, können wir als Außenstehende nicht beurteilen; uns interessiert aber der Artikel besonders deshalb, weil er eine symptomatische Bedeutung für die ganze Richtung hat. Es ist immer die gleiche Unentschiedenheit des Blockfreilins, die auch aus jenen Zeilen spricht. Statt die gegebenen Tatsachen klar ins Auge zu fassen, sucht

man zu kompromittieren, die Dinge mit schönen Worten zu verhüllen und dabei jeder klaren Entscheidung auszuweichen.

Deshalb wird auch der „Vorwärts“ jederzeit Gelegenheit nehmen, die Schaukelpolitik Raumanns und seiner Getreuen zu charakterisieren, selbst wenn das einem Mann wie Tischendörfer herzlich unangenehm und unbequem werden sollte, wie er das auch in jenem „Hilfe“-Artikel zum Ausdruck bringt.

## Das gewerkschaftliche Arbeiterparlament

Vom weinstrohen Rhein, wo er vor drei Jahren tagte, hat der Kongress sein Domizil nach der lastentragenden Elbe verlegt. Aus dem „Gärtnich“, dem alten Patrizierheim im Schatten des Kölner Domes, nach dem Hamburger Gewerkschaftshaus, der „Wassenschmiede“ der Arbeiterschaft, wie Genosse Vebel dieses Arbeiterproletariatshaus bei seiner Eröffnung nannte. Den Vormittag des ersten Tages füllten vornehmlich Begrüßungsreden und die zur regelrechten Abwidelung der Geschäfte unermüdlichen Formalitäten. Genosse Legien konnte dabei mit Freude Gäste aus Dänemark, Oesterreich, Ungarn und der Schweiz begrüßen. Er schilderte den Anteil, den Hamburg an der Entwicklung der modernen Gewerkschaftsbewegung hatte und den Aufschwung, den die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften seit deren Gründung genommen haben. Repräsentiert doch dieser Kongress eine organisierte Masse von 1865 506 Arbeitern und Arbeiterinnen. Und dieser Erfolg ist erreicht gegen den Willen der herrschenden Gewalten, die bis in die jüngste Zeit hinein (man denke an das neue Vereinsgesetz) sich der Arbeiterorganisation entgegenstellten.

Die vorgeschlagene Tagesordnung erfuhr eine kleine Abänderung. Beantragt und beschlossen wurde, die Raiffeiter als einen gesonderten Punkt zu behandeln. Das Referat Kollmanns über „Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung“ soll seiner Wichtigkeit wegen von der letzten auf die fünfte Stelle rücken. Damit soll auch der Regierung gezeigt werden, daß man diese Frage nicht als nebensächliche behandelt wissen will. Bezüglich der Grenzstreitigkeiten wird beschlossen, die Redaktionskommission mit der Ausarbeitung einer Resolution zu betrauen, die als Grundlage für die Diskussion dienen soll.

Hamburg, 22. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“).

Bei der Verichterstattung über die Tätigkeit der Generalkommission nahm Genosse Legien Gelegenheit, sich zu der angeblich geplanten Gründung einer gewerkschaftlichen Frauenzeitung zu äußern. Es ist, wie er ausführt, in der Generalkommission offiziell über die Gründung eines solchen Blattes nicht gesprochen worden. Legien selbst hat lediglich gelegentlich einer Sitzung der Generalkommission die Frage aufgeworfen, ob es nicht nützlich sei, für die Gewerkschaftspressen, die mit einer größeren Zahl weiblicher Leser zu rechnen hat, eine Beilage zu schaffen, die speziell den Interessen der Arbeiterinnen gewidmet ist. Eine solche Einrichtung würde natürlich nicht getroffen werden, ohne daß die in Frage kommenden Gewerkschaften zu den Vorarbeiten herangezogen werden. Erweise sich die Durchführung der Sache aber einmal als notwendig, dann würde sich allerdings die Generalkommission durch keinerlei Einrede davon abhalten lassen.

Rössel-Berlin (Textilarbeiter) stellt demgegenüber fest, daß der Vertreter der Generalkommission an mehrere Vorstandsmitglieder des Textilarbeiterverbandes in einer persönlichen Unterredung die Frage gerichtet habe: „Wißt Ihr schon, daß die Generalkommission mit dem Plane umgeht, eine selbständige gewerkschaftliche Frauenzeitung zu gründen?“ Rössel-Berlin bejaht diesen Vorwurf.

Umbreit (eben jener Vertreter der Generalkommission) fährt die ganze Debatte auf dem Textilarbeiterkongress auf eine mißverständliche private Meinungsäußerung zurück und überläßt es dem Gefühl des Kongresses, ob die öffentliche Vertretung dieser Aeußerung loyal sei. Ida Altman als Vertreterin des Arbeiterinnensekretariats stellte für dieses fest, daß auf dieser Seite weder der Wunsch nach einer besonderen gewerkschaftlichen Frauenzeitung noch auch nach einer bloßen Frauenbeilage für die Gewerkschaftspressen bestünde. Die Angelegenheiten der Arbeiterinnen müßten mit denen der Arbeiter gemeinsam behandelt werden. Auch der Kapitalismus mache keinen Unterschied zwischen der Ausbeutung der Arbeiter und der Arbeiterinnen. Die Debatte erstreckt sich im übrigen in der Hauptsache auf die Anträge auf Schaffung eines sogenannten Generalstreitfonds in den Händen der Generalkommission. Dafür sind die Vertreter der kleineren oder schwächeren Organisationen, dagegen die Redner aus den Reihen der großen und finanzkräftigen Verbände, so der Holzarbeiter und Metallarbeiter. Die Vertretung der Lithographen und Steinrunder läßt aber nach erfolgter Aussprache durch Sillier den betreffenden Antrag zurückziehen unter der Voraussetzung, daß sich die nächste Konferenz der Gewerkschaftsvorstände mit der Sache beschäftigen.

Den Schluß des ersten Tages bildete das Referat der Genossin Grünberg über die Agitation unter den Dienstboten. Die Verhandlungen des Tages zeichneten sich durch ruhige Sachlichkeit aus. Die Zahl der Kongreßteilnehmer beträgt 324.

## Nach den Landtagswahlen.

Nicht bloß der Berliner Blockfreilinn und die Nationalliberalen von Linden haben das Vordringen der Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen klagend gespürt. Es gibt noch mehr Leidtragende, und vor allem die Nationalliberalen des Ruhrreviers gehören dazu, wie in unserer Sonnabendnummer eine Zuschrift aus dem Industriegebiet näher dargelegt hat. Natürlich ist die Partei der rheinisch-westfälischen Scharfmacher äußerst aufgebracht über ihre Verluste, die die Sozialdemokratie ihr beigebracht hat und ihre Presse zehrt voll sittlicher Entrüstung über das schwarz-rote Kartell. Wie ein Nabe särgt sie sich jetzt auf einige feilsche Vetrachtungen, die die „Arbeiterzeitung“ zu Essen zur Kritik unserer Partei bei den Abgeordnetenwahlen veröffentlicht hat. Unser Essener Parteiorgan beklagt, daß die Sozialdemokratie dem Zentrum ohne Gegenleistung in den Kreisen Dortmund-Land, Bochum und Mülheim a. d. Ruhr die Kassen aus dem Feuer geholt habe. Die Postungen der Sozialdemokraten einzelner Kreise, das Zentrum werde in Solingen, Frankfurt-Land usw. auch für die Sozialdemokratie eintreten, hätten sich nicht erfüllt, wie das bei der Verräternatur des Zentrums nicht anders zu erwarten war. Der gefährlichste Feind der Sozialdemokratie im Ruhrgebiet sei nicht mehr der Nationalliberalismus, dessen terroristische Gewohnheiten für die Arbeiterschaft ihren Schrecken verloren hätten, sondern das Zentrum.

In einem zweiten Artikel hemängt unser Essener Parteiblatt nochmals, daß die sozialdemokratischen Wahlmänner der drei oben genannten Kreise die Zentrumskandidaten gewählt haben, ohne irgend eine Gegenleistung dafür zu bekommen, obwohl doch das Zentrum keines der drei Mandate ohne ihre Hilfe hätte bekommen können. Das Zentrum habe in den Wahlkreisen Solingen und Frankfurt-Land, wo für die Sozialdemokratie einzutreten es den Genossen des Ruhrreviers versprochen habe, dies Versprechen schamlos gebrochen. Und schließlich sei das Zentrum in der Wahlrechtsfrage nicht besser als der Blockfreilinn. Das Zentrum „ist und bleibt eine Gefahr für Deutschlands kulturelle Entwicklung, und die Gesamtpartei hat ein lebhaftes Interesse an der Art unseres Kampfes gegen die Demagogenpartei! Man setze doch nicht zu viele Hoffnungen auf die „demokratischen“ Elemente im Zentrum. So viel „Demokraten“, wie das Zentrum, hat auch der „verkommene Freilinn“ noch in seinen Reihen! Für jeden vom Freilinn verübten Volksverrat zählt man zwei vom Zentrum verübte auf.“

Anderer Ansicht als unser Essener Parteiblatt sind indes die anderen drei Parteiblätter des Ruhrreviers, die „Arbeiterzeitung“ zu Dortmund, das „Volksblatt“ zu Bochum und die „Niederrheinische Arbeiterzeitung“ zu Duisburg. Sie stellen fest, daß die Sozialdemokratie der drei Kreise gehandelt hat, wie sie handeln mußte. Denn den erbittertesten Feinden der Arbeiterschaft, den Vertretern der großindustriellen Scharfmacher und wütenden Segnern des gleichen Wahlrechts, ja zum Teil sogar des geheimen Wahlrechts standen Zentrumskandidaten gegenüber, die die von der Sozialdemokratie verlangte Erklärung abgegeben haben: 1. Für die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen stimmen zu wollen. 2. Bei der Verhandlung und Abstimmung über einen entsprechenden Antrag im Abgeordnetenhaus anwesend zu sein. 3. Für eine Neuregelung der Wahlkreise eintreten und stimmen zu wollen.

Wir meinen auch, daß sich gegen diese Entscheidung nicht das geringste einwenden läßt. Angesichts dieser Erklärungen der Zentrumskandidaten, die im Punkt 3 noch über das hinausgehen, was die Zentrumspartei bisher offiziell vertreten hat, mußten unsere Genossen dem Zentrum gegen die nationalliberalen Wahlrechtsfeinde zum Siege verhelfen, ohne das von Gegenleistungen abhängig machen zu können. Nebenbei hat sich hinterher herausgestellt, daß die Mandate von Solingen und Frankfurt-Land auch dann nicht zu gewinnen gewesen wären, wenn sämtliche Zentrumskandidaten im entscheidenden zweiten Wahlgange für den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt hätten.

Die „Essener Arbeiterzeitung“ hält das Zentrum in der Frage der Wahlreform nicht für zuverlässig. Wir tun es ganz gewiß auch nicht. Aber uns kann es auf keinen Fall schaden, wenn im Zentrum drei auf die oben wiedergegebenen Erklärungen gewählte Abgeordnete sitzen, Abgeordnete, die vornehmlich von Arbeitern gewählt sind und deren Verhalten zur Wahlreform unter der noch dem Zentrum folgenden Arbeiterschaft so oder so aufrüttelnd wirken muß. Der Nationalliberalismus hat eine hundertfach verdiente Niederlage erlitten, das Zentrum des Ruhrreviers ist mit Verpflichtungen für die Wahlreform beladen worden, die es nicht abwerfen kann, ohne Schaden zu leiden. Wir meinen, das ist eine für die Sozialdemokratie und für den Wahlrechtskampf ganz gute Konstellation.

Anderes steht es mit den Abstimmungen sozialdemokratischer Wahlmänner in einigen anderen Wahlkreisen. Die Erbitterung über die Verräterei des Freilins in Verbindung mit der Abneigung gegen einen besonders unsympathischen Vertreter dieser Partei hat z. B. im schlesischen Landtagswahlkreis Liegnitz-Goldberg-Gahnau eine Anzahl sozialdemokratischer Wahlmänner dahin gebracht, für den konservativen Kandidaten zu stimmen. Die Breslauer „Volksmacht“ berichtet darüber:

„In diesem Wahlkreise ist Fischbeil, der berüchtigte Freilinnige, noch einmal mit knapper Mehrheit gewählt. Um ihm seine Abhängigkeit von den sozialdemokratischen Stimmen klarzumachen und ihn ein wenig zappeln zu lassen, stimmte eine Anzahl sozialdemokratischer Wahlmänner in der

**Stichwahl für den konservativen Schornsteinfegermeister Conrad aus Breslau,** jedoch nur so viel, daß Fischel mit ein paar Stimmen Mehrheit noch durchkam. Die Genossen in Liegnitz, welche sich diesen Scherz erlaubten, haben sich damit in Widerspruch zu dem vom Central-Wahlkomitee festgelegten Abstimmungskriterium gesetzt, und nur der Umstand, daß sie dem konservativen Kandidaten nicht zum Siege verhalfen, schäme sie vor einer ernstlichen Klage. Wir wünschen dem Herrn Fischel seinen Durchfall ebenso von ganzem Herzen als die Liegnitzer, dies Ziel aber durch Abgabe einzelner Stimmen für einen konservativen zu erreichen, ist absolut unstatthaft. Liegnitzer haben sich, soweit wir sehen können, nicht alle Genossen an dem Schabernack beteiligt, die Parteifunktionäre sind sämtlich der Enthaltungsparole gefolgt.

Die freisinnige Presse hat natürlich über diesen Vorgang ganze Wagenladungen stiller Entschuldigungen produziert. Sie sollte sich lieber an die Brust schlagen und bekennen, daß der sogenannte Linksliberalismus es selbst verschuldet hat, wenn sozialdemokratische Wahlmänner keinen Unterschied mehr zwischen Blochfreisinn und seinen konservativen Blochfreunden entdecken können. Herr Fischel hat übrigens durch seine überaus schofte Kampfesweise, die er seit Jahren im Kreise gegen die Sozialdemokratie beliebt, ein gut Teil dazu beigetragen, daß es zu solchem Vorgang gekommen ist. Indes ist trotz aller milderen Umstände das Eintreten sozialdemokratischer Wahlmänner für konservativen Kandidaten natürlich durchaus nicht zu entschuldigen. Die offizielle Parole der Wahlenthaltung hätte unter allen Umständen innegehalten werden müssen. Die bloßhinsinlichen Wahlmänner werden unserer Frontens trotz des Umstandes, daß ihr Verhalten auf das Wahlergebnis keinen Einfluß gehabt hat, nicht ohne kräftige Rüge davonkommen.

Uebrigens hat der ehrenwerte Blochfreisinn am allerwertigsten Grund, sich über die sozialdemokratischen Wahlmänner von Liegnitz aufzuhalten. Wie haben denn seine Wahlmänner in der Stichwahl zwischen Sozialdemokratie und Konservativen gestimmt? In Brandenburg stimmten 49 Liberale für den konservativen, 24 enthielten sich der Abstimmung und ein ganzer stimmte für den Sozialdemokraten. Und in Frankfurt-Land? Da stimmten für den national-liberalen Wahlrechtsfeind v. Bülow 80 Freisinnige, 22 enthielten sich der Abstimmung und 9 stimmten für den sozialdemokratischen Kandidaten!

Im Wahlkreis Guben-Forst-Soran haben die sozialdemokratischen Wahlmänner des Bezirks Guben in der Stichwahl für einen Freikonservativen gestimmt, um den ihnen besonders verhassten Nationalliberalen König, einen wütenden Arbeiterfeind, zu Fall zu bringen. Es mißklang, da die sozialdemokratischen Wahlmänner zu Forst und Sorau nicht mittaten. Wir verstehen den Wunsch der Gubener Genossen durchaus, trotz alledem ist ihr Einzetzen für einen Freikonservativen in keiner Weise zu rechtfertigen. Uebrigens ist in diesem Wahlkreis mit sozialdemokratischer Hilfe der freisinnige Thurm gewählt worden.

Ein Freisinniger ist außerdem von den sozialdemokratischen Wahlmännern im Wahlkreis Wiefeld-Perford-Galle gewählt worden. In diesem Dreimännerkreis haben die Sozialdemokraten den Freisinnigen Lorenz gegen den Christlich-sozialen Mumm durchgebracht, um diesen für seinen systematischen Verrat an der Arbeiterschaft und seine wilde Hege gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften mit dem Durchfall zu bestrafen. Der Fall liegt wesentlich anders als der von Liegnitz und Guben, weil hier zur Erreichung des Zwecks nicht das Eintreten unserer Wahlmänner für ein Mitglied der Junkerpartei nötig war.

**Noch ein Glückwunsch aus dem Auslande.**  
Aus Paris lief folgendes Schreiben ein:  
An den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.  
Werte Genossen!

Die Sozialisten ganz Frankreichs haben freudigen Anteil genommen an dem glänzenden Siege, den die Partei bei den Landtagswahlen in Preußen davongetragen hat. Das Eindringen sozialistischer Vertreter in diese bisher unüberwindliche Festung der Reaktion bedeutet nicht nur für Euch, sondern für die gesamte Internationale einen großen Sieg.

Der Nationalrat der Sozialistischen Partei Frankreichs, der am rechten Sonntag in Paris versammelt war, hat an diesem Triumphgegen Anteil genommen und hat sein Bureau beauftragt, Euch bei dieser Gelegenheit die wärmsten und aufrichtigsten Glückwünsche zu senden.

Ich tue das mit großem Vergnügen durch dies Schreiben.  
Empfangt zugleich die Versicherung unserer brüderlichen Solidarität.

Für den Nationalrat:  
Louis Dubreuilh.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Juni 1908.

### Der Raub der halben Milliarde.

Bekanntlich sind die auch von uns wiedergegebenen Angaben der „Röln. Volksztg.“ über die Reichsfinanzreform vor kurzem dementiert worden. Das Blatt stellt nun richtig, daß die Blochführer nicht mit dem Fürsten Bülow, sondern mit dem Reichschahsekretär konsultiert haben. Im übrigen hält das Blatt seine Angaben vollständig aufrecht und ergänzt sie durch die Mitteilung, daß auch eine Steuer auf Gas und Elektrizität und zwar für Licht wie für Kraft geplant sei. Die Abgabe soll vorerst gering sein, aber sich leicht steigern lassen.

Die Besteuerung des Lichtes würde allerdings für die Aera der Blochpolitik, die das Licht schon lange nicht übertragen kann, sehr passend sein. Wir vermuten sogar, daß es bei Gas und Elektrizität nicht bleiben, sondern daß auch das Petroleum an die Reihe kommen wird. Denn die Finanzpolitik des Bloch hat es ja vor allem auf die Verschönerung abgesehen. Wir finden es auch sehr natürlich, daß die Regierung sich in Stillschweigen hält, aber wir hoffen, daß ihr diese Laktik nicht viel nützen wird. Gegen die Ueberumpelung werden die Sozialdemokraten das deutsche Volk rechtzeitig zu schützen suchen.

An dem Lofschweigen beteiligen sich auch die Freisinnigen zum größten Teil. Soweit sich Stimmen vernehmen lassen, sind es solche, die dem Freisinn schon jetzt zum Verrat zureden. Und bereits kann man die ganze nationale Schwindemache vorantreiben, die die Reichsfinanzreform zu einem glücklichen Abschluß verhelfen soll. Schon beginnt man uns vorzuzulügen, daß das Ausland Zweifel in die deutsche Finanzkraft hege, daß die „Weltstellung“ Deutschlands insoweit leide und daß es daher „nationale“ Pflicht sei, dem deutschen Volke 500 Millionen abzunehmen. Eine Kampagne des Kurrapatriotismus bereitet sich vor.

Und wie bei den letzten Wahlen mit allen Mitteln käuflicher Reklame der Kolonialrummel injiziert wurde, so malt man in gewissenloser Weise Kriegsgespenster an die Wand, um dem deutschen Volke klar zu machen, daß die Reichen nach wie vor im Reiche steuerfrei und die Armen in der Zeit der Krise, der Arbeitslosigkeit, der hohen, durch das Zollwuchererbrechen erzeugten Lebensmittelpreise ein halbe Milliarde mehr steuern müssen, damit neue Kriegsschiffe, neue Heeresrüstungen den Konzeptionspatrioten neue Profite bringen können. Es ist bezeichnend, daß die freisinnigen Blätter kein Wort des Protestes mehr finden, bezeichnend, daß kaum mehr eine Stimme fragt, ob denn das Defizit nicht durch Ersparungen, durch Einschränkung der sinnlosen Welt-politik, die Deutschland nur Opfer kostet und keinen Nutzen bringen kann, beseitigt werden kann. Und doch liegt der Gedanke so nahe. Eine Verständigung mit den Westmächten, vor allem mit England, über die Einschränkung des Flottenbaues — und Hunderte von Millionen wären erspart und die Isolierung Deutschlands in der Welt hätte ein Ende. Doch freilich, die Blochmajorität, die dem Schwindelpatriotismus ihr Dasein verdankt, kann nur vom Schwindelpatriotismus dieses Dasein fristen! Aber wie in aller Welt kommen die Verschönerer dazu, die Kosten einer Politik zu begreifen, die sie verabscheuen? Der Raubzug der indirekten Steuern muß ihren erbitterten Widerstand werden. Dem Programm der Plünderung der Volksmassen sehen sie das Programm entgegen: Keine andere Finanzreform als die der Sparsamkeit und direkter Reichssteuer!

### Flensburg.

„Der Schweinehandel von Flensburg.“ wie Herr v. Gerlach das Verschächern des Reichstagsmandates an den Bund der Landwirte nennt, hat weder den Vorstand der freisinnigen Volkspartei noch dessen Organ zu einer Mißbilligung veranlaßt. Nach den Vorgängen von Oberbarnim wäre das auch insofern gewesen. Vollends utopisch ist es, wenn Leute aus der freisinnigen Vereinigung gar die Hoffnung aussprechen, die freisinnige Volkspartei würde den Dr. Daus, eine Frucht liberal-konservativer Paarung, zur Niederlegung des Mandats bestimmen. Als ob es sich diesen Leuten bei den Wahlen um irgend etwas anderes handelte als um Mandate! Wir sind auch überzeugt, daß Herr Dr. Daus um nichts weniger freisinnig ist als die Fischel, Wiemer, Kopsch und Müller. Wir sehen übrigens, in Flensburg nur notariell bestätigt, was die Freisinnigen schon seit längerer Zeit getan haben. Sie stimmen in der Provinz für die Konservativen gegen die Sozialdemokraten, damit die Konservativen sie in Berlin vor dem völligen Durchfall retten. Heute wird es sich ja im 12. Bezirk wiederum zeigen, wie Konservativen und Freisinnige sich verdrängen werden, um zu vermuten, mit Hilfe des Reichswahlrechts einen Vollvertreter zu verdrängen und einen Privilegienritter mehr zu schaffen. Die freisinnige Volkspartei ist eben durch und durch reaktionär und nur die widerliche Heuchelei unterscheidet sie von den antimilitärischen Radaubrüdern.

### Eine elende Scheinreform.

Das „Verl. Tagebl.“ veröffentlicht heute einen Artikel von F. Hoff, dem freisinnigen Landtagsabgeordneten von Kiel, über die geheime, direkte Wahl. Der Herr gibt darin ein Rezept, wie man die geheime, direkte Wahl durchführen kann, ohne die Dreiklassen-einteilung zu beseitigen. Herr Hoff gibt so als eine Art Uebergang von den „entschiedenen“ zu den ganz unentschiedenen Freisinnigen. Und dieser sozialjagende „Bessere Freisinnige“ weicht in der Wahlrechtsfrage nichts geschickter als ein tun, als eine elende Scheinreform zu fordern, die die Schmach der Klassen-einteilung, die Vergewaltigung von 85 Proz. des preussischen Volkes völlig unverändert läßt! Gibt es einen stärkeren Beweis für die Zümmerei des Freisinnigen! Bestimmend für die freisinnige Politik sind die Wahlrechtsfeinde um Fischel; wenn sich aber schon die Anfluchlosen Seitenstränge erlauben, dann kommt so ein elendes Produkt heraus, wie dieser Wahlrechtsreformschlag des Herrn Hoff. Bleibt man vom Freisinn die entscheideneren Reaktionen ab, die jetzt seine Politik bestimmen, so ist der Rest — ein Waschlapfen.

### Die genarrten Charlottenburger.

In Charlottenburg ist bekanntlich Herr Professor von Biszt als freisinniger Abgeordneter für den Landtag gewählt worden, nachdem noch kurz vorher ein Flugblatt die Behauptung verbreitet hatte, diese Wahl habe eine Bedeutung über den Rahmen der Partei hinaus, es handle sich darum, eine „großzügige Persönlichkeit“ ins Parlament zu entsenden.

Nun hat Herr v. Biszt — wie wir seinerzeit berichteten — kurz vor der Wahl in einer Versammlung zu Charlottenburg ausgeführt: die Aussichten der preussischen Wahlreform ständen gar nicht schlecht; wenn die Freisinnigen im Reichstag jede Mißhilfe bei der Finanzreform von Zugeständnissen abhängig machten, so sei Aussicht vorhanden, wenigstens einen Teil dessen zu erreichen, was der Freisinn in bezug auf das preussische Wahlrecht erstrebt. Das war keineswegs leichtsinig geredet, (was ja ohnehin bei einer „großzügigen Persönlichkeit“ ausgeschlossen ist), sondern als unser Genosse v. Borchardt diese Idee als utopisch nachwies und sich u. a. auf Herrn Gedächter berief, der gerade in jenen Tagen die Finanzreform als „nationale Notwendigkeit“ bezeichnet hatte, da nahm Herr v. Biszt Veranlassung, seine Idee noch einmal ausdrücklich zu wiederholen, wobei er nicht unterließ, denjenigen als unbekannt mit den politischen Tatsachen zu bemitleiden, die Herrn Gedächter für einen einflussreichen Mann im Freisinn hielten.

Gerade jene Versammlung ist nun, wie wir positiv wissen, für die Abstimmung vieler Wähler entscheidend gewesen. Man hat Herrn v. Biszt seine Stimme gegeben in der Meinung, eine so „großzügige Persönlichkeit“ werde es schon in der Fraktion durchsetzen, daß durch kluge Bemühung des freisinnigen Einflusses bei der Reichsfinanzreform auch für Demokratisierung des preussischen Wahlrechts etwas herausgeholt werde.

Aus dieser Sachlage erwächst offenbar für Herrn v. Biszt eine bedeutungsvolle persönliche Verpflichtung, an die er je eher je besser erinnert werden muß. Heute ist die Abgeordnetenwahl erst einige Tage hinter uns, und man weiß, wie schon jetzt das Münchener Organ des Herrn Müller-Reinigen über die Verloppelung von Reichsfinanz und preussischem Wahlrecht geschrieben hat. Dazu kommt ein anderes, weniger auffallendes Symptom. Vor der Wahl hat nicht nur das „Verl. Tagebl.“, das Bisztischen Gedanken aufgegriffen und weiter propagiert — was sicherlich auch nicht ohne Einfluß auf die Charlottenburger Wähler geblieben sein wird — sondern sogar die „Freisinnige Zeitung“ schrieb damals: wenn die Blochpolitik im Reichstag sich „die Kräfte des Liberalismus nutzbar machen“ wollte, so könne man nicht dieselben Kräfte, die man an die Tafel des Reiches ladet, im preussischen Staat von der Schwelle weisen.“ Die „Freis. Ztg.“ war natürlich zu „diplomatisch“, um offen und ehrlich den Bisztischen Gedanken zu übernehmen; sie mußte sich ja für später eine Hintertür offen halten. Aber inhaltlich bedeuten ihre damaligen Worte nichts anderes, als eine Weltstellung des Bisztischen Versprechens und haben auch in diesem Sinne auf die Charlottenburger Wähler gewirkt. — Jetzt, nach der Wahl dagegen druckt die „Freis. Ztg.“ zustimmend und ohne Kommentar eine Auslassung des

### Münchener Müller-Organ über die Oberer Kasseriede nach, worin es am Schluss heißt:

„Die Ueberzeugung, daß wir unser Pulver trocken halten und daß wir insbesondere unsere Finanzen wieder hoch bringen müssen, wächst von Tag zu Tag. Deutschland muß für alle Möglichkeiten gewappnet sein, eine andere Friedensbürgschaft gibt es heutzutage für uns nicht.“  
Keinem, der etwas von Politik versteht, brauchen wir wohl erst auseinanderzusetzen, daß hierin wieder das Gegenteil des Bisztischen Versprechens liegt.  
Unter diesen Umständen ist es notwendig, offen und laut an Herrn Professor v. Biszt die Frage zu richten, ob und wie er seinen persönlichen Einfluß auf die Herren Wiemer, Kopsch, Müller-Sagan, Müller-Reinigen usw. geltend zu machen versucht hat, damit das Versprechen, das er den Charlottenburger Wählern gegeben, auch gehalten wird.  
Herr Professor v. Biszt wird hoffentlich über die Erfüllung des Versprechens, das er öffentlich gegeben hat, auch öffentlich Rechnung ablegen. Denn er wird doch nicht wollen, daß unter den Charlottenburger Wählern der Glaube aufkommt, sie seien — zwar nicht von ihm, aber unter Verwendung seiner „großzügigen Persönlichkeit“ genarrt worden.

### Sozialdemokratischer Vorstoß für das Koalitionsrecht der Angestellten.

München, 22. Juni. Die Kammer der Abgeordneten verhandelte heute nachmittags über eine von dem Abgeordneten Seufheim (Sozialdemokrat) begründete Interpellation über das Rundschreiben des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller, in dem die Mitglieder des Verbandes zur Entsendung der organisierten Privatbeamten aufgefordert werden. Der Interpellant führte aus, das Rundschreiben bezwecke, durch Drohung mit Entlassung die organisierten Kaufleute und Techniker unter Preisgabe ihres Koalitionsrechts zum Austritt aus den Verbänden zu zwingen. Ministerpräsident v. Bodewits erklärte, die Koalitionsfreiheit sei durch die Gewerbeordnung eingeführt und die Gewerbeordnung müsse gegen Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleich angewendet werden. Gegen den Verband könne nicht vorgegangen werden. Jenes Rundschreiben sei sehr zu bedauern. Die zurzeit schwebenden Verhandlungen würden aber hoffentlich einen Ausweg ergeben, durch den Störungen zwischen Industriellen und ihren Angestellten vermieden werden. Bei der Besprechung der Interpellation erklärten Redner aller Parteien, daß sie jenes Rundschreiben entschieden verurteilten.

### Hohehaus Pension.

Einige Ordnungsbücher haben sich lebhafte wieder über sozialdemokratische Verhörung beklagt, weil der „Vorwärts“ und andere sozialdemokratische Blätter behauptet hatten, Graf Hohehaus behalte nach seiner ehrengerichtlichen Verurteilung die Pension. Sie wollten wissen, daß das nicht der Fall sei.

Jetzt weist die „Germania“ im einzelnen nach, daß dem vor Einleitung des ehrengerichtlichen Verfahrens zur Disposition gestellten General die Pension durch den Ehrengerichtspruch unter keinen Umständen genommen werden kann!

Es gibt nur zwei Fälle, in denen eine gültig anerkannte Pension erlischt und die sind nach § 22 des Militärpensionsgesetzes: Die Wiederanstellung im aktiven Dienst und die rechtskräftige Verurteilung zu Zuchthausstrafe wegen Hoch- Landes-, Kriegsverrats oder wegen Verrats militärischer Geheimnisse.

Graf Hohehaus bleibt also ebenso wie Graf Arnim im Genus der Pension und zwar insolge des Umstandes, daß die Untersuchung, welche den Vorstrafen und dem allgemeinen Rechtsempfinden nach vor ihrer Verabschiedung hätte erfolgen müssen, erst nach derselben unter dem Druck der öffentlichen Meinung in die Wege geleitet worden ist.

Infolgedessen haben also die Steuerzahler das Vergnügen, jährlich 10 000 M. für den Hohenzollernproh zu zahlen.

### Die sächsischen Mittelständler gegen die Konsumgenossenschaften und Warenhäuser.

Die sächsischen Mittelständler repräsentieren zweifellos die Leute mit engstem Horizont und rückständigsten sozialen Anschauungen. Sie benutzen ihre Organisation von Staats Gnaden, die Gewerbelammern, dazu, um gegen alles Sturm zu laufen, was über ihren Horizont, über ihr wirtschaftliches Verständnis hinausgeht. So nahm die Gewerbelammer Dresden in einem vom sächsischen Ministerium des Innern eingeforderten Gutachten über die vom Landtag verlangte Einführung einer Umsatzsteuer für Kleinhandels-Großbetriebe Gelegenheit, ihren ganzen Krampf über die wirtschaftliche Entwicklung und über die Arbeiterkonsumentenvereine zum Ausdruck zu bringen.

Es handelte sich bei dem Gutachten, das die Regierung verlangte, besonders darum, um Mittel zu erfahren, durch das die Abwälzung der Umsatzsteuer auf die Lieferanten der Warenhäuser usw. unmöglich gemacht werde. In bezug auf diese allerdings schwer zu lösende Frage gaben die Mittelständler folgende ingenieure Deduktion:

„Zur Begründung führen wir folgendes an: Wie früher, so ist auch jetzt noch das Streben der Warenhäuserbesitzer darauf gerichtet, die Waren möglichst billig einzukaufen bzw. herstellen zu lassen. Da sie stets bar zahlen, so glauben sie um so mehr ihren Lieferanten die Preise vorzudrücken zu können und gehen mitunter in der Preisbestimmung so weit, daß die Herstellungskosten bisweilen kaum gedeckt werden.“

Was die Frage anbetrifft, welche Mittel anzuwenden sein würden, um die Abwälzung der Warenhaussteuer von den Unternehmern auf die Lieferanten zu verhindern, so halten wir es kaum für möglich, daß derartige Mittel auf dem Wege der Gesetzgebung zu finden sein werden. Das einzige wäre vielleicht, das Ausbeuten der Lieferanten seitens der Warenhäuser durch die Bundesgesetzgebung zu bestrafen. Wir glauben jedoch, daß es, falls auf gesetzlichem Wege die Abwälzung der Steuer nicht zu verhindern sein wird, für die Zukunft den Gewerbelammern überlassen bleiben kann, sich gegen die Abwälzung zu schützen, insofern denselben die Möglichkeit gegeben ist, die an die Warenhäuser zu liefernden Waren um den gewöhnlichen Preis nachlässiger herzustellen. Dadurch wird gerade eine der beabsichtigten Wirkungen der Warenhaussteuer erzielt: Die Ware wird schlechter und der überwertvolle Käufer wird sich gewiß vor weiteren Einkäufen im Warenhaus hüten. Deshalb erscheint uns die Einführung einer Besteuerung der Warenhäuser auch im Hinblick auf die Erzeugung der Waren unbedenklich. Des Weiteren halten wir es nicht für ausgeschlossen, daß sich die Hersteller zum Schutze gegen Uebergriffe der Warenhäuser zusammen schließen und gegen etwaige noch weitergehende Preisdrückereien vorgehen werden.“

Man sieht aus dieser gewundenen Antwort, daß die Mittelständler mit einer Antwort verlegen sind, daß sie im übrigen aber die ganze Sache nur von einem Geschäftspunkt aus beurteilen, ohne Rücksicht auf die Schäden, die der Volkswirtschaft und dem soliden Geschäftsgebaren dadurch zugefügt werden.

### Die bayerische Gemeindevahlreform.

München, 22. Juni. Die Abgeordnetenkammer hat heute mit 112 gegen 7 Stimmen das neue Gemeindevahlgesetz angenommen.

### Der Kampf um das Knappschaftstatut.

Bonn, 20. Juni. In der heutigen ordentlichen Generalversammlung des allgemeinen Knappschaftsvereins wurde das vom Vorstand vorgelegte neue (siebente) Statut von den Werks-

vertreten und den Kellerten (Arbeitervertretern) ohne Debatte einstimmig angenommen.

Der neue Entwurf erfüllt im Grundfay die von den Kellerten erhobene Forderung auf Erhöhung der Beiträge der Invaliden mit 5 bis 22 Dienstjahren. Dabei ist eine Erhöhung der Beiträge über 98 Pf. nicht erforderlich. Die Vertheilung, die jährlich über 200 000 M. beträgt, wird durch die Erhöhung des Mindestes der vom Knappschaftsverein ausgetheilten Gelder aufgebracht. Die neuen Satzungen treten am 1. Juli in Kraft mit Rückwirkung vom 1. Januar d. J.

### Säuberung — kein Terrorismus.

Die Krieger- und Landwehrvereine im Regierungsbezirk Magdeburg entwickeln eine fieberhafte Tätigkeit, um ihre Reihen zu „säubern“. Sie haben bei der Landtagswahl überall sorgfältig die Abstimmung der Wähler kontrolliert und alle ihre Mitglieder, die nicht vordemokratisch, d. h. sozialdemokratisch, gestimmt haben, erhalten jetzt einer nach dem anderen die Mitteilung, daß sie aus dem Verein ausgeschlossen worden seien, weil sie durch ihre Abstimmung nicht „der Anforderung der Pflege und Betätigung der Liebe und Treue zu Kaiser und Reich entsprechen hätten und nicht den guten Geist im Verein durch Wort und Tat hätten fördern helfen“. So wurde in Salze der Arbeiter W. Koch ausgeschlossen, der 30 Jahre dem Landwehrverein angehört und gar nicht Sozialdemokrat ist, auch keiner politischen Organisation angehört. In Egeln erhielten der Maurer und Kaufmann F. Koch und der Barbier S. Koch die Mitteilung, daß ihre Namen in der Liste des Krieger- und Landwehrvereins gestrichen seien. Der Maurer gehörte dem Verein ebenfalls schon drei Jahrzehnte an. Auch in Arnburg wurden zwei Mitglieder des Kriegervereins nicht länger für würdig befunden, diesem anzugehören. Und schließlich ist noch aus W. Salze zu melden, daß dort gleich eine größere Anzahl von Mitgliedern aus der Kriegerkameradschaft auf dem kürzesten Wege hinausbesördert wurde. Man „säubert“ also gleich gründlich, aber Terrorismus ist das beileibe nicht. — Missionsbewußte Arbeiter sollten übrigens selbst einsehen, daß sie nicht in diese Verhältnisse der Quaxpatrioten, diese Schutzvereine der Reaktion, hineingehören!

### Vom badischen Volksschulereid

Sprach auf dem Dortmund-Vertrage der Mannheimer Hauptlehrer Ködel. Grundföhrlich bestehe noch die Halbtagsschule und jeder Lehrer habe in zwei Klassen zu unterrichten. „Waden müßte eigentlich ganz nahe an das Land grenzen, das einen Dörsenlopf im Wappen trägt!“ Am Freitag hat nun der badische Unterrichtsminister v. Dusch in der Ersten badischen Kammer angekündigt, daß gegen Ködel vorgegangen wird, sobald die Verhandlungen von Dortmund im Wortlaut vorliegen. Zum Volksschulereid noch die Mahregelung seiner Kritiker!

Chronik der Soldatenmishandlungen. Das Kriegsgericht der 26. Division in Darmstadt verurteilte den Unteroffizier Gustav Kowalzig der 5. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 117 wegen Mishandlung Untergebener in 24 Fällen zu 1 Jahr Gefängnis und Degradation.

### Italien.

#### Das Gewaltregime der Regierung.

Rom, 22. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Mit unerhörter Brutalität ist die italienische Regierung gegen die streikenden Arbeiter vorgegangen und mit allen Mitteln der Gewalt sucht sie den Generalstreik in Parma niederzuschlagen. Sie hat alle Leiter des Streiks in Parma verhaftet und dazu noch gegen 100 Streikende. Die Arbeitskammer wurde militärisch besetzt; das geschäftsführende Komitee verhaftet und wegen Aufreizung zum Volksaufstande angeklagt. Die Streikkasse wurde wider alles Recht und Gesetz beschlagnahmt. Gestern und vorgestern kam es zu Konflikten, in denen viele Arbeiter verwundet wurden. Glücklicherweise ist kein Todesfall zu verzeichnen. Die offiziöse Behauptung, daß ein Karabiniere von Streikenden durch einen Schuß verletzt wurde, ist eine Lüge; er wurde durch das losgehende Gewehr eines Kameraden angeschossen. Von heute schick jede Nachricht, da die Depeschenzensur außerordentlich streng gehandhabt wird. Für sozialistische Abgeordnete sind im Streikgebiet. Ein Komitee aus Vertretern der Landarbeiter und des Verbandes der Arbeits-Konföderation übernahm die Streikleitung. Alle Verichte brandmarken das provokatorische Verhalten der Streikbrecher. Das Organ des Syndikalisten von Parma appelliert an die Solidarität des italienischen Proletariats und fordert die Proklamierung des Generalstreiks. Doch ist es nicht wahrscheinlich, daß es zu dieser äußersten Maßregel, die im gegenwärtigen Moment vielleicht nicht opportun wäre, kommen wird.

### Oesterreich.

#### Der Studentenstreik.

Wien, den 22. Juni. Der Studentenstreik ist beendet. In allen österröischen Hochschulen wurden die Vorlesungen heute ohne Zwischenfall wieder aufgenommen. Nur in Innsbruck wird noch gestreikt; aber auch dort dürfte der Streik morgen beendet sein.

#### Eine Anerkennung des Rektors.

Am Eingang der Universität war eine Bekanntmachung des Rektors angeschlagen, in der er mit großer Freude feststellt, daß die Wiederaufnahme der Vorlesungen im Endernehmen mit den Vertretern aller Gruppen der Studentenschaft erfolgt sei, und sodann seine Befriedigung darüber ausdrückt, daß die tiefgehende Bewegung, welche die österröische Studentenschaft durch die politischen Ereignisse zu einer opferwilligen imposanten Kundgebung trieb, nunmehr durch die wiederhergestellte Einigkeit zwischen den Studenten und den akademischen Behörden einen glänzenden Abschluß gefunden habe.

Die nützigen Worte des Rektors, Professor Ebner, sind um so anerkenntniswerter, weil sie zugleich die Antwort, ja eine scharfe Abfertigung der kaiserlichen Kreuzzüge von der „neuen Gesellschaft“ bedeuten. In Preußen-Deutschland ist diese nützige Pflichterfüllung längst ausgestorben.

### Frankreich.

#### Ein Gedenktag.

Narbonne, 21. Juni. Zum Gedenken der blutigen Ereignisse während der Weinbaukrise im vorigen Jahre versammelten sich hier heute gegen 40 000 Personen aus den Departements Gersault, Aude und Pyrénées-Orientales. Sie zogen mit Trauerfahnen und Trauerabzeichen in ruhiger Weise nach dem Rathaus, von wo sie sich unter Führung der Stadtverordneten und des Deputierten Aubry nach dem Kirchhof begaben, um dort an dem Gräbern der Opfer Kränze niederzulegen.

### England.

#### Für das Frauenstimmrecht.

London, 21. Juni. Die Frauenstimmrechtlerinnen veranstalteten heute eine große Kundgebung, indem sie

in sieben Prozessionen nach dem Hyde-Park zogen, wo an mehreren Stellen Reden gehalten wurden. Im ganzen mochten an 30 000 Frauen aus allen Schichten des Volkes und einige tausend Mitglieder der unabhängigen Arbeiterpartei betheiligt sein. Bei den Prozessionen, die von berittenen Schutzeinheiten begleitet waren, kamen keine Aufrührungen vor. Mehrere Vertreterinnen vieler Provinzstädte waren auch gegen 80 Vertreterinnen des deutschen Frauenstimmrechtsbundes unter Führung von Fräulein Dr. Anita Angspurg und Vertreterinnen anderer europäischer Länder zugegen.

### Die Nachwahl.

London, 20. Juni. Bei der Wahl zum Unterhaus in Pudsey (Graffschaft York) an Stelle des bisherigen liberalen Vertreters Whiteley erhielten Oddy (Unionist) 5444, Ogden (Liberal) 5331, Benson (Arbeiterpartei) 1291 Stimmen.

Die Wahl bedeutet einen neuen schweren Mißerfolg der Liberalen, die bei der letzten Wahl mit circa 8500 Stimmen Majorität gewählt wurden.

### Ein Abkommen mit Rußland.

London, 22. Juni. Unterhaus. Dnych (Lib.) richtete folgende Anfrage an die Regierung: Ist ein Abkommen zwischen der englischen und der russischen Regierung betreffend die mazedonische Frage getroffen worden? Kann Staatssekretär Grey erklären, welches das Hauptpunkte dieses Abkommens sind? Hat das Abkommen die Zustimmung der anderen Signatarmächte des Berliner Vertrages erhalten? An Stelle des Staatssekretärs erwiderte Unterstaatssekretär Pease: Wir haben ein Abkommen mit der russischen Regierung getroffen, aber es war noch keine Zeit, sich mit den anderen Mächten zu beraten. Was dies angeht, kann Grey nicht sagen, welche Vorschläge in Konstantinopel gemacht werden würden.

### Rußland.

#### Eine Ohrfeige für die Duma.

Petersburg, 20. Juni. Die Finanzkommission des Reichsrates hat die Beratung des aus der Reichsduma eingebrachten Gesetzentwurfs betreffend das Budget der Ausgaben des Seeministeriums für 1908 abgeschlossen. Dieses Budget ist von der Finanzkommission um 11 Millionen höher festgesetzt worden, als die Gesamtsumme, die von der Reichsduma festgesetzt war. Diese 11 Millionen sind mit der nötigen Kredit zum Bau neuer Kriegsschiffe und zur Auszahlung von Vorschüssen an die Kronwerken, welche für das Marinereffort Bestellungen auf kommerzieller Grundlage ausführen.

Die Duma hatte bekanntlich diese Kredite gestrichen und wurde wegen dieser oppositionellen Haltung, deren Billigung durch Stolypin man voraussetzte, sehr gefeiert. Jetzt macht ihr der Reichsrat einen Streich durch die Reduktion und man darf neugierig sein, ob die Duma gehorchen oder Widerstand leisten wird.

#### Das Urteil im Pogromprozeß.

Bialystok, 22. Juni. In dem Prozeß wegen des im Jahre 1906 verübten Pogroms wurde ein Angeklagter zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, 13 weitere Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu einem Jahr, 15 wurden freigesprochen.

### Perken.

#### Die Forderungen des Schahs.

London, 22. Juni. Wie ein hiesiges Blatt aus Teheran meldet, sind die Minister bemüht, den Frieden wiederherzustellen, doch ist eine Einigung bei der Art der vom Schah gestellten Forderungen unwahrscheinlich. Diese enthalten unter anderem die Verbanung der nationalen Führer, Schließung der politischen Klubs, Zensur der Presse und Erhöhung der Palastgarde auf 10 000 Mann. Man befürchtet für morgen den offenen Ausbruch des Konflikts.

### Indien.

#### Die Bewegung gegen die Engländer.

Kalkutta, 22. Juni. Als der Postzug aus Ostbengalen auf ein Galtesignal gegen Mitternacht in der Nähe von Barrackpore außerhalb der Station anhielt, wurde in einem Wagenabteil eine Bombe geworfen. Zwei Engländer wurden schwer verletzt, der Wagenabteil zerstört. Ueber die Motive zu dem Anschlag ist nichts bekannt.

### Marokko.

#### Keine „Internationalisierung“.

Aus Madrid kamen gestern Meldungen, die eine Verschlimmerung der Situation besüchten. Danach sollten sämtliche interessierten Nationen in Vorkonferenz möglicher Ereignisse Kriegsschiffe nach Marokko senden, jedoch einzig zu dem Zweck, um die Sicherheit des europäischen Eigentums zu gewährleisten. Die spanische Regierung hätte den spanischen Schiffen den übereinstimmenden Befehl erteilt, in den marokkanischen Gewässern zu ankern, sich jedoch keinesfalls in den Streit der beiden Sultane einzumischen. Wenn jedoch eine Gefahr, wie der Nachsch, sie auf fordere, ihre Autorität für ihn einzusetzen, so sei ihm die Hilfe der europäischen Schiffe gewährt, da nun doch einmal Abdul Aziz der alleinige durch die Signatarmächte der Algierasalte anerkannte Sultan sei.

Dann hätte eine Internationalisierung des Marokkoadenraums gedroht, die leicht zu weiteren Verwicklungen hätte führen können. Jedoch scheinen die Mitteilungen falsch zu sein und die Berliner amtlichen Kreise liegen offenbar fernherin, daß von einer Flottenaktion der Mächte nichts bekannt sei.

#### Eine Botschaft Muley Hafids.

Paris, 22. Juni. (W. T. U.) Aus Tanger wird gemeldet, daß El Kassa ben Dmer, der Minister des Scheichs Muley Hafids, an die Gesandten der fremden Mächte ein neues Schreiben gerichtet habe, in dem er den Einzug Muley Hafids in Fes anzeigt und ersucht, daß die fremden Mächte Muley Hafid als einzigen und wahren Sultan anerkennen möchten. Die Gesandten haben sich darauf beschränkt, dieses Schreiben ihren Regierungen zu unterbreiten.

### Amerika.

#### Die Vereinigten Staaten als Vormund.

New York, 20. Juni. Das Schlachtschiff „New Hampshire“ ging mit 400 Marinesoldaten und sechs Feldgeschützen nach Panama in See, um während der Wahlen in Panama die Ordnung aufrechtzuerhalten. Damit sind bereits 800 Marinesoldaten nach dem Isthmus unterwegs.

## Aus Industrie und Handel.

#### Die Industrie im Osten.

Der vor kurzem erschienene Jahresbericht Ostdeutscher Industrieller für das Jahr 1907 enthält unter anderem folgende, die Lage der östlichen Industrie charakterisierende Mitteilungen:

„Der Niedergang des Erwerbslebens, der in der zweiten Hälfte des Jahres 1907 fast allgemein eintrat und die deutsche Industrie stark in Mitleidenschaft zog, hat sich auch im Osten unseres Vaterlandes sehr bemerkbar gemacht. Während manche Betriebe in der ersten Hälfte des Berichtsjahres noch

reläufige Beschäftigung hatten, waren sie im Herbst um Aufträge verlegen. Besonders das Baugeschäft litt außerordentlich unter der großen Geldknappheit und dem dadurch bewirkten hohen Diskont. Infolgedessen stockte auch der Absatz der Industriebetriebe, die im Vangewerbe einen ständigen, bedeutenden Abnehmer haben, also vor allem der Holzindustrie, der Metallindustrie und der Industrie der Steine und Erden. Die Preise der meisten Rohstoffe sind im Berichtsjahre weiter gestiegen, doch befanden sich die Preise für die fertige Ware häufig nicht im Einklang mit den gestiegenen Rohstoffpreisen und mit dem zum Teil wesentlich erhöhten Arbeitslöhnen. Infolge der allgemeinen Teuerung (I) mußten nämlich auch die Arbeitslöhne hinaufgesetzt werden, was von billig denkenden Unternehmern ohne Rücksicht auf die Rentabilität der Fabriken und aus Gründen der Fabrikdisziplin zurückgewiesen werden mußten. Von zahlreichen Fabriken wird über Mangel an tüchtigen und brauchbaren Arbeitern geklagt. Ferner hatten viele Betriebe unter dem Mangel an Eisenbahnwagen sehr zu leiden.

Namentlich aber wurde im Berichtsjahre bittere Lage darüber geföhrt, daß behördliche Aufträge, die im Osten sehr wohl hätten ausgeführt werden können, der auswärtigen Industrie, namentlich der des Westens zugewiesen wurden. Obwohl das gegen die östliche Industrie herrschende Vorurteil vielfach einem gewissen wohlwollenden Entgegenkommen Platz gemacht hat, beweisen doch mehrere Fälle, die zu unserer Kenntnis gelangt sind, wiederum recht deutlich, daß einige Behörden des Ostens keine Neigung zeigen, die östliche Industrie bei der Vergabe ihrer Aufträge zu berücksichtigen und dadurch zur Hebung des Ostens beizutragen.

Zudem hat die östliche Industrie im Berichtsjahre mehrere empfindliche Schläge erlitten. So wurde der Betrieb des Steinsalzbergwerkes Hohenalza, eines bis dahin blühenden, vorbildlichen Unternehmens, im Juni durch Wassereintrich in die Schächte zum Stillstand gebracht. Ferner wurde die große Stuhlfabrik in Gossentin, Kreis Neustadt i. Westph., durch eine schwere Feuersbrunst ganz außerordentlich benachteiligt. Auch sind noch eine ganze Anzahl Betriebe des Ostens in finanzielle Schwierigkeiten geraten, die hier und da sogar zum Konkurs geführt haben.“

Daß die östliche Industrie kein besonders Glückselig ist, ist allerdings allgemein bekannt. Trotzdem besorgen aber auch hier teilweise recht hübsche Dividenden zur Verteilung. Charakteristisch bleibt der Vorwurf, daß die Behörden, die sich sonst im Ostmarkenrummel nicht genug tun können, die östliche Industrie völlig vernachlässigen. Daß die Löhne von „billig denkenden Unternehmern“ so ohne weiteres hinaufgesetzt wurden, sowie, daß seitens der Arbeiter unberechtigte Forderungen gestellt wurden, die aus „Gründen der Fabrikdisziplin“ nicht bewilligt werden konnten, steht mit den Tatsachen teilweise doch etwas stark in Widerspruch. Was aber sagen die „Ostmarken“ im Westen zu den obigen Vorwürfen?

### Preisermäßigung.

Wie die „Mölnische Zeitung“ meldet, wurden in der Sitzung des Rotheisen-Syndikats in Düsseldorf am Sonnabend die Verkaufspreise ab 1. Juli d. J. wie folgt festgesetzt: Haematit 70 M., Gießerei-Rotheisen I 72 M., Gießerei-Rotheisen III 69 M., die 1000 Kilogramm Frachtgrundlage Oberhausen; Qualitäts-Puddeleisen 70 M. sowie Stahl- und Bessemer-Eisen 72 M. Frachtgrundlage Siegen.

In der letzten Sitzung der Vereinigung rheinisch-westfälischer Bandelisenwalzwerke wurden die Grundpreise auf 127,50 M. bezw. 125 M., Frachtgrundlage Aßlin-Dortmund, festgesetzt.

## Soziales.

### Der Terrorismus einer Arbeitgeberorganisation.

In den Räumen des § 153 der Gewerbeordnung ist der Bäderinnungs-Obermeister Frh. Schmidt nun doch hängen geblieben. Alle Versuche, sich herauszugewappeln, die er vor Gericht gemacht hatte, haben ihm nichts genützt. Die Verurteilung vor acht Tagen (in Nr. 138 vom 10. Juni) über den Prozeß, in dem er aus Anlaß des Wädeschreits von 1907 und des daran anschließenden Wädeschreitstoffs sich hineingehängt hatte. Die Verurteilung des Urteils, die ausgesprochen worden war, ist gestrichen erfolgt. Die 5. Strafkammer des Landgerichts I Berlin hat gegen den Obermeister der Bäder-Innung „Concordia“, Herrn Frh. Schmidt, wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung auf eine Gefängnisstrafe von 3 Tagen erkannt, den mitangeklagten Obermeister der Bäder-Innung „Germania“, Herrn Gustav Mikewitz, hat sie freigesprochen.

Das Gericht hat die Tatbestandsmerkmale des § 153 der Gewerbeordnung gefunden in der durch die Zeitungen der beiden Innungen veröffentlichten Flugblätter usw., die die Meister durch Bedrohung mit einer Gefessperre, sowie durch Beschlagnahmen davon abzubringen suchten, die Forderungen der Gesellen zu bewilligen. Dem Obermeister Mikewitz habe nicht nachgewiesen werden können, daß er an der Abfassung und Verbreitung dieser Druckschriften beteiligt gewesen sei, er habe daher freigesprochen werden müssen. Dagegen sei der Obermeister Schmidt in herbortragendem Maße daran beteiligt gewesen. Herr Schmidt hatte vor Gericht erklärt, er habe mit jenen Veröffentlichungen den Innungsmeistern nur einen „wohlmeinenden Rat“ geben wollen, damit sie wüßten, wie sie sich zu verhalten hätten. Es habe sich nur um eine „leere Drohung“ gehandelt, von vornherein sei ihm klar gewesen, daß die Gefessperre sich gar nicht durchführen lassen würde. Das Gericht hat ihm das nicht geglaubt, vielmehr hat es angenommen, der Herr Bäder-Innungs-Obermeister habe durchaus die Voraussetzungen des § 153 der Gewerbeordnung erfüllt, er habe mit jenem „wohlmeinenden Rat“ in einer strafbaren Weise auf andere Meister einwirken wollen, habe durch Drohungen und Ehrverletzungen die dem Innungsbeschlusse zuwiderhandelnden Meister bestimmen wollen, zurückzutreten von den mit den Gesellen getroffenen Vereinbarungen zur Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen. Auch Herrn Schmidt's Einwand, daß er in Notwehr gehandelt habe, hat auf das Gericht keinen Eindruck machen können. Der Angriff gegen die Innungsmeister sei, so fährt das Urteil an, von den sozialdemokratischen Gesellen gekommen, die inkriminierten Veröffentlichungen aber seien gerichtet gewesen nicht gegen die Gesellen, sondern gegen diejenigen Meister, die sich nachgiebig gezeigt hätten. Bei der Strafmaßung sei als mildernd in Betracht gezogen worden, die Festigkeit des Kampfes, in dem der Obermeister Schmidt in vorderster Reihe habe stehen müssen, sowie die Erbitterung der Innungen über den Vorkfall und über die Reskone, die von den bewilligenden Meistern mit den Bewilligungsplakaten getrieben worden sei. Das Gericht habe aber keinen Anlaß gesehen, nur auf die vom Staatsanwalt beantragte niedrigste Strafe von 1 Tag Gefängnis zu erkennen. Schmidt habe die Tragweite seiner Handlungen wohl überschauen können, sie seien zu sühnen durch eine Gefängnisstrafe von 3 Tagen.

Herr Obermeister Frh. Schmidt, der nun für den von den Bäder-Innungen Groß-Berlin gebühten Terrorismus zu büßen hat, schien samt seinen im Zubehörraum sitzenden Innungsbrüder sehr schmerzhaft davon betroffen zu sein, daß die zweiwöchige Waffe des § 153 sich hier auch einmal gegen einen Arbeitgeber richtete.

Wenn die Strafbüße, an den gegen Arbeiter erlassenen Strafen gemessen, eine außerordentlich milde und die Strafverfolgung erst auf Beschwerden gegen Staats- und Oberstaatsanwaltschaft erfolgt ist, so ist doch nunmehr an einem Beispiel der Praxis nachgelegt, daß der § 153 der Strafverordnung und andere Strafbestimmungen, die nur gegen Arbeiter angewandt werden, auch gegen Arbeitgeber nach dem Gesetz Anwendung finden müssen. Der Obermeister Schmidt ist nur einer von den vielen Arbeitgebern, gegen die Anklage aus § 153 O.-D. usw. zu erheben wäre.

### Ein Kronzeuge der Streikjustiz.

Im Frühjahr streikten in Göttingen die Droschkenfahrer. Natürlich durfte dieser Streik so wenig wie irgend ein anderer in Preußen vorübergehen, ohne daß einige rechtschaffene Arbeiter mit Hilfe eines Streikbrecheres ins Gefängnis gebracht waren. Zwei ausländische Kutscher der Firma Korarumpf in Göttingen sollten ihren „Kollegen“ Kohrig „beleidigt“ und „bedröht“ haben und wurden lediglich auf das Zeugnis dieses Arbeitswilligen auch mit vierzehn Tagen Gefängnis bestraft. Ein während des Streikes in Göttingen anwesender Beamter des Transportarbeiterverbandes mußte ebenfalls einen Prozeß aus § 153 über sich ergehen lassen, in dem Kohrig als gewichtiger Zeuge auftrat und unseren Genossen z. B. beschuldigte, ihm vor dem Bahnhof die Bügel seiner Pferde durchschnitten zu haben! In diesem Prozeß erfolgte in zweiter Instanz Freisprechung. Zeuge Kohrig hat aber inzwischen die Reuigkeit erlitten. Die Göttinger Strafkammer beurteilte ihn am 19. Juni wegen Untreue und Unterschlagung zu vierzehn Tagen Gefängnis. Als Inspektor der Versicherungsgesellschaft „Victoria“ hatte er einen größeren, in Göttingen einlassierten Prämienbetrag für sich verbraucht. Kohrig blieb seiner Reue wegen für Räuber-gefühle, wie er sie vordem als Zeuge über den „Terrorismus“ streikender Arbeiter verappt hatte, auch in seiner Rolle als Angeklagter treu. Er erzählte, Räuber hätten ihm nachts auf der Weender Chaussee seine ganze Borschaft abgenommen. Ohne die Ehrlichkeit des Hausanwaltes würde das Gericht dem „Herrn Inspektor“ wahrscheinlich geglaubt haben, daß er sich ein Verfügung-recht über die unterschlagenen Prämien eingekauft habe.

Und auf das Zeugnis solcher Menschen hin müssen ehrliche Männer und Familienväter ins Gefängnis wandern und hohe Gerichtskosten zahlen — denn dieser Kohrig ist ein Typus, kein Einzelfall!

### Die Resolutionen gegen „Vertragsbruch“ zustande kommen.

Unter welchen Umständen die „Kontraktbrüche“ auf dem Lande vielfach zustande kommen, zeigt eine für die hinterponnerischen Wohnungsverhältnisse recht charakteristische Veröffentlichung eines Agrariers in einem Stolper Blatte. Dem Rittergutsbesitzer von Wallentus in Grapich war eine Arbeiterfamilie „kontraktbrüchig“ geworden, die auf dem Gut des Besitzers Benjam in Damerkow Aufnahme fand. Enttäuscht hierüber unterbreitete der Agrarier dem landwirtschaftlichen Verein eine Resolution, nach welcher von der Regierung die Verstrafung der Arbeitgeber gefordert wird, die kontraktbrüchige Arbeiter aufnehmen. Als diese Resolution angenommen worden war, veranlaßte Benjam, gegen den sie sich zunächst richtete, eine Veröffentlichung, in der es u. a. heißt, daß die Frau des betreffenden Arbeiters des öfteren zu ihm gekommen sei und ihm geklagt hätte, daß ihnen der Inspektor des Wallentus, trotz mehrmaliger rechtzeitiger Kündigung, den Entlassungsschein regelmäßig verweigerte. Das Haus, in dem die Leute wohnten, sei, wie Benjam aus eigener Wahrnehmung versichert, dem Einsturz nahe. Das Viehchen das und Gut der Leute sei fast verkauft, weil der Regen von allen Seiten in die Wohnung ströme. Bei Regen-wetter müßten die Leute mit den Kindern aus dem Hause, um sich einen trockenen Platz zu suchen! Weil ihn das Ehepaar fortwährend gebeten habe, sie zu sich zu nehmen, da sie in der Wohnung unmöglich länger bleiben könnten, habe er ihnen schließlich den Wunsch erfüllt. Heutzutage hält Benjam dem Junker mit solch doctoren Wohnungsverhältnissen weiter vor, daß er in seiner Eigenschaft als Amtsvorsteher ein Einschreiten gegen einen Kontrakt-brüchigen abgelehnt habe, weil es sich um einen benjamischen Arbeiter gehandelt habe. — Rette Zustände, die da durch den Jwitz zufällig bekannt werden. — Herr v. Wallentus wird allerdings anführen können, daß die Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter bei seinen Klassen-genossen auch nicht besser sind. Und da wundert sich diese Leute noch über die Zunahme des „Kontraktbruchs“.

### Prämien für Unterschlagungen.

Der Glasermeister Partelt in Friedenau zog 857 Mark 54 Pf. Kassenbeiträge vom Lohn der Arbeiter ab, führte die Beiträge jedoch nicht an die Ortskassentasse in Friedenau ab. Hierfür erhielt er vom Amtsgericht Berlin-Schöneberg ganze — neun Mark Strafe zubilligt. Darf man sich bei solcher Reue mit 148 Mark 54 Pf. für Unterschlagungen wundern, daß die Unterschlagungen seitens Arbeitgeber nicht abnehmen. Selbstredend sind es in erster Linie so Prämiierte, die dann über die für Arbeitgeber unerwartung-lie Höhe der „Lasten“ der Versicherungsgesetzgebung klagen.

## Gewerkchaftliches.

### Ein genialer Baumeister.

Wir nahmen kürzlich von der „Weisheit“ eines Amtsblattes Notiz, das seinen Lesern die Mitteilung machte, der Streik im Baugewerbe in Berlin habe 20 Mil. Mark gekostet. Ironisch bemerkten wir dazu, daß, da die Arbeiter durch die Ausperrungswut der Unternehmer erzwungen worden sei, nach der Logik des zitierten Blättchens die Baugewaltigen die Verantwortung für ein ungeheures volkswirtschaftliches Verbrechen zu tragen hätten. In der Redaktion des „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“ hat man die Ironie anscheinend nicht verstanden. Um sich rein zu waschen von Schuld baut man eine Argumentation zusammen, die noch verwohner ist, als die des erwähnten Amtsblattes und leicht zu einer Katastrophe führen kann. Wiederliche Konstruktionen haben ja schon öfter Unglücksfälle herbeigeführt. Der geniale Baumeister ließ folgendes Gebäude entstehen:

„Die vorjährige Ausperrung war eine taktische Maßnahme, genau wie der bald darauf folgende Streik. Es zeigt entweder von maßloser Neugierde oder von gewissenloser Unkenntnis der wahren Verhältnisse, wenn der „Vorwärts“ jetzt von „Ausperrungswut“ redet, statt die Bewegung in ihrem großen Zug zu beurteilen. Die ganze Aktion erfolgte, das steht unüberleglich fest, auf Initiative der Arbeitnehmer, die den zu ver-längernden Tarifvertrag mit dem Achtstundentag belasten wollten. Die Arbeitgeber verteidigten nur ihre Position. Die „Ausperrung“ wurde ihnen zugeschoben, damit man, wie die Aus-lassung des „Vorwärts“ aufs neue beweist, nachher den Un-schuldigen spielen konnte. Das wußten die Arbeitgeber damals wohl, aber sie wußten auch, daß sie derartige Versuche jederzeit durch die Tatsachen widerlegen konnten, und zögerten deshalb nicht, den notwendigen Gegenzug zu tun. Will man überhaupt mit den speziellen Begriffen die Signatur der Bewegung kenn-zeichnen, so spricht man demnach richtiger von „Streik“ als von „Ausperrung“, denn es lag ein Angriff der Arbeitnehmer, nicht der Arbeitgeber vor.“

Das Fundamentale dieses Wunderbaues ist die Argumentation: die Ausperrung war keine Ausperrung, sondern ein Streik, weil die Unternehmer durch die taktische Maßnahme der Arbeiter zu der Ausperrung gezwungen worden sind. Das ist wirklich grandios! In unbewusster Selbstverhöhung schließt der Baumeister sein Kunst-werk mit dem lateinischen Sinnpruch: „Si taquisses!“

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Interatenteil verantw.: Th. Wlose, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungs-bl.

Wir akzeptieren die Argumentation von wegen: „Ausperrung ist Streik!“ Gestatten und jedoch auch, den Gedanken logisch weiter zu spinnen: Ist die Ausperrung Streik, dann ist jeder Streik eine Ausperrung, wenn die Unternehmer durch ihre Taktik die Arbeiter in den Streik treiben. Demnach fallen die volkswirtschaftlichen Ver-brechen für die von den Unternehmern erzwungenen Streiks diesen zur Last. Für seine Mäßigkeit und seine pyramidale Logik sind wir dem Konstrukteur des Satzes: Streik ist Ausperrung! sehr verbunden. Aus Dankbarkeit wollen wir, trotz unserer „gewissenlosen Unkenntnis“, zur Erleichterung der ihn nun schwer drückenden Last des Verantwortungs-bewußtseins wegen der diesen durch Streiks-Ausperrungen begangenen volkswirtschaftlichen Verbrechen, mitteilen, daß die Kritik in der Bauindustrie andere Ursachen hatte als der Ausperrungsstreik. Im „Berliner Jahrbuch für Handel und In-dustrie“, Jahrgang 1906 (Bd. 1) ist bereits (Seite 4) zu lesen:

„Die Wirkungen der Versteifung des Geldmarktes zeigten sich bereits darin, daß dem Baumarkt die Geldmittel anfangen knapp zu werden, wodurch die Lebhaftigkeit im Baugewerbe gegen das Vorjahr bis zum Schluß des Berichtsjahrs in steigendem Maße nachließ.“

So sah es bereits im Jahre 1906 aus und im Jahre 1907 ge-stalteten sich die äußeren Verhältnisse für das Baugewerbe noch un-günstiger.

Ein arbeitswilliger Mörder. Wie ein Lauffeuer durchstieß am Freitagabend die Kunde von einer Mordtat die Stadt Sommerfeld. Der frühere arbeitswillige Ziegeleiarbeiter August Alinke erstach den Verbandskollegen Gustav Kalische, so daß der Tod eintrat. Der Ermordete hinterläßt eine Frau und drei Kinder. Der Mörder wurde dem Amtsgericht überliefert.

### Berlin und Umgegend.

Die Dachdecker nahmen in einer Versammlung am Sonntag Stellung zu dem Vorschlag der Unternehmer, die zugestandene Lohn-erhöhung von 2 1/2 Pf. pro Stunde erst ein Jahr später statt-finden zu lassen. Dem abgeschlossenen Tarifvertrag gemäß sollte vom 1. Juli d. J. ab der Lohn von 80 Pf. auf 82 1/2 Pf. pro Stunde erhöht werden. Die Unternehmer führen nun an, daß die ungünstige wirtschaftliche Lage eine Verzögerung der Lohnerhöhung wünschens-wert erscheinen lasse. Ferner wünschten sie, daß die gegenwärtige Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden auf 9 Stunden verlängert werde. Der Verbandsvorsitzende Görnig unterbreitete der Versammlung die Vorschläge der Unternehmer und empfahl in bezug auf die Lohn-erhöhung, den Termin bis zum 1. April nächsten Jahres zu ver-längern, dagegen jede Verlängerung der Arbeitszeit rundweg ab-lehnen. Görnig begründete seine Empfehlung hauptsächlich damit, daß die vielen Arbeitslosen im Gewerbe die Stellung des Verbandes dem Tarifvertrage gegenüber erschweren. — In der Diskussion erklärten sich sämtliche Redner gegen An-nahme der Vorschläge der Unternehmer. Gegen jeden Unternehmer, der den vereinbarten Tarif jetzt nicht einhalte, müßten sofort die entsprechenden Maßnahmen ergriffen werden. Die Versammlung nahm einstimmig einen Antrag an, über die Vor-schläge der Unternehmer einfach zur Tagesordnung überzugehen.

Die Organisation der Christlichen hat die Vor-schläge angenommen, allerdings nur mit einer Majorität von 4 Stimmen, die unter großen Lärmjahren zustande kam und über-haupt angezweifelt wird.

Die Versammlung beschäftigte sich dann mit den unzulänglichen Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen bei der nordöstlichen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft. Görnig gab bekannt, daß er schon oft Beschwerden eingereicht habe, die aber gewöhnlich nicht die gebührende Berücksichtigung fanden. Die Vereinsgenossenschaft stellt durch ihre mangelhaften Schutzvorrichtungen bei Neubauten Leben und Gesundheit der Dachdecker aufs Spiel und diese sind jetzt gezwungen, sich an die Deutschnation zu wenden, um das Gewissen der Unternehmer zu schärfen. Man habe beobachtet, daß gerade bei staatlichen oder kommunalen Bauten die Vorsichtsmaßnahmen gewöhnlich außer acht gelassen werden.

Die folgende Resolution gelangte zur Annahme: „Die am 21. Juni togende Versammlung der Dachdecker hat Kenntnis ge-nommen von dem Verhalten der nordöstlichen Baugewerksvereins-genossenschaft in bezug auf Anbringung von Schutzgeräten bei Neu-bauten. Die Versammelten verurteilen mit aller Entschiedenheit den einseitigen Standpunkt, welchen die Vereinsgenossenschaft in dieser Frage eingenommen hat und erwarten, daß der Anbringung von Schutzeinrichtungen mehr Verständnis als bisher entgegengebracht werde. Die Bestimmung, die ein Arbeiten an Gurt und Reime vorschreibt, betrachten die Versammelten bei Neubauten als in jeder Beziehung unzureichend.“

Achtung, Drahtarbeiter! Die Drahtweber bei der Firma Hutter u. Schrang in Wien befinden sich im Streik.

Die Firma hat ihre Meister nach Deutschland geschickt, damit sie arbeitswillige antworten.

Da es nicht ausgeschlossen ist, daß einer dieser Meister auch nach Berlin kommt, so erwarten wir, daß jeder Drahtarbeiter etwaige Arbeitsangebote von dieser Firma zurückweisen wird.

Die Firma Hutter u. Schrang in Wien ist für Drahtarbeiter gesperrt.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

### Deutsches Reich.

Eine nochmalige Verhandlung im Baugewerbe in der Frage des Tarifabschlusses.

Wie unseren Lesern durch die Berichtserstattung im „Vorwärts“ bekannt ist, regelte der am 27. April in Berlin für das Baugewerbe gefällte Schiedsspruch nur die Lohnfrage für die zur Verhandlung stehenden Lohnbezirke, während die übrigen Differenzpunkte — die wegen der verschiedenen örtlichen Verhältnisse durchaus nicht gleichartig sein können — zur weiteren Verhandlung in die örtlichen Instanzen verwiesen wurden, und die eventuell durch ein am Differenzort einzuschickendes Schiedsgericht ihre Erledigung finden sollten.

Die diesmaligen Tarifverhandlungen sind der erstmalige Ver-such, für einen großen Teil der bedeutendsten Bezirke und einzelnen Lohngebiete des Reiches die Verhandlungen gemeinsam zu führen. Bei dieser Neuverung ergaben sich erklärlicherweise Schwierigkeiten, die erst durch Erfahrungen überwunden werden können.

Es machte sich deshalb eine nochmalige Verhandlung der Zen-tralverbände der in Betracht kommenden Organisationen erforder-lich, in der die noch vorhandenen Streitigkeiten beigelegt werden sollten. Die Verhandlung wird wieder unter Vorsitz der drei un-parteiischen Herren stattfinden und zwar in Berlin am 28. Juni und folgende Tage.

### Generalausperrung in der westfälischen Textilindustrie!

Der Arbeitgeberverband des Münsterlandes hat beschlossen, allen organisierten Arbeitern dieser In-dustrie zu kündigen, im Fall bis zum Ablaufstermin der Kündigung keine Einigung bei der Firma Brinkhaus in Warendorf erzielt ist.

Bei dieser Firma kam es infolge Lohnhöhenunterschieden zur Aus-sperrung zahlreicher Arbeiter in Warendorf und Sassenberg, die dann den obigen Beschluß zur Folge hatten. In der Hauptsache ist der Christliche Textilarbeiterverband beteiligt.

### Metallarbeiterstreik in Güstrow

Die Arbeiter der Stahlwerke in Güstrow in Meckl. (Inhaber R. Martins) sind in den Streik getreten. Die Arbeitsniederlegung hat folgende Ursachen:

Zwischen der Firma und den Arbeitern bestand ein Tarif-vertrag, der am 15. August abläuft und von beiden Seiten recht-zeitig gekündigt worden ist. Die Betriebsleitung gab als Kündi-gungsgrund an, daß sie aus Konkurrenzgründen gezwungen sei, die Affordarbeit einzuführen. Bisher war diese ausgeschlossen.

Wegen dieses Streitpunktes hätte sich eine Einigung wahr-scheinlich erzielen lassen, wenn nicht der Unternehmer in mehr als eigentümlicher Weise der Einführung der Affordarbeit vorge-arbeitet hätte. Er führte zunächst Prämien ein. Wenn ein Arbeiter in kürzerer Zeit als bisher fertiggestellt wurde, bekam der streikende Arbeiter zum Lohn eine Extravergrütung. Hier-durch sollten die Kollegen zu außerordentlichen Leistungen ange-spornt und auf der genommenen Basis die Affordpreise festgesetzt werden. Es wurde ein neuer Meister eingestellt, der eine Treiberei einzuführen begann, wie sie früher in diesem Betrieb nicht bekannt war. Für Fleiß wurden Strafen bis zu 4 M. verhängt, auch in Fällen, wo den Formeln ein Verschulden nicht nachzuweisen war.

Die Entlassung mehrerer Kollegen, die „zu-fällig“ immer Mitglieder des Arbeiterausschusses oder der Ver-waltung einer der beiden in Betracht kommenden Organisationen waren, schlug dem Hof den Boden aus. Als am 17. Juni wieder ein solcher Fall eintrat, legten die Kollegen die Arbeit nieder. Ver-handlungen zwischen Vertretern der Organisationen und Herrn Martins zerbrachen sich. Der Unternehmer fühlte sich im Recht. A b e r e r w a r e s, der durch die Einführung der Prämien vor Ablauf der Vertragsdauer den Tarif gebrochen hat. Die Arbeits-einstellung erfolgte von den 120 im Betrieb Beschäftigten einmütig. Die Beteiligten sind alle im Deutschen Metallarbeiterverband oder im Fabrikarbeiterverband organisiert.

Zug von Metallarbeitern aller Branchen ist von Güstrow strengstens fernzuhalten!

## Versammlungen.

Der Zweigverein Berlin des Zentralverbandes der Maurer hielt am 17. Juni in Kellers großem Saal eine Generalversammlung aller ihm angehörenden Zahlstellen und Sektionen ab, in der als erster Punkt der Kassenbericht vom ersten Quartal 1908 auf der Tagesordnung stand. Zunächst verlas der bisherige Kassierer J. M. Hoff des Ortsvereins der zum Verband übergetretenen Freien Vereinigung der Maurer die letzte Abrechnung dieses Vereins, die mit 17 827,18 M. Einnahmen, 12 052,88 M. Ausgaben und einem Bestand von 5274,28 M. abschloß. Der Bestand ist der Zweig-vereinskasse überwiesen worden. Die Generalversammlung erteilte dem Kassierer einstimmig Decharge. Darauf verlas der Zweig-vereinskassierer Wartenberg den Kassenbericht. Die Ein-nahmen der Zahlstellen und Sektionen betragen samt den alten Kassenbeständen 157 898,29 M., die Ausgaben 12 214,61 M., so daß am Quartalschluß 145 683,68 M. Bestand vorhanden waren. Die Einnahmen der Zweigvereinskasse betragen 129 777,74 M., die Ausgaben — darunter 12 937 M. für Krankenunterstützung und 61 273,75 M. für Ausperrungen — 109 341,49 M., so daß ein Bestand von 20 436,25 M. verblieb. Der Gesamtbestand des Zweigvereins samt seinen Zahlstellen und Sektionen betrug also am Quartals-schluß 166 089,93 M. Der Zweigverein zählte zur selben Zeit 11 737 Mitglieder. Vom Ortsverein der Freien Vereinigung sind 1443 Mitglieder übergetreten. Die Generalversammlung erteilte dem Kassierer Wartenberg ebenfalls einstimmig Decharge. Es wurde sodann genaue Auskunft über das Inventar des ehemaligen Maurervereins gegeben, das gewissenhaft an den Zweigverein ab-geliefert worden ist. Die Generalversammlung faßte den Beschluß, 500 M. der Bibliothekskasse zur Neuanschaffung von Büchern zu überweisen.

Es folgte die Auffstellung der Kandidaten zu den Wahlen der Delegierten zum außerordentlichen Verbandstag, der in Hannover stattfindet und am 30. August beginnt. Auf Vorschlag des Zweig-vereins und der Vertreterversammlung beschloß die Generalversam-mlung, daß die Wahlen in den Zahlstellen und Sektionen erfolgen sollen. Sie finden am nächsten Mittwoch statt. Es sind im ganzen 11 Delegierte zu wählen. Die von den Zahlstellen und Sektionen vorgeschlagenen Kandidaten wurden mit wenigen Ausnahmen von der Generalversammlung gutgeheißen.

Die Generalversammlung beschäftigte sich dann mit verschie-denen Anträgen zum Verbandstag, die sich größtenteils auf Ab-änderung einzelner Bestimmungen des Statuts bezogen.

Zentralverband der Schmiede. Die Zahlstelle Berlin des Schmiedeverbandes hielt am 18. Juni in Draßlitz Festfalten eine Mitgliederversammlung ab, in der beschlossen wurde, den Lokal-beitrag auf 10 Pf. festzusetzen, so daß noch Inkassostreuen der neuen Verbandsbeiträge die Wochenbeiträge für die Zahlstelle Berlin in der 1. Klasse 70, in der 2. Klasse 50 Pf. betragen.

Als Bureaubeamter wurde Hentschel einstimmig wieder-ge wählt. In den Verbandsauschuss, dessen Vorsitzender Hasner ist, wurden Haberland, Vattmer, Sauereier und Kriening gewählt; in den Geworbestand, dessen Vorsitzender Siering ist, Schlinzky, Hentschel, Schubert und Timmermann. Ein Antrag der Verwaltung, der Parteikasse 200 M. als Beitrag zu den Unkosten der Landtagswahl in S u b e r w e i s e n, wurde ohne Widerspruch angenommen. Ferner wurde beschlossen, daß die Auszahlung der Unterstufungen nur an den Wochentagen stattfinden soll.

Erklärung. Von Genossen Simonowski geht uns, mit der Bitte um Veröffentlichung, folgende Erklärung zu:

In der Nr. 143 des „Vorwärts“ (dritte Beilage vom 21. Juni 1908, dritte Seite) befindet sich unter „Versammlungen“ auch ein Bericht von einer Versammlung des Verbandes der Krankenkas-senbeamten in welchem auch meine Person wiederholt genannt wird.

Ich erkläre hierzu, daß dasjenige, was über meine Person in diesem Bericht gesagt wird, die größte Unwahrheit und nur eine diesem Bericht gesagt wird, die größte Unwahrheit und nur eine Fälschung meiner Person ist. Ich erkläre weiter, daß ich sobald ich von meiner Reise zurückgekehrt bin, die nötigen Maßnahmen in dieser Angelegenheit ergreifen, die Sache weiter verfolgen und die Unwahrheiten berichtigen werde.

Hochachtungsvoll

Eugen Simonowski, Berlin, Müllerstr. 1a, zurzeit in Dresden.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Bauunfall.

Breslau, 22. Juni. (B. S.) Ein schwerer Bauunfall ereignete sich heute nachmittags auf dem Neubau auf dem ehemaligen Hühnerschen Parzellgrundstück. Drei Arbeiter waren damit beschäftigt, eine Ladung Ziegel mit Hilfe eines Kranes in die Höhe zu winden. Als die Last bis in die Höhe des 3. Stockwerks gelangt war, brach die Mauer infolge Ueberlastung zusammen und die drei Männer stürzten in die Tiefe. Einer der Arbeiter erlitt so schwere Ver-letungen, daß sein Zustand hoffnungslos ist, während die beiden anderen Arbeiter leichtere Verletzungen davontrugen.

### Ein faulerer Schuldner.

Frankfurt a. M., 22. Juni. (B. S.) Wie die „Kleine Presse“ meldet, ist der Schuldner an einer Wädchenschule verhaftet worden. Er wird beschuldigt, sich an einem geistig zurückgebliebenen Schul-mädchen vergangen zu haben.

### Todesurteil.

Salzburg, 22. Juni. (B. S.) Der Buchbinder Coserer stürzte über die 80 Meter hohe Nordwand des Kapuzinerberges ab und fiel als Leiche in den darunter befindlichen Gassengarten unter die Gasse.

6. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

Hamburg, 22. Juni 1908.

Um 9 1/2 Uhr eröffnete der Vorsitzende der Generalkommission Karl Legien den Kongreß. Er begrüßte zunächst die Vertreter Dänemarks, Oesterreichs, Ungarns und der Schweiz als lebende Zeugen der internationalen Solidarität. Dann gedachte er des glänzenden Aufschwunges der deutschen Gewerkschaften. Fast zwei Millionen organisierte Arbeiter stehen hinter den versammelten Delegierten. Das sage ich nicht aus Nationalstolz, nicht um die Weiterarbeit durch Selbstzufriedenheit zu hemmen, sondern weil wir jahrzehntelang nach England, dem klassischen Lande der Gewerkschaftsbewegung, gesehen und geglaubt haben, daß wir das nie erreichen würden. Aber heute stehen wir nicht nur an Mitgliedszahl, sondern auch an Finanzkraft und Einwirkung auf das öffentliche Leben der Arbeiterorganisation keines Landes nach. (Beifall.) Hamburg aber ist historischer und klassischer Boden der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Schon 1808 sagte hier der Allgemeine deutsche Arbeiterverein Laßalle seine erste Sympathieumgebung zugunsten der berufsgenossenschaftlichen Organisation. Manche Enttäuschungen begleiteten den Weg der Arbeiterorganisation, aber sie setzte sich gerade unter dem Sozialistengesetz hier in Hamburg durch, und während nicht eine öffentliche Arbeiterversammlung gestattet wurde, schlossen sich die gewerkschaftlichen Vereine immer fester zusammen. Nach dem Fall des Ausnahmegesetzes nahmen sie trotz vorübergehenden Stillstandes bald einen raschen, großen und anhaltenden Aufschwung. Aber diese Entwicklung vollzog sich nur unter dem lebhaftesten Widerstand der Regierung und der herrschenden Klassen! (Sehr wahr!) Ausnahmegesetz, Umsturzgesetz und Buchhabendovorgabe sagen uns genug. Noch in der letzten Geschäftsperiode mußten wir das Berufsvereinsgesetz abwehren, das die Gewerkschaften nicht weniger schwer geschädigt hätte als die Zuchtansvorsorge. (Sehr wahr!) Manche Bestimmungen des angeblich vom liberalen Geiste durchwehten neuen Vereinsgesetzes sind gleichfalls direkt gegen die Gewerkschaftsbewegung gerichtet (Sehr wahr!), so die Bestimmungen gegen die Jugendlichen, die wir erreichen müssen, und gegen die fremdsprachigen Arbeiter, die wir für unsere Organisationen brauchen. Und doch tun Regierung und herrschende Klassen unrecht, daß sie die moderne Arbeiterbewegung bekämpfen. Denn wenn Deutschland jetzt unter den Industriestaaten einen ersten Platz einnimmt und sogar dem alten Industriestaat England Konkurrenz machen kann, so dankt es das nicht seinem stehenden Heere und seinen Rüstungen, sondern der Intelligenz der deutschen Arbeiterklasse. (Lebhafte Beifall.) Diese Intelligenz aber dankt die Arbeiterklasse nicht den Herrschenden, sondern sich selbst. Aus eigener Kraft, mit Hilfe der Organisation, hat sie sich emporgearbeitet zu einem Machtfaktor des wirtschaftlichen und politischen Lebens. (Sehr wahr!) Die Regierungen können sie wohl von Zeit zu Zeit umgehen, aber entziehen können sie sich unserem Einfluß auch nicht mehr. Ohne die Arbeiterorganisation kann das Reichstagsstatistikamt keine Arbeiterstatistik machen. Wir haben die geschätzte Hilfe stets gern gewährt. Aber auf die Dauer ist der Zustand nicht haltbar, daß eine Reichsbehörde unsere Hilfe in Anspruch nimmt, während die anderen Reichsbehörden und nicht als vorhanden betrachten möchten. (Sehr wahr!) Wir werden uns die volle Anerkennung der Regierung erzwingen, bitten werden wir nicht darum. (Lebhafte Beifall.) Um das recht drastisch zum Ausdruck zu bringen, haben wir die Regierungen, die sich auf dem Heimarbeiterschutzkongreß nicht hatten vertreten lassen, wo es sich doch um die Befreiung der Lage der elendesten Arbeiterschichten handelte, zu diesem Kongreß nicht eingeladen. (Lebhafte Beifall.) Dieser Kongreß wird auch ohne amtliche Vertretung einen Fortschritt bedeuten zur völligen rechtlichen Anerkennung der deutschen Gewerkschaften. (Stürmischer Beifall.)

Ramens des Lokalkomitees begrüßte Genosse Groffe die Delegierten und hieß sie willkommen in Hamburg zu ernster Arbeit in der eigenen Waffenschmiede der Hamburger Arbeiter. Redner schilderte eingehend die vorbildliche Zusammenarbeit von Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften und freien Hilfskassen in Hamburg, den Kampf gegen den Wahlrechtsraub und die großen Leistungen der „Produktion“. Hamburg habe auch die Frage der Jugendorganisation bereits entschieden. Es sei das nur eine Frage der Erziehung, nicht der selbständigen Organisation der jungen Leute. Im Anschluß an die Fortbildungsvereine sei die Jugend in Hamburg zweckmäßig organisiert. (Beifall.)

Es wird hierauf zur Wahl des Bureaus geschritten.

Zu Vorsitzenden werden Legien und Wömelburg, zu Schriftführern Cohen-Berlin (Metallarbeiter), Schneider-Hannover (Fabrikarbeiter), & Appler-Altendorf (Mühlenarbeiter),

Wollmann-Charlottenburg (Porzellanarbeiter), Bartels-Dormund (Bergarbeiter) und Krätzig-Landshtut (Textilarbeiter) gewählt.

Wömelburg übernimmt den Vorsitz.

Der Kongreß gibt sich seine Geschäftsordnung und setzt seine Tagungszeit fest auf 8-12 Uhr vormittags und 2-6 Uhr nachmittags.

Zu Mitgliedern der Mandatsprüfungskommission werden Hübsch (Textilarbeiter), Sasse (Bergarbeiter), Glöck (Tischler), Schmidt (Gärtner), Knäuper (Zimmermann), Kloth (Buchbinder) und Schulki (Transportarbeiter) gewählt.

Am Nachmittag soll eine neungliedrige Redaktionskommission gewählt werden, in der alle Industriegruppen vertreten sind. Sie erhält sofort den Auftrag, eine Resolution zu dem Punkte „Grenzstreitigkeiten“ auszuarbeiten, um die Debatte frühzeitig zu gestalten, sie abzukürzen — es liegen 18 Anträge vor — und ihr von vornherein eine bestimmte Richtung zu geben.

Es folgt die Festsetzung der Tagesordnung.

Zu der von der Generalkommission vorgeschlagenen Tagesordnung sind folgende Abänderungsanträge gestellt:

Der Verband der Sattler (Bauhütte Hamburg) beantragt auf die Tagesordnung zu setzen: Gewerkschaften und Raiffeier.

Der Verband der Schuhmacher (Bauhütte Pirmasens) will behandelt sehen: Zentral- und Industrieverbände.

Das Gewerkschaftsblatt Karlsruher beantragt als besonderen Punkt: Das Verhältnis der einzelnen Organisationen zu den Gewerkschaftsstellen, und schlägt außerdem vor, den Punkt: „Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland“ nicht als letzten, sondern als vierten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Wömelburg bemerkt zu diesen Anträgen: Die Generalkommission in Verbindung mit der Konferenz der Zentralvorstände schlägt vor, die Frage der Raiffeier im Rechenschaftsbericht der Generalkommission als besonderen Punkt zu behandeln. Dagegen fällt die Behandlung der Frage: Zentral- und Industrieverbände offenbar unter den Punkt „Grenzstreitigkeiten“ und braucht nicht besonders behandelt zu werden. Dagegen schlagen wir vor, die „Grenzstreitigkeiten“ an vierter Stelle zu behandeln und als fünften Punkt zu setzen: Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland.

So wird debattelos beschlossen. Der Antrag Karlsruhe wird abgelehnt.

Die Tagesordnung lautet demnach:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten.
2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission. Berichterstatter: E. Legien.

Beratung der Anträge, betreffend:

- a) Allgemeine Agitation.
- b) Arbeiterinnen-Sekretariat. Berichterstatterin: J. Wollmann-Berlin.
- c) Agitation unter den Diensthöfen. Berichterstatterin: G. Grünberg-Bürnberg.
- d) Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern.
- e) Streikunterstützung und Streikstatistik.
- f) Heimarbeiterschutz.
- g) Kommission zur Verrückung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitergeber. Berichterstatter: P. Wilm-Berlin.
- h) „Correspondenzblatt“.
- i) Raiffeier.

Die Punkte a, b, d, e und h sollen gemeinsam verhandelt werden.

3. Zentral-Arbeiterssekretariat. a) Bericht über die Tätigkeit. Berichterstatter: R. Schmidt-Berlin. b) Die Vertretung der Rechtsuchenden durch die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre vor den Gerichten. Berichterstatter: E. Lesche-Hamburg.
4. Die Grenzstreitigkeiten.
5. Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland. Referent: D. Kolle-Neuh.
6. Die staatliche Versicherung der Privatangestellten. Referent: W. Lange-Hamburg.
7. Die gewerkschaftliche Stellenvermittlung. Referent: G. Kölsch-Berlin.
8. Der Vorkriegs- als gewerkschaftliches Kampfmittel. Referent: D. Wollmann-Hamburg.
9. Die Organisation zur Erziehung der Jugend. Referent: R. Schmidt-Berlin.
10. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Den Rechenschaftsbericht der Generalkommission erstattet

Legien: Der ausführliche schriftliche Bericht braucht nur in vier Punkten der mündlichen Ergänzung: 1. in der Frage des Verhältnisses der Gewerkschaften zu den Genossenschaften; 2. in der Frage der Raiffeier; 3. in der Frage des sogenannten gewerkschaftlichen Frauenblattes und 4. in der Frage der fremdsprachigen Arbeiter. Der Gewerkschaftskongreß in Köln hat bekanntlich den Genossenschaften einerseits seine Sympathien ausgesprochen, andererseits bestimmte Forderungen gestellt. Wir glauben, daß damit das Verhältnis endgültig geregelt sei in der Voraussetzung, daß der nächste Genossenschaftstag die Kölner Resolution zu der seinigen machen würde. Da das nicht geschah, wandte sich die Generalkommission an den Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine mit der Frage, wie er sich zu den Forderungen der Gewerkschaften stelle. Der Vorstand erklärte, daß diese Forderungen in ihren Einzelheiten nicht so allgemein durch den Genossenschaftstag abgelehnt werden konnten, sondern daß zu ihrer Durchführung besondere Vereinbarungen nötig seien. Daraus ließ die Generalkommission die Sache zunächst auf sich beruhen, um abzuwarten, wie weit die Forderungen erfüllt werden würden. Da kam die Düsseldorf'er Tagung der Konsumvereine und die dort angenommene Resolution (siehe auf erheblichen Widerspruch in Gewerkschaftskreisen, weil ihr Wortlaut den Eindruck erwecken konnte, als wollten die Genossenschaften nicht mehr mit der alten Energie dafür sorgen, daß ihre Betriebe vorbildlich seien. Die Generalkommission setzte sich wieder mit dem Zentralvorstand in Verbindung und machte nunmehr bestimmte Vorschläge im Sinne der Kölner Resolution. In einer gemeinschaftlichen Sitzung wurden diese Vorschläge eingehend beraten und einige Änderungen vorgenommen. Der Zentralvorstand erklärte aber, daß es nach dem Instanzenzuge nicht möglich sei, die Angelegenheit schon auf dem nächsten Genossenschaftstage zu verhandeln. Der Genossenschaftstag tagt bekanntlich gleichzeitig und deshalb mußte auch die gegenseitige Vertretung unterbleiben.

Die Angelegenheit mußte also zurückgestellt werden, weil sie sich noch im Stadium der Beratung befindet. Eines haben die Verhandlungen aber bereits ergeben: Der Vorstand des Zentralverbandes hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Düsseldorf'er Resolution durchaus nicht mit dem alten Prinzip der Vorbildlichkeit brechen will. In diesem Sinne wird er dem Genossenschaftstag in Eisenach eine Resolution vorlegen. Wird sie, die geeignet ist, die Mithimmung in Gewerkschaftskreisen zu besiegeln, jetzt dort angenommen, dann können wir unsererseits dieselbe Erklärung wie in Köln zugunsten der Genossenschaften abgeben.

In Sachen der Raiffeier haben die Verhandlungen des Kölner Gewerkschaftskongresses Veranlassung zu nicht unerheblichen Debatten und Auseinandersetzungen zwischen der Partei- und Gewerkschaftspressen gegeben. Die Folge war, daß zwischen Generalkommission und Parteivorstand eine Verständigung darüber gesucht wurde, ob es möglich sei, die Raiffeierfrage einheitlich zu regeln. Nach der erstmaligen Besprechung wurde in Aussicht genommen, die Frage der Raiffeier auf dem nächsten internationalen Sozialistenkongreß auf die Tagesordnung zu setzen, um eventuell eine Änderung des früheren Beschlusses herbeizuführen und ihn so zu formulieren, daß die Arbeiterorganisationen aller Länder ihm nachkommen können. Die Voraussetzung dafür, daß dieser Punkt auf die Tagesordnung des Internationalen Kongresses kommen sollte, war, daß bei der Vorbesprechung der deutschen Delegierten keine Einigung herbeigeführt wurde. Diese Einigung ist in Stuttgart erzielt worden. Der Parteitag in Offen beauftragte dann den Vorstand zu Verhandlungen mit der Generalkommission mit der Aufgabe, daß ihre Vereinbarungen als rechtsverbindlich gelten sollten. Diese Vereinbarung ist bekannt; sie wird den Gegenstand weiterer Erörterungen bei dem Punkte der Tagesordnung: die Raiffeier bilden.

Die nächste Frage ist im schriftlichen Bericht nicht erwähnt. Sie betrifft das angeblige Projekt der Herausgabe eines gewerkschaftlichen Frauenblattes. Auf dem Verbandstage der Textilarbeiter in Leipzig ist gegen diesen Plan von einzelnen Rednern entschieden Verwahrung eingelegt worden. Doch sind die Verhandlungen auf dem Verbandstage nicht in der Art verlaufen, wie im Bericht des „Vorwärts“ zu lesen war. Daß der „Vorwärts“ einen solchen Bericht gebracht hat, liegt an der Unfähigkeit des Berichterstatters. Denn ich kann nicht annehmen, daß der Berichterstatter etwa mit Absicht seine eigenen Gedanken in den Bericht hineingebracht hat. Das stenographische Protokoll ergibt jedenfalls, daß die Verhandlungen dort doch viel sachlicher verlaufen sind, so daß wir keine Veranlassung hatten, uns besonders dagegen zu verwahren. Innerhalb muß ich sagen: Lokal war die Handlung der Textilarbeiter nicht. Sie mußten aus langjähriger Erfahrung wissen, daß die Generalkommission nicht aus eigener Machtvollkommenheit mit solchen Projekten hervortritt, die die allgemeine Gewerkschaftsbewegung angehen. Nun ist in keiner Ausschüßung, in keiner Konferenz der Vorstände ein solches Projekt verhandelt worden. Deshalb hätte der Vorstand der Textilarbeiter

Kleines Feuilleton.

Johannisfeuer. In manchen Gegenden Deutschlands ist der alte Brauch des Johannisfeuers noch recht lebendig und zeugt von Dönerbränden aus alter Zeit. Kamentlich in Bergländern, wo die Flammenzeichen weithin sichtbar sind, hat sich die Sitte erhalten, so u. a. auch in Thüringen, wo ihn die Jugend hochhält. Einer, der als Schulbube dort das Johannisfeuer mitgemacht hat, erzählt uns davon: In Jena sind die Johannisfeuer ausschließlich ein Weibsbild der Schuljugend. Sie sammeln sich selbst das ganze Holz, welches sie dazu gebraucht. Damit möglichst wenig Streitigkeiten beim Einsammeln vorkommen, ist die Stadt in drei Bezirke geteilt. Nach diesen Bezirken, und zwar nach den ehemaligen Stadtteilen, nennen sich die „Neutörschen“ — welchen ich mit Stolz angehörte — die „Johannis- und Saaltörschen“. Die Jugend dieser Bezirke versammelt sich alljährlich nach dem Pfingstfest auf ihren Versammlungsorten zur „Wahl“. Es hat da ein jeder seine Stimme, mag es ein Knirps von fünf Jahren oder ein Konstantmann sein. Zuerst wird der „Oberst“ gewählt, dann ein zweiter Oberst und ein erster und zweiter Fahnenträger, denn wir „Neutörschen“ hatten es auf zwei Fahnen gedruckt. War die Wahl zu Ende, so teilte der Oberst seine Ordres aus und suchte sich einen Stab handfester Burschen mit noch handfesteren „Knütteln“ aus, um die Fahne vom vorjährigen Fahnenträger zu holen. Dann wurde Befehl für den nächsten Tag erteilt und ein jeder noch zu treuer Pflichterfüllung ermahnt. Am nächsten Tage wird nun irgend ein Handwagen geliehen und es beginnt das „Einsammeln“. Alte Weisen, halbe Sojas, Maisbüchsen, leere Seifen- und andere Fässer, kurz, alles was brennbar ist, wird eingefordert. Das Schwierigste aber kommt nun. Kurz vor dem 24. Juni muß der Oberst einen gutmütigen Geschirrführer finden, der das Holz unversehrt auf den Berg fährt, und nicht minder schwierig ist dann das Einsammeln für die Waße. Denn so lange das Holz auf dem Berge liegt, muß eine Waße dabei sein. Da wird dann beim Wäder, Fleischer, Kolonialwarenhandeler usw. geschauert, damit die Waße auch etwas Nützliches zu essen hat. Zum Schluß geht es in die Rosenbräueren, wo wir jedes Jahr ein 25 Liter-Fäßchen „Einsammler“ erteilt. Die stolz fühlte man sich, wenn man für würdig befunden wurde, an der Waße teilzunehmen. Da zog man dann abends in der schönsten Garnitur hinauf zum Holz. Neben mir prasselte lustig das Wädffeuer, unten im Tale schimmerte friedlich die Stadt. Es wurde tüchtig gegessen, getrunken, geraucht und lustig geredet. Dazu donnerten unsere selbstgefertigten Kanonen, daß das Echo schallend an den Bergen widerhallte. Endlich ist der große Tag da. Da sieht man abends die Jungen mit Fackeln unterm Arm die Berge besteigen. Scharen von Erwachsenen, alte Jenseiter, die früher auch als Jungen ge-

fügelten Schritten den Berg bestiegen hatten, folgen gemächlich nach, um sich das Schauspiel aus der Nähe anzusehen. Um 8 Uhr ist so ziemlich alles versammelt. Die Zeit bis zum Dunkelwerden wird durch Singen von Liedern verkürzt. „Gut mal unsern Hausen an, mir kriegen's greße Feuer!“ ruft da ein kleiner Gernegroß. „Das Fackel dabrinne habe ich eingefodert.“ „Von mir sin aber die drei Fässer mit Hobbelspäßen“, ruft ein dritter. Und so ist ein lustiges Streiten untereinander, wer wohl das meiste eingefodert hat. „Ach, de Lobischen ha'm ihr Feuer schon angebrannt!“ ruft einer. „De Liegenhainer irsch ooch!“ ein anderer. „Wir worten noch, bis es ganz dunkel is, dann brennt unersich am besten“. Inzwischen ist es 1/2 Uhr geworden. Die „Saaltörschen“ haben ihr Feuer auf dem Hausberg schon angebrannt. Auch vom Jenzig flammt das Feuer schon auf. „Rur wir und „Johannis“ worten noch. Endlich steckt auch dieser seinen Hausen in Brand. Jetzt kommt nun auch bei uns ein „alter Herr“ mit der Fackel und setzt unseren Holzstoß kunstgerecht in Brand. Da stimmen wir dann alle das Lied an:

Flamme empor, Flamme empor!  
Steige mit lodernen Strahlen  
Von den Gebirgen und Tälern  
Glühend empor!

Herausend mischt sich unser Gesang mit dem Prasseln des Feuers. Freude und Stolz erfüllt uns, denn unser Feuer war unstreitig das größte. Kommando des Oberst: Zum Fackelzug antreten! Ein jeder entzündet nun seine Fackel an dem Hausen und nun geht's unter den Klängen des Liedes „Ich hab' mich ergeben“ den Bergweg vom Berg herab, herunter in die Stadt. Hier zogen wir vor die Häuser derjenigen Bürger, die uns einen besonderen Gefallen erwiesen hatten, und dankten ihnen durch eine kurze Ansprache und mit Liedern.

Humor und Satire. Remes. Zu den preussischen Landtagswahlen, Der Mann, der hinterm Ofen hockt, Wird keine Schlachten schlagen; Und wer die Suppe eingebröckelt, Verdriß sich selbst den Magen. Man heizt die Stube nicht mit Eis, Und wer da schwarz sein will und weiß, Blamiert sich wie die Preußen. Verliert der Weise den Verstand, So pflegt er sich zu henten. Freudenker gib's im deutschen Land, Die gänzlich frei vom Denken.

Und einen Freisinn seh' ich nie Von gleicher Etymologie: Die sterls sind ganz von Sinnen — In Bayern nennt man's Spinnen. Run schwören rum im Rappenteich Die sieben roten Dreie. Da schwimmt 'ne wunderschöne Leich Den Wurfchen ans Gemächte. Schwupp! drein sie bei und schnappen zu: Run hat die liebe Seele Ruh'. Gar bitter ist im Sterben Der Anblick froher Erben. (Edgar Steiger im „Simplicissimus“.)

Notizen. — Musikchronik. Die königliche Oper erwartete zur Aufführung für die nächste Saison: Karl Goldmarks Oper „Ein Wintermärchen“ und das in Paris bereits gespielte lyrische Drama „La Bohème“ von Papierra. — Heinrich Hart-Feier. Die Heinrich Hart-Gesellschaft veranstaltet zur Erinnerung an den dahingegangenen Dichter in der Nacht vom 27. zum 28. Juni im „Neuen Krug“ bei Wilhelmshagen eine Sommerfeier. Der Sommeraufgang wird auf den betachbarten Wittenbergen durch Gesang und Tanz begrüßt werden. Der die Festteilnehmer zum Festplatz führende Sternsdampfer verläßt Berlin abends 8 Uhr. Teilnehmern (einschließlich Dampferfahrt 1,50 M.) sind für Freunde und Verehrer des Dichters von dem Ausschüßmitglied Robert Tautz in Pichtenau (Kreis Niederbarnim) zu bezeichnen. — Altgriechenland in Lauchstädt. In dem aus Goethes Zeit stammenden neuhergerichteten Sommertheater in Lauchstädt (bei Halle) wurden zwei von Karl Robert bearbeitete Komödien Menanders: „Der Schiedspruch“ und „Die Samierin“ aufgeführt. Beide Stücke sind charakteristische Proben der nachorionischen Sittenkomödie mit ihren an das moderne französische Vaudeville erinnernden Verwicklungen, Verwechslungen und Intrigen. Von dem „Schiedspruch“, der erst vor kurzer Zeit in ägyptischen Papyrusrollen wieder aufgefunden wurde, war hier bereits die Rede. — Der russische Komponist Rimskij-Korsakow ist 64 Jahre alt in Petersburg gestorben. Unter den jung-russischen Musikern war es einer der originellsten. Von seinen Sinfonien und Orchesterwerken ist einiges auch in Deutschland bekannt geworden. Außerdem hat er eine Reihe von Opern komponiert, die russische Stoffe behandeln und reich sind an russischen Melodien.

lokalerweise annehmen müssen, daß ein solches Projekt existiert. In der Generalkommission ist darüber nicht verhandelt worden. Bei der Beratung der Dienstbotenorganisation wurde darüber gesprochen, wie die Presse für diese gestaltet werden solle, und bei dieser Gelegenheit bemerkte ich, daß ich es für zweckmäßig halte, wenn wir uns gelegentlich darüber unterrichten, ob es nicht im Interesse der Gewerkschaften, besonders deren Rechte, die eine große Zahl Arbeiterinnen als Mitglieder hätten, wenn für die Gewerkschaftspresse eine Beilage herausgegeben würde, in der die Fragen der Gesetzgebung, die von besonderem Interesse für die Arbeiterinnen seien, behandelt würden, um so zu ihrer gewerkschaftlichen Erziehung beizutragen. Ich lasse die Frage hier ganz offen, ob die vielfach von Gewerkschaften abgelehnte „Gleichheit“ geeignet ist, unzulässige Arbeiterinnen zu gewerkschaftlichen Mitwirkern zu machen, weil keine Unterlage zu einer solchen Beurteilung gegeben ist. Jedenfalls liegt die Sache so, daß wir, wenn wir eine solche Einrichtung für zweckdienlich, notwendig und nützlich halten sollten, und von niemand dareinreden lassen und sie durchzuführen würden. Aber meine Bemerkung kann nicht als ein Projekt der Generalkommission angesehen werden. Im Bericht aber stand, die Generalkommission bitte gemeinsam mit dem Arbeiterinnenkomitee ein solches Projekt aus (Weiterleit.). Von einem solchen gemeinsamen Druckgeschäft (Weiterleit.) war keine Rede.

In der Frage des ausländischen Arbeiters müssen wir protestieren gegen das Vorgehen der preussischen Regierung, die sie ganz zu willkürlichen Lohnsätzen der Arbeitgeber machen will. Die Legitimationskarten, die der preussische Minister des Innern eingeführt hat, lauten auf einen bestimmten Arbeitgeber und werden nur umgeschrieben, wenn der Arbeiter einen neuen Arbeitgeber findet. Sonst wird er ausgewiesen, wenn er nicht zu seinem alten Arbeitgeber zurückgeht. (Hört! hört!) Das Verfahren galt ursprünglich nur für die Landarbeiter, aber es greift jetzt mehr und mehr auch in die Industrie über. Das bedeutet für die ausländischen Arbeiter die Aufhebung der Freizügigkeit und spricht aller Kultur Dohn. Der Kongreß wird einstimmig in der Beurteilung dieser Rechtsmaßregel sein. Wir verlangen, daß die ausländischen Arbeitsgenossen ebenso behandelt werden, wie die einheimischen und daß der futurwürdige Erlaß und seine arbeitserwidrigende Praxis sofort beseitigt wird. (Allgemeiner Beifall.)

Damit legt die Generalkommission ihr Mandat in Ihre Hände zurück. Urteilen Sie über unsere Leistungen! Wir glauben getan zu haben, was in unseren Kräften stand. (Lebhafter Beifall.)

### Den Kasseebericht der Generalkommission

erhieltt A. u. v. Berlin: Infolge der Zunahme der Gewerkschaftsmitglieder ist der Kasseebericht günstig. Auch eine Erbschaft von 15 000 Mark ist von einem Kaufmann Ziel in Düsseldorf der Generalkommission zugefallen. Allerdings sind auch hohe Anforderungen an die Generalkommission gestellt worden, von denen etwa ein Drittel erfüllt werden konnten. Die hauptsächlichsten Mehrausgaben wurden nach den Beschlüssen des Kölner Gewerkschaftskongresses gemacht für die Unterrichtsarbeit, die Beschaffung von Lokalen, für die Bekämpfung der Heimarbeit und den Ausbau der Streikstatistik.

Namens der Revisionen bestätigt Cöhen-Berlin, daß die Kasse stets in bester Ordnung war.

Den Bericht des Arbeiterinnen-Sekretariats erstattete Ida Kimmann-Berlin: Sie führt aus, daß das neugegründete Arbeiterinnen-Sekretariat sich nicht als Frauenvertretung betrachte und nicht eine gewerkschaftliche Frauenbewegung schaffen wolle, sondern sich innerhalb der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung nur als besonderes Organ zur Förderung der Agitation unter den arbeitenden Frauen. Die Tätigkeit des Arbeiterinnen-Sekretariats in der Agitation habe bedeutende Erfolge erzielt. Bei den Textilarbeitern sei die Zahl der organisierten Arbeiterinnen von 20 000 auf 40 000 gestiegen. Ähnlich liege es bei den Metallarbeitern und Vorgesetztenarbeitern. Ihre zweite Hauptaufgabe sei die Frauensekretariat in der Fortbildung der in der Gewerkschaftsbewegung tätigen Frauen erblickt. Die Organisationsfähigkeit der Frauen sei nicht geringer als die der Männer. 1897 haben die organisierten Arbeiterinnen 2 Proz. der Zahl der als Arbeiterinnen erwerbstätigen Frauen betragen, 1907 aber schon 10 Proz. Gerade in der jetzigen Zeit der Krise, da vielfach der Mann als Vorkämpfer und Widerstandsfähiger auf die Straße geworfen werde, während die Frau in Arbeit bleibe, müsse auch dem männlichen Arbeiter den hohen Wert der Arbeiterinnenorganisation vor Augen führen. Als beste Mittel dafür empfehlen sich die Anstellung von Frauen als Arbeitersekretäre, Frauenverammlungen und einfach geschriebene Flugblätter. (Beifall.) Mit dem Vorstandsbericht zusammen wird eine größere Zahl von Anträgen verhandelt.

Josephsohn-Hamburg begründet folgenden Antrag des Vorstandes des Zentralverbandes der Handlungsgesellen: „Der letzte deutsche Gewerkschaftskongreß weist die Forderungen, welche darauf gerichtet sind, zwischen den in Handel, Industrie und Gewerbe beschäftigten Angestellten einerseits und den Arbeitern andererseits Mißtrauen zu erregen und sie zur gegenseitigen Bekämpfung zu veranlassen, entschieden zurück. Der Kongreß macht darauf aufmerksam, daß die kaufmännischen und technischen Angestellten gleichermäßen zu den proletarischen Schichten der Bevölkerung gehören wie die Arbeiter und wie diese von ihrer Hände und ihres Kopfes Arbeit leben. Niedrige Entlohnung, lange Arbeitszeit und andere unangenehme Bedingungen sind heute nicht nur für das Arbeiterverhältnis der Arbeiter, sondern auch für den Dienstvertrag der Angestellten charakteristisch. Angestellte und Arbeiter haben also das gleiche Interesse gegenüber dem Unternehmertum zu vertreten. Ueber diese Tatsache dürfen sie sich weder von den Unternehmern selbst noch durch deren heimliche und offene Diener täuschen lassen, denn das würde lediglich zum Nutzen des Unternehmertums und zum Schaden der Arbeiter und Angestellten ausfallen.“

Der Kongreß erklärt, daß er den im Sinne der modernen Gewerkschaftsbewegung gehaltenen Forderungen der kaufmännischen und technischen Angestellten, die eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lebenslage durch gesetzliche und gewerkschaftliche Regelung bezwecken, ausdrücklich seine volle Sympathie. Der Kongreß tritt insbesondere den Ausführenden des Unternehmertums im Handelsgewerbe, daß der geforderte Schutz der Angestellten mit Rücksicht auf die konsumierende Bevölkerung nicht durchzuführen sei, namens der Arbeiterschaft energisch entgegen. Die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden, die Sonntagsruhe usw. sind Forderungen, auf welche die kaufmännischen Angestellten und Handelsreisende wie alle anderen Gruppen der erwerbstätigen Bevölkerung berechtigten Anspruch haben.

Der Gewerkschaftskongreß nimmt an, daß die kaufmännischen und technischen Angestellten die in ihren Kreisen künstlich genährten arbeitserwidrigenden Strömungen als ihnen selbst schädliche erkennen und diese daher entgegen werden, denn die Erfolge und Mißerfolge der Arbeiterschaft werden nicht ohne Rückwirkung bleiben auf die Lebenslage der Angestellten. Der Gewerkschaftskongreß empfiehlt diese Tatsache sowohl den Angestellten als auch den Arbeitern im beiderseitigen Interesse zur Beachtung.

Begründend weist Josephsohn auf den Zusammenbruch der Harmoniebewegung der Angestellten durch den jüngsten Erlaß der bayerischen Metallindustrie und die Ablehnung der beiden Handlungsgesellenschaufvorlagen durch den Bundesrat hin.

Paatz-München begründet einen Antrag auf Vereinfachung der Organisation der Feuerarbeiter im bayerischen Wald. Von den Grenzstreitigkeiten zwischen dem Fabrik- und dem Gemeindearbeiterverband hätten nur die Christlichen Vorteil gehabt.

Undeutsch bittet für Anhalt um mehr Mittel zur Agitation unter den Landarbeitern. Die Streikbrechersekretariate müßten an der Quelle verstopft werden.

Sillier-Berlin begründet einen Antrag des Verbandes der Lithographen und Steinbrüder, bei größeren Auswanderungen, wenn die Generalkommission das finanzielle Eingreifen aller organisierten Arbeiter für notwendig halte, anstatt der Sammelisten eine Kopfsteuer auszufahren. Er weist darauf hin, daß durch Ansetzung

eines Zentralstreikfonds nach österreichischem Muster diese Auswanderungen von vornherein für die Unternehmer unmöglich würden. Dieser finanzielle Hilfe bedürften besonders die kleineren Verbände, die sich keinem Industrieverband anschließen könnten.

Spiegel-Düsseldorf begründet den Antrag der Metallarbeiter Essens und Vorwunders auf Herausgabe einer polnischen Gewerkschaftszeitung. Er tritt mit, daß die Regierungspräsidenten in Arnberg und Münster den Gebrauch der polnischen Sprache in öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen entgegen den Bestimmungen Reichmann-Hollwegs und des Abg. Behrens verboten haben. (Hört! hört!)

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

### Nachmittags-Sitzung.

Für die Redigierung der Anträge und zur Abfassung einer Resolution zum Thema der Grenzstreitigkeiten wird eine elfgliedrige Kommission gewählt. Dann wird in die Debatte über den Bericht der Generalkommission eingetreten.

Röffel-Berlin (Textilarbeiter): Legten hat uns mit Unrecht Loyalität vorgeworfen. Der Vertreter der Generalkommission hatte im Privatgespräch und in der Diskussion ausdrücklich gesagt, daß die Generalkommission mit dem Plane umgeht, eine gewerkschaftliche Frauenzeitung zu gründen. Wir waren mit Recht darüber aufgebracht, daß man uns vorher gar nicht gefragt hätte und lassen uns das Recht nicht nehmen, unsere Meinung klar und deutlich zu sagen. — Die Tätigkeit des Arbeiterinnensekretariats hat unseren vollen Beifall. Wir werden es nach Kräften unterstützen und entlasten. Die bisherige Regelung der gegenseitigen Streikhilfe ist sehr verbesserungsbedürftig. Ohne eingehende Vorbereitung in der Generalkommission ist namentlich der Antrag Sillier unannehmbar.

Mohs-Berlin (Gemeindearbeiter) bittet, die Organisierung der Waldarbeiter dem Gemeindearbeiterverband zu überlassen und ihm zu dieser schwierigen Arbeit eine Beihilfe zu gewähren.

Bruns-Berlin (Fabrikarbeiter) hält eine Revision des Kölner Beschlusses über die gegenseitige Streikhilfe für wünschenswert, lehnt aber den Antrag Sillier ab.

Umbreit-Berlin: Meine Wenkerung über die etwaige Schaffung einer Frauengewerkschaftszeitung war rein privater Natur. Ich habe am Vortisch darüber gesprochen, weil im Vorstandsbereich des Textilarbeiterverbandes über die erfolglose Hausagitation für die „Gleichheit“ gelaugt war. Auch auf dem Verbandstage der Textilarbeiter wurde ja der Antrag gestellt, für die Frauen eine besondere Beilage des „Textilarbeiter“ zu schaffen. Ob es richtig und loyal war, meine Wenkerungen mehrere Tage später in die Debatte zu ziehen, überlasse ich dem Kongreß. (Beifall.)

Seipatz-Stuttgart (Holzarbeiter): Ich spreche der Generalkommission Dank und Anerkennung aus für ihre Tätigkeit in den letzten drei Jahren, besonders in den schweren Tagen nach Köln.

Ich will nicht alle Bunden wieder aufzählen, aber ich muß aussprechen, daß die Generalkommission nach Köln in Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit der Zentralverbände das Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung gut gewahrt hat. Volle Billigung findet bei uns vor allem die Haltung der Generalkommission in der Frage der unangenehmen Veröffentlichung des Protokolls der Verbandsvorstandskonferenz. (Beifall und Rufen.) Wir haben es sehr tief bedauert, daß der Parteivorstand dieses vertrauliche Protokoll gegen den Willen der Generalkommission zu veröffentlichen sich hat verheißeln lassen. Ich spreche die bestimmte Erwartung aus, daß ein derartiger Vorfall sich nicht wiederholen wird. Auf den Zentralstreikfonds können sich die großen Verbände nicht einlassen. Sie würden dafür nur große Kosten haben und sie nicht in Anspruch nehmen. Mit einem solchen Zentralstreikfonds können sich die einzelnen Verbände niemals so entwickeln, wie unter dem jetzigen Zustand. Auch in Zukunft wird die Finanzkraft der einzelnen Verbände noch gekürzt werden müssen. Dazu werden die Verhältnisse zwingen.

Rassafsch-Stuttgart: Auch wir lehnen den Zentralstreikfonds rundweg ab, weil wir damit jede Kontrolle über die Streikbewegung verlieren.

Kohle-Berlin (Textilarbeiter): Wir konnten die Woche Umbreit nicht als private Meinungsäußerung auffassen. Solange die „Gleichheit“ unseren Bedürfnissen genügt, wollen wir keine neue Frauenzeitung gründen. Wir wollen außer guten Gewerkschaftlern auch gute Sozialdemokraten erzielen. Wir brauchen die „Gleichheit“, um unsere weiblichen Mitglieder im Sinne des Sozialismus zu beeinflussen. (Beifall.)

Röffel-Berlin: Die „Gleichheit“ ist ein vorzügliches Agitationsmittel. Wenn die Verteilung von 15 000 Nummern der „Gleichheit“ diesmal noch nicht ganz den gewünschten Erfolg gehabt hat, so nur deshalb, weil es das erste Mal war, daß unser Verband die Hausagitation über das ganze Reich vorschrieb.

Umbreit-Berlin (Generalkommission): Alle diese Erklärungen helfen nicht darüber hinweg, daß man vorher gar nicht um Aufklärung bezüglich des Arbeiterinnenblattes gefragt hat. Es ist im übrigen gar kein Verbrechen und kein Hochverrat, ein gewerkschaftliches Frauenblatt vorzubereiten. (Rufen Cöhen: Was bekanntlich die „Gleichheit“ nicht ist!) Weiße Kreise der Gewerkschaftler, unter anderem Regien, sind mit der „Gleichheit“ durchaus nicht so zufrieden wie Kohle und Röffel. (Sehr wahr! bei den Metallarbeitern.) Wenn es soweit ist, wird die Generalkommission das Frauengewerkschaftsblatt schaffen. Den Textilarbeitern mag aber zum Trotz dienen, daß ihnen niemand die „Gleichheit“ nehmen will. (Weiterleit.)

Damit schließt die Debatte. Das Schlusswort erhält Regien: Das Wertwüdigste an dieser Debatte war, daß Kohle und Röffel den Satz Umbreit sich wirklich gemerkt haben. Darüber, ob die „Gleichheit“ geeignet ist, Arbeiterinnen, die noch gar nicht von unseren Ideen berührt worden sind, zu guten Gewerkschaftlerinnen zu erziehen, kann man sehr zweifelhaft sein, denn die „Gleichheit“ ist jedenfalls ein politisches und kein gewerkschaftliches Blatt. In erster Linie muß aber die Gewerkschaftspresse den Boden beackern, ehe die Parteipresse dahin kommt. Welche politische Partei dann unsere Vertretung ist, darüber brauche ich ja nicht erst zu reden. Die Genossen vom Textilarbeiterverband mögen meinethwegen die „Post“ zur Agitation verwenden. (Unruhe.) Ich habe mich drastisch ausgedrückt, um klar zu machen, daß niemand ihnen hineinreden will. Im Ernst glaube ich natürlich nicht, daß Sie die „Post“ benutzen werden. Was die Zentralstreikfrage angeht, so habe ich stets die Notwendigkeit einer einheitlichen Organisation der Streikunterstützung anerkannt. Aber ich stehe mit dieser Auffassung in der Generalkommission ziemlich allein. (Weiterleit.) Für die Land- und Waldarbeiter soll eine besondere Organisation geschaffen werden. Ueber die Einzelheiten der Agitation möchte ich nicht öffentlich hier reden.

In der Abstimmung wird die Sympathieumgebung für die Privatangestellten einstimmig angenommen; der Antrag Sillier betr. die Zentralstreikfrage zurückgewiesen, die übrigen Anträge teils durch die Beschlüsse der Generalkommission für erledigt erklärt, teils ihr zur Erörterung überwiesen.

Die Mandatsprüfungskommission erstattete dann durch Kohle (Vergarbeiter) Bericht. Anwesend sind 324 Delegierte, die Generalkommission ist vollständig vertreten. Als Gäste sind da Grünwald-Wien (Gewerkschaftskommission Oesterreichs), Jozsac-Budapest (ungarischer Gewerkschaftler), Grensl-Järlsch, Svenes-Kopenhagen, Heine-Hamburg (Zentralkommission für Gewerkschafterschutz), Frau Tieg-Berlin (Komitee zur gewerkschaftlichen Agitation unter den Arbeiterinnen), Frau Adler und Dorsch-Frankfurt a. M. (Gewerkschaftsartikel). Die Delegierten vertreten 1 688 172 organisierte Mitglieder. Sämtliche Mandate wurden für gültig erklärt.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist

### „Die Agitation unter den Dienstboten.“

Referentin Fel. Grünberg-Kürnberg: Die moderne Dienstbotenbewegung setzt ein mit der Gründung des Vereins in Nürnberg 1906. Das gab den Anstoß zur Gründung einer Reihe von Dienstbotenvereinen in anderen Städten. Die Bewegung beginnt mit der Klarstellung der Rechtsverhältnisse der Dienenden und mit ihrer Unterstützung in Rechtsstreitigkeiten. Die deutschen Dienstboten stehen zurzeit unter 44 Gesindeordnungen, Breu-

allen hat 10, davon eine aus dem Jahre 1783, für das Herzogtum Lauenburg. Die Agitation tritt in erster Linie mit der Forderung der Beseitigung der Gesindeordnungen und ihrer Nebenerscheinungen auf. Dem Hebung der materiellen Lage der Dienstboten wird in erster Linie durch die Gesindeordnungen verhindert. Rednerin gibt einen Ueberblick über die Entstehungsgeschichte der Gesindeordnungen, die in die Zeit der Erbsittenhaftigkeit zurückgeführt werden, und über die Unterschiede zwischen den einzelnen Gesindeordnungen in den Rechtsverhältnissen des Mietvertrages, des Kontraktbruches, des Schadenersatzes, der Zeugnisausstellung, der Lohnaufrechnung und des Verfahrens bei Streitigkeiten zwischen Herrschaften und Gesinde. Im allgemeinen legen die Dienstbotenordnungen den Dienenden doppelt so viel Verpflichtungen auf als der Herrschaft. Der Macht der Herrschaft sind die Dienenden hilflos preisgegeben. Alle Klagen gehen vor das Amtsgericht und da ist der Klageweg so umständlich, daß viele Dienende lieber auf ihr gutes Recht verzichten. Wie niedrig das Gesetz die Dienenden einschätzt, geht daraus hervor, daß nach dem Gerichtsverfassungsgesetz die Dienstboten vom Rufe der Schöffen und Geschworenen ausgeschlossen sind. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn bei solcher Wahrung der häuslichen Arbeit die Zahl der Dienstboten, zumal der männlichen, ständig zurückgegangen ist. Neben dem absoluten Rückgang der Zahl der Dienstboten zeigt sich der wachsende Zugang der Dienenden in die großen Städte. In den letzten zehn Jahren ist der Zustrom zur Stadt noch viel stärker geworden als die Berufszählung von 1905 zeigt. Von den sozialen Besorgen sind die Dienstboten durchweg ausgeschlossen, selbst das Kinderzuschlaggesetz gilt für sie nicht, und so sind die 7800 dienenden Kinder unter 12 Jahren und die 153 900 Dienstboten unter 16 Jahren jeder Noth und jedem Unbestand der Dienstherren ausgeliefert. Von der Versicherung gilt für die Dienstboten nur die Invaliditäts- und Altersversicherung. An der Krankenversicherung der armen Dienstmädchen verdienen in Berlin die Rosenow und Rugdan Regnertausende jährlich. Die Hauptklagen der Dienstboten sind die über die 17 bis 18stündige Arbeitszeit, d. h. 120 Stunden in der Woche für 1 bis 5 Pf. Stundenlohn, über den Mangel an Sonntagsruhe, über schlechte Behandlung, schlechte Verdüsung, über die gesundheitlich und sittlich gefährlichen Schlafstätten, über unzureichende und boshafte Zeugnisse, über Krankheiten infolge Ueberanstrengung, infolge keim, fästigen oder kaltemodenen Essens und über rheumatische Krankheiten. Ja, bis zum Selbstmord werden die Dienstmädchen häufig gequält. Selbst der bayerische Minister des Innern v. Bretschneider hat anerkannt, daß der Dienstbotenmangel auf Mißstände zurückzuführen und abgeordnete aller Parteien haben im bayerischen Landtage anerkannt, daß die Gesindeordnung vielfach mißbraucht werde. Der bayerische Landtag hat Erhebungen über die Lage der Dienstboten beschlossen. Das ist ein erster großer Erfolg unerer bayerischen Dienstbotenbewegung. Auch im Kampfe gegen die Stellenvermittlungsdampire hat die Dienstbotenbewegung schon manchen Erfolg erzielt. In Nürnberg hat der Widerwille der Herrschaften gegen die Organisation schon erheblich nachgelassen. Die Organisation hat überall die deutschen Arbeiter aller Berufe befreit, auch für die Dienstboten liegt in ihr das Heil. Auch die Dienstboten können nur durch die Organisation den Druck der Anechtlichkeit von sich abschütteln und sich ein menschenwürdiges Dasein erobern. (Lebhafter Beifall.)

Die Referentin legt folgende Resolution vor:

In Anbetracht der hohen Zahl Erwerbender, die als Dienende der Gesindeordnung unterstellt sind und sich ihren Lebensunterhalt bei ungenügender Arbeitszeit, schlechter Entlohnung und unter den mißlichsten Verhältnissen erwerben müssen, erachtet es der 6. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands als Pflicht, die Generalkommission zu beauftragen, der jungen Dienstbotenbewegung ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen. Die Generalkommission wird beauftragt, eine Dienstbotenkonferenz einzuberufen, um über einheitliche Agitation zur Hebung der sozialen Lage dieser Arbeiterkategorie zu beraten.

Die Generalkommission wird ferner beauftragt, die einzelnen Parteien auf die Notwendigkeit der Organisation der Dienstboten aufmerksam zu machen und dort, wo noch kein Dienstbotenverein besteht, die Parteien zu veranlassen, wenn irgend möglich, zur Gründung von Dienstbotenvereinen zu schreiten. Durch eine starke Organisation der Dienenden können diese selbst an der Verbesserung ihrer sozialen Lage mitarbeiten und werden dadurch auch der gesamten Arbeiterbewegung mehr Verständnis entgegenbringen. Der Kongreß erachtet es als dringende Notwendigkeit, daß die Gesindeordnungen und die Dienstbücher beseitigt werden und volle Koalitionsfreiheit für Dienstboten wie für sämtliche Arbeiter eingeführt werde, wie auch, daß die Dienenden der Gewerbeordnung unterstellt werden und die Ausdehnung der Gewerbeordnung auf sie erfolge.

Hierauf wird die Weiterverhandlung auf Dienstag früh 8 Uhr vertagt.

## Aus der Partei.

### Stadttrawahlen in Karlsruhe

fanden am Sonnabend statt und hatten das Ergebnis, daß auch zwei Sozialdemokraten hineingewählt wurden. Es sind die Genossen Eugen Ged und Wilh. Kohle. Ueberdies wurde Arbeitersekretär Genosse Billi in den Stadtrathordenen Vorstand gewählt. Damit wurde die Sozialdemokratie zum erstenmal in die Verwaltung der Stadt Karlsruhe berufen. Da bei den letzten Stadtverordnetenwahlen die Sozialdemokraten die gesamte dritte Klasse eroberten, also jetzt mit 32 Sitzen vertreten sind, konnten die liberalen Ausschussmitglieder nicht mehr gut anders, als sich mit den Sozialdemokraten verständigen und ihren berechtigten Anspruch auf eine Vertretung im Stadtrat anerkennen. Feilner ist die freisinnige und nationalliberale Mehrheit immer kalten Blutes über die sozialdemokratische Forderung hinweggeschritten und es ist ihnen auch dieses Mal sicherlich nicht leicht geworden, in den sauren Apfel zu beißen. Allein es war außer der gemeinsamen Liste der bürgerlichen Mehrheitsparteien noch die Liste der bürgerlichen Oppositionspartei vorhanden. Und da die Liberalen beschränkt wurden, die Sozialdemokraten würden mit dieser Opposition gehen, so ist ihnen ihr Entschluß, endlich auch mal einige Sozialdemokraten zu wählen, erleichtert worden. Im Verhältnis zur Stärke der Partei im Bürgerausschuß müßten den Sozialdemokraten eigentlich sieben Sitze im Stadtrat zugedacht werden, allein wer unseren Liberalismus kennt, wird nicht allzu viel auf einmal von ihnen verlangen. Was jetzt nicht ist, muß später nachgeholt werden.

### Zu dem Freiburger Stadtverordnetenwahl-Kompromiß.

Kus Freiburg wird und gegen die im „Vorwärts“ — übrigens auch in der Mannheimer „Volksstimme“ — an dem Kompromiß geübte Kritik ein längeres Schreiben gefandt, in dem es unter einigen für die Sache unbedeutlichen Ausfällen gegen unseren badischen Korrespondenten in der Hauptsache heißt: „... Zunächst wollen wir feststellen, daß man sich immer nur über die Kompromisse in Freiburg aufregt. Es sind bis vor wenig Jahren in Karlsruhe noch Kompromisse bei Gemeindevahlen geschlossen worden. Auch die Mannheimer Kompromisse liegen noch kein Renfchakter zurück. In den letzten Jahren wurden solche abgeschlossen in Offenburg, in Lörrach, in Baden-Baden, in Mannheim für die zweite Klasse, auch in Heidelberg und Lahr hat man Ähnliches gemacht und man hat nichts von solchen Kritiken gehört, wie sie jetzt der „Vorwärts“ brachte. An allen diesen Orten, mit Ausnahme von Baden-Baden, bilden die Arbeiter einen weit höheren Prozentsatz der Wähler als in Freiburg. In Lörrach und Lahr bilden die Arbeiter in der dritten Klasse mindestens zwei Drittel der Wähler; in Freiburg kaum ein Drittel. Die „Volksstimme“ (Mannheim) meint, in Freiburg hätten wir eine sechste Arbeiterklasse. Schon dies ist nicht richtig. Industriearbeiter hat es hier sehr wenig, und diese wenigen spielen in der

Arbeiterbewegung eine ganz geringe Rolle. Weil sie zu den schlecht- bezahlten Arbeitern gehören und die älteren davon noch im Schlepptau der anderen Parteien, hauptsächlich der Zentrumspartei, sind.

Das Gros der organisierten Arbeiter bilden hier die Bauhandwerker, und diese sind ein recht fluktuierendes Element. Dazu kommt noch, daß das Baugewerbe seit dem letzten Jahre vollständig daniederliegt.

Bei der letzten Reichstagswahl waren hier 15304 Wahlberechtigte. Bei der letzten Wahl in allen drei Klassen zusammen 9446, obwohl früher zwei Gemeinden eingemeindet wurden. Ein Weniger an Wahlberechtigten von 5860. Daß an diesem Ausfall die Handwerker, Bauern und Privatiers am wenigsten beteiligt sind, ist doch sicher. Daß die Arbeiter und Beamten am meisten davon betroffen werden, ist ebenso sicher, und alles was hier trotz der relativ niedrigen Anlage weniger als 97 M. bezieht, ist Wähler der dritten Klasse. In allen Ständen zählten auch die lebigen Personen sehr oft 90 M. Steuer und dürfen dann wählen, während lebige Arbeiter und Angestellte nicht wählen dürfen. In einer Reichstagswahl wurde auch davon gesprochen, daß wir bei reger Agitation wenigstens einen kleinen Erfolg hätten erringen können. Demgegenüber sei bemerkt, daß es doch bei unserem Wahlssystem mit der Listenwahl nur alles oder nichts gibt. Sätten wir Bezirkswahl, dann wäre die Sache anders. Bei der letzten Reichstagswahl erhielten die Sozialdemokraten 740, die National-Liberalen 798 und das Zentrum 1547 Stimmen. (Die Angaben im "Vorwärts" nicht richtig.) Die Kritiker betonen auch scharf den agitatorischen Wert eines Wahlkampfes. Dieser Punkt wurde auch in Freiburg getönt. Nur darf man an einem Ort, der nicht über ein Parteiblatt verfügt, und wo ein positiver Erfolg von vornherein ausgeschlossen ist, den agitatorischen Erfolg auch nicht überschätzen. — In der Agitation wäre entgegengehalten worden, daß man eine Vertretung geben wollte, und die hiesigen Genossen waren eben der Meinung, daß wenn wir in der Lage sind, bei allen Gelegenheiten auf dem Rathaus unsere Stimme zu erheben, dann würde das mindestens ebenbürtig wie ein ausführender Wahlkampf. In allen hiesigen Städten, wo unsere Genossen jetzt in der Stadtverordnetenversammlung sitzen, haben sie durch Kompromiß die erste Vertretung erobert. Die Freiburger Genossen haben bei verschiedenen Anlässen gezeigt, daß sie zu kämpfen verstehen, und haben schon wiederholt ihre örtlichen Angelegenheiten den allgemeinen Parteiforderungen untergeordnet. 1902 hatten wir den Kompromiß bei den Gemeindevahlen. Da erörtern die Klagen über die Verumpfung. 1903 verdoppelten wir bei der Reichstagswahl die Stimmengahl gegenüber der vorigen Wahl. 1906 hatten wir wieder bei der Gemeindevahl, zwar nur ein klein wenig, gesündigt. Wenige Monate später hatten wir die Landtagswahl mit dem Stichwahltag. Und 1907 hatten wir bei der Reichstagswahl einen Erfolg, wie ihn nur wenige Orte in Deutschland zu verzeichnen hatten, ein Erfolg, der uns auch das Markstädter Mandat rettete. Und wenn es wieder gilt, werden die Freiburger Genossen wieder auf dem Damme sein. Die hiesige Arbeiterschaft ist so geschildert, daß wir uns auch einen Kompromiß leisten können, ohne der Verumpfung zu verfallen. Der Landesverband, dem die Sache auch unterbreitet wurde, hat uns auch keinen anderen Rat gegeben.

Des weiteren wollen wir noch richtig stellen, daß die Streikaktionen nicht 80 betrogen, und nicht von Zentrumswählern, sondern von den 30 konservativen Wählern herrühren, die sich in der dritten Klasse befinden.

Die Erwiderung in einzelnen müssen wir unserem hiesigen Korrespondenten überlassen. Das Wichtigste aber scheint uns zu sein, daß die Genossen zu Freiburg den Wert eines freien, scharf geführten Wahlkampfes zu niedrig und den "positiven Erfolg", d. h. die vier Mandate zu hoch ansetzten. Die Teilnahmelosigkeit der Wähler bei der Abstimmung ist die schärfste Kritik des Abkommens. Gerade der Umstand, daß noch viele Industriearbeiter sich im Schlepptau des Zentrums befinden, sollte die Freiburger Genossen bestimmen, jede Gelegenheit zur Agitation gehörig auszunutzen. Daß die Tätigkeit der vier Genossen im Stadtparlament agitatorisch wirken wird, ist zu hoffen. Aber die die breiten Massen aufreißende Wirkung eines Wahlseldzuges ist doch etwas ganz anderes.

Ein sozialdemokratisches Wahlheim. Der Sozialdemokratische Bezirksverein Stuttgart-Heslach erwarb ein zirka vier Morgen großes Wald- und Wiesengrundstück, im sogenannten Dacksmald gelegen, und richtete das zu einem ungewöhnlichen Heim für Groß und Klein aufs prächtigste her. Am Sonntag wurde der Platz seiner Bestimmung durch einen feierlichen Eröffnungsfest übergeben. Abg. Hildenbrand wies in einer Ansprache auf die Bedeutung und den Zweck der Anlage hin, die jedem zum zwanglosten Aufenthalt in freier Luft dienen soll. Bei Gefangnis- und Konzertvorträgen bleiben die Verammelten bis zum Abend beisammen. Zur finanziellen Fundierung des Unternehmens, das mit der Einzäunung und den Unterkunfts- sowie provisorischen Wirtschaftsräumen sich auf etwa 6000 M. stellt, sind Anteilsscheine zu 5 M. ausgegeben worden. Als Sommergast kann man für 20 Pf. den ganzen Sommer frische Luft und das genießen, was man sich mitbringt oder an besuchteren Tagen billig erziehen kann.

Unsere Toten. In Weiskirchen starb der Genosse Gottlieb Berg. Er hat seit seinem Eintritt in die Partei mit unermüdlichem Eifer für sie gewirkt; nicht minder für den Bergarbeiterverband. In beiden Zweigen der Arbeiterbewegung hat er bis zu seinem Tode wichtige Vertrauensposten bekleidet. Die Weiskirchener Genossen haben den Trauerritus, den ein hiesiges Leiden schon im 47. Jahre dahingerafft, würdig geehrt. Mehr als 500 folgten seinem Sarge zur letzten Ruhestätte.

Personalien. Der Genosse Schubert, bislang Redakteur am "Sächsischen Volksblatt" zu Bismarck, hat die Redaktion des "Volksblatts" zu Harburg übernommen. Aus der Redaktion der "Volkswacht" in Breslau ist Genosse Ludwig Radlof ausgeschieden, um am 1. Juli sein neues Amt als Arbeitersekretär in Neumünster anzutreten.

## Aus der Frauenbewegung.

### Erwiderung.

In der Nummer 140 des "Vorwärts" erschien ein "Damenwahlrecht" überschriebener Artikel, der sich mit meinen Ausführungen in der Rundschau der letzten "Sozial. Monatshefte" befaßt. Zur sachlichen Erwiderung zunächst folgendes: Aus dem Angriff des Verfassers muß jeder, der meinen Artikel nicht gelesen hat, den unbedingten Eindruck gewinnen, als ob ich statt des allgemeinen, ein Damenprivilegierten-Wahlrecht gefordert hätte. Ich brauche für denkende Genossen und Genossinnen kaum zu erklären, daß ich so gut wie jeder andere Sozialdemokrat dafür eintrete, mit allen anwendbaren Mitteln und in jedem Lande und für jedes Parlament, nur für das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht für Männer und Frauen zu kämpfen. Etwas anderes aber ist es, ob ich es für praktisch und politisch vernünftig halte, wo — wie in England — ein weit ausgedehntes, wenn auch nicht allgemeines Frauenwahlrecht — auf genau der gleichen Grundlage wie das dort bestehende Männerwahlrecht — beantragt ist und gegenwärtig erreichbar wäre, für dieses Wahlrecht zu stimmen. Ich halte das deshalb für richtig, weil erstens für meine Anschauung in der Erringung der politischen Gleichstellung des weib-

lichen Geschlechts mit dem männlichen in einem wirtschaftlich und kulturell so vorgeschrittenen Lande wie England an sich ein gar nicht hoch genug einzuschätzender wirtschaftlicher Fortschritt auch für die Arbeiterklasse läge, weil zweitens es selbstredend unmöglich ist, ein allgemeines Frauenstimmrecht in einem Lande zu erobern, so lange das Männerstimmrecht dort noch gewissen Beschränkungen unterliegt, ein ausschließliches parlamentarisches Festhalten am allgemeinen Frauenstimmrecht also für solche Länder den Verzicht auf die aktive Beteiligung der Frauen am politischen Leben für längere Zeit hinaus bedeutet. Einen Verzicht, der ich für eine erheblich größere Schädigung der Frauenwelt, vor allem aber der weiblichen Arbeiterschaft halten würde, als den momentanen Ausschluß einer kleinen Anzahl von Proletarierinnen vom Wahrecht. Weil ich dreitens die Propaganda, die die weiblichen Vertreter der Arbeiterinnen im Parlament selbst entfalten könnten, gerade für eines der vorzüglichsten und wirksamsten Agitationsmittel des weiblichen Proletariats sowohl für das allgemeine Frauenstimmrecht als für sonstige dringende Arbeiterinnenforderungen ansehe.

Ich wäre natürlich nicht dieser Anschauung, wenn das Frauenstimmrecht, um das es sich gegenwärtig in England handelt, wirklich ein "Damenprivilegiertenrecht" wäre, das heißt wenn es nur Frauen von "Bessn und Bildung" zulegte, den größten Teil der Arbeiterinnen aber ausschloße. So liegt die Situation in England ganz und gar nicht. Ich muß es einem eingehenderen Artikel vorbehalten, den deutschen Genossinnen, die meist ja über die Wahlrechtsverhältnisse in England absolut nicht unterrichtet sind, diese Wahlrechtsbestimmungen in einzelnen ausmündlich zu zeigen, will aber zur vorläufigen Beurteilung der Frage nur folgenden anführen: Mrs. Hardie, der Führer der englischen Arbeiterpartei, stellt in einer Broschüre über Frauenstimmrecht nach genauem Untersuchungen fest, daß 82 Prozent der Frauenwähler, denen die Frauenstimmrechtsbill das Wahlrecht verleihe würde, Frauen aus den arbeitenden Klassen wären.

Handelte es sich wirklich, wie der Artikelschreiber glauben machen will, um ein reines Damenprivilegiertenrecht, so wäre auch kaum zu begreifen, weshalb die größte sozialistische Partei Englands, die "Unabhängige Arbeiterpartei" mit ihren Führern Macdonald und Mrs. Hardie an der Spitze, sich so lebhaft für Annahme der Frauenstimmrechtsbill einsetzt. Es können doch schließlich nicht Hunderttausende von Genossen und Genossinnen — nur weil sie auf einem von unserer offiziellen Partelanstaltung abweichenden Standpunkt stehen — vollkommene Idioten sein. Ebenso wenig ist das von der großen Zahl der englischen Arbeiterinnen anzunehmen, die sich nach den eigenen Berichten des "Vorwärts" im Verein mit den bürgerlichen Stimmrechtstämpferinnen an den gegenwärtigen Londoner Wahldemonstrationen für Frauenstimmrecht beteiligten.

Kann will ich sogar zugeben, wie ich das ausdrücklich in meiner Rundschau betont habe, daß möglicherweise die Frauenstimmrechtsbill momentan eine ganz geringfügige Stimm-Veränderung im Parlament zugunsten des Proletariats herbeiführen könnte. Für mich wie für die Genossinnen der J. L. P. (Unabhängige Arb.) Partei handelt es sich aber darum, daß diese möglichen kleinen Nachteile nur durch die vorerwähnten Errungenschaften zugunsten der Arbeiterinnen überwiegen zu sein scheinen.

Die Genossinnen der Sozialdemokratischen Föderation in England wie die deutschen Genossinnen in Stuttgart waren nicht dieser Ansicht. Sie sehen eine Parteischädigung darin, einem Gesetz zugestimmen, das gegen unser Prinzip des allgemeinen gleichen Wahlrechts verstößt. Demgegenüber habe ich betont, daß wir derartige Prinzipdurchbrechungen tatsächlich alle Tage begehen, nämlich jedesmal, wo Sozialdemokraten ihre Zustimmung zu Gesetzen geben, die wir berechtigterweise nur als zulässige Abflugszahlungen auf unsere Forderungen bezeichnen. Unsere Fraktionen in den verschiedenen Parlamenten wägen bei jedem Gesetzesentwurf vernünftigerweise die Vorteile für die Arbeiterschaft gegen die Nachteile ab, und nach dem Resultat dieser Abwägung richtet sich ihr Votum. Bei dem Gesetzesentwurf überfragen nach Ansicht der Partei bei weitem die Nachteile; folgerichtig wurde das Gesetz abgelehnt.

Diese rein taktische Behandlung der Einzelfragen, ohne die ein parlamentarischer Mitarbeiter sich überhaupt erdreistet, hindert selbstredend nicht, daß die Partei daneben für ihre in allen Punkten sehr viel weitergehenden Forderungen fortwährend agitiert und kämpft. Sollte in eine Stellungnahme zum Frauenstimmrecht in England auch nur ein Haarsbreite von dieser ganz allgemein geübten Kampfweise abweichen?

Dagegen schreibt mein Gegner in der "Frauenbewegung": "Es ist ein fundamentaler Unterschied, ob man ohne Schuld mit einem schon bestehenden Klassenwahlrecht zu tun hat oder ob man selbst ein solches befristet. Wer das verkennt und für ein neues Privilegiertenwahlrecht eintritt, muß damit rechnen, daß er den Lesern der gegenwärtigen Blätter als neuer Wellheitsbringer unter den Sozialdemokraten serviert wird. Und die Freunde der Arbeiterschaft mühen die Belegenheit, wenn sie die Knäpkel, die ihnen aus unserem Lager, wenn auch ungewollt, gerecht werden, zum Verprügeln der Arbeiter gebrauchen. Wenn Genossin Jepsler weiter davon spricht, daß die Sozialdemokratie in den verschiedenen Parlamenten für kleine Verbesserungen stimmt, und das als einen Verstoß gegen die bisherigen Prinzipien erklärt, dann stellt sie die Dinge geradezu auf den Kopf. Es ist doch ein Unterschied, ob man gleich möglichst beschneiden im Forderer austritt, oder ob man — nachdem alle Hebel zur Durchbringung einer Forderung in Bewegung gesetzt sind, aber bei den Gegnern nur taubem Ohren predigt — nimmt, was überhaupt noch zu bekommen ist."

Meine kurzen Gegenbemerkungen werden hoffentlich die Lesefreunden des "Vorwärts" überzeugend haben, bis zu welchem Grade der Artikelschreiber den Sinn meiner Ausführungen entleert hat, wie unhaltbar sich auch rein logisch seine Polemik erweist. In der Sache selbst erhebe ich absolut nicht den Anspruch, die Genossinnen sofort zu meiner Meinung herüberzuführen. Unbeschadet meiner Ansicht kann ich sehr wohl die Gründe würdigen, die die Genossinnen der S. D. P. in England wie die deutschen Genossinnen in Stuttgart auf die Gegenseite getrieben haben und werde jeder Zeit bereit sein, sachliche Argumente ernst zu diskutieren und ihnen ebenso sachlich meine Gegenargumente entgegenzusetzen. Wie ich überhaupt der Überzeugung bin, daß nichts für den praktischen Fortschritt sowohl als für die Theorie der Partei fruchtbarer sein kann, als möglichst eingehende sachliche Erörterungen aller strittigen Fragen.

Außersächlich ist mir auch gegen die Manier des Artikelschreibers vorzuhalten, der taktische Meinungsverschiedenheiten mit gehässigen persönlichen Invektiven belämpfen zu können glaubt. Eine Anschauung, die von der größten sozialistischen Partei Englands geteilt wird, ist weder ein "Ertrübergebnis", das ich mir leisten, noch kann es wohl als "bewußter Dohn" und "gewollte Provokation" anmuten. Gält denn wirklich der Verfasser irgend einen Genossen für so gedankenlos, daß er einer sachlich überlegten Anschauung gegenüber eine Wirkung von derartigen persönlichen Angriffen erhofft?

Ich meine, die Parteidiskussionen der letzten Jahre sollten nachgerade jeden von uns überzeugt haben, daß nicht diejenigen der Partei "Knäpkel" drehen und ihr Ansehen nach außen schädigen, die selbstständig in Einzelfragen zu abweichenden Ansichten gelangen, sondern nur diejenigen, die jeder Anschauungsabweichung im eigenen Lager mit Verdächtigungen begegnen, wie sie selbst einem Gegner gegenüber im höchsten Maße verwerflich wären.

Willy Jepsler.

Es muß eigentlich berühren, daß Gen. Jepsler eine sachliche Feststellung zu geschweigen, persönlichen Invektiven umminnt. Mit keinem Wort ist ihr der Vorwurf böser Absicht gemacht worden. Sie selbst gibt sich zwar das Zeugnis der sachlich überlegenen Anschauung, aber deshalb betrachten wir doch ihre Anschauung nicht für so geheiligt, daß die Feststellung der Wirkung ihrer Stellungnahme — nicht ihrer Absicht — als ein persönlicher Angriff angesprochen werden könnte. Im übrigen glauben wir uns als Antwort mit der wirklich überlegenen der in Betracht kommenden Ausführungen der Gen. Jepsler in den "Soz. Monatsheften" begnügen zu können. Sie lauten:

"Diejenigen deutschen Genossinnen, die das Aufgeben eines grundsätzlichen Programmforderung unter allen Umständen für verwerflich halten, stehen durchaus konsequent auf dem Standpunkt der S. D. P. Aber auch die Geschichte der deutschen Partei hat in den letzten Jahren vollumfänglich bewiesen, daß diese absolute Aufrechterhaltung des Prinzips in der politischen Praxis mehr und mehr unmöglich wird. Oder sollte es etwas anderes sein als solch eine Prinzipdurchbrechung, wenn wir heute bei den preussischen Landtagswahlen mitten, oder wenn die Partei in den Reichs-, Landes- oder städtischen Parlamenten fortdauernd ihre Zustimmung zu Gesetzen gibt, die mit Recht nur als winzige Abflugszahlungen auf unsere Programmforderungen bezeichnet werden?"

Was ist das anderes, als die notgedrungene Abfindung mit bestehenden Klassengesetzen gleich zu werten der Befürwortung weiterer Klassengesetze?

Trotzdem, Gen. Jepsler wird bei dem Urteil bleiben; wenn sie ihre Meinung sagt über die Wirkung bestimmter politischer Stellungnahme, dann sei das ein verbindliches Werk, wenn aber andere ihre Ansicht äußern über die objektive Wirkung des Vorgehens der Genossin Jepsler, dann sei das — verwerflich.

Aus dem angeführten Artikel wird man hoffentlich auch erfahren, warum Gen. Jepsler jetzt davon spricht, daß sie kein "reines" Damenprivilegiertenrecht befristet habe, während der "Vorwärts" nur vom Damenwahlrecht als Begriff für ein beschränktes Frauenwahlrecht gesprochen hat.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

- Treptow-Beamschulenweg. Mittwoch, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Christ. Marienthaler Straße, Ecke Ernststraße. Bericht des Vorstandes und der Vertrauensperson. Auflösung des "Frauen- und Mädchenvereins" und Nebertritt in den "Sozialdemokratischen Wahlverein".
- Abendk. Mittwoch, den 24. Juni, bei Joh. Schönlindestraße 1, Vortrag.
- Wilhelmsdr. Mittwoch, den 24. Juni, abends 8 Uhr, bei Pant. Vortrag, Referentin Fr. Hausler.

## Gerichts-Zeitung.

### Verleumdung als Kampfmittel im Hirsch-Dunderschen Lager.

Am 18. März berichteten wir, daß der Redakteur des Hirsch-Dunderschen Blattes "Regulator" in Berlin Gleitsdau vom Schöffengericht wegen verleumderischer Beleidigung zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt ist. Er hatte in verletzender Form die bereits gerichtlich als Verleumdung gekennzeichnete Erzählung wiederholt, der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes Schilde habe sich gelegentlich einer Verhandlung mit Unternehmern in Hamburg von der Bestreitung der Höhe mit 100 Mark bestochen lassen. Wegen dieses Urteils hatte er Berufung eingelegt. Wie uns jetzt mitgeteilt wird, ist es in der Berufungsinanz zu einem Vergleich gekommen. Der Angeklagte erklärte: "Es habe ihm freis fern gelegen und liege ihm auch jetzt fern, gegen den Privatkläger den Vorwurf zu erheben, daß dieser durch irgend welche materielle Interessen, in Sonderheit durch das mehrfach erwähnte Frühstück, sich habe beeinflussen lassen, die Interessen des von ihm geleiteten Metallarbeiterverbandes zu vernachlässigen. Der Angeklagte erklärt ferner, daß er auch in Zukunft auf der erwähnten Frühstücksgelage nicht seine Vorwürfe gegen den Privatkläger mehr erheben wird." Ferner übernahm der Angeklagte die Kosten des Verfahrens. Darauf nahm Kläger die Klage zurück.

### Mißstände Drangsalierungsbefugnisse gegen Arbeiter.

Eine Anzahl von Parteigenossen waren vom Amtsrichter von Al-Olenide mit Strafmandaten bestraft worden, weil sie am 1. Mai in der Nähe einer Fabrik morgens früh vor Arbeitsbeginn Einladungen zu einer Kreiserversammlung verteilt hatten. Die Strafmandate stützen sich auf eine Kreispolizeiverordnung von Ende 1907, wonach das öffentliche Verteilen von Druckchriften auf Straßen und Plätzen, auf denen ein reger Verkehr herrscht, verboten ist. Offensichtlich glaubte man diese Verordnung gegen die politische und gewerkschaftliche Bewegung gut verwenden zu können. Das Rheinischer Schöffengericht hat aber dieser Lage in seinen beiden Abteilungen diese Polizeiverordnung als mit dem Reichs-Brechgesetz in Widerspruch stehend, auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Herzfeld für ungültig erklärt, die Parteigenossen freigesprochen und der Staatskasse auch die notwendigen Auslagen, einschließlich der Kosten der Verteilung, auferlegt.

### Wie man Streikbrecher schält.

Vor dem Schöffengericht Erlangen hatten sich die Maurer Dorn und Hörtich von Heroldsberg bei Nürnberg wegen Vergehens gegen den verübten § 153 zu verantworten. Der Prozeß entsprang einer Tarifbewegung, die die Arbeiter des Bauunternehmers Weitz in Heroldsberg eingeleitet und in der sie nicht weiter geordert hatten, als daß Weitz die bisherige Arbeitszeit und den bisherigen Lohn unter schriftlich anerkennen sollte. Er weigerte sich jedoch, den Tarif zu unterschreiben, so daß ein mehrtägiger Streik entstand. Als Arbeitswilliger fungierte der Maurer Braun. Als er beim Mittagessen in einer Wirtschaft mit Dorn zusammen kam, rebete ihn dieser an mit der Frage: "Nun, schmeißt's?" Braun erwiderte: "Freilich, ich hab' alles und neues Fleisch." Darauf sagte Dorn: "Nun ja, da wirst Du Doktor und Apotheker nimmer los." Dadurch fühlte sich der Arbeitswillige "belehrt". Der zweite Angeklagte Hörtich hatte sich mit seiner eigenen Frau über die Differenz unterhalten, wobei ein dabei stehender Dienstmädchen drohende Andeutungen über Weitz gehört haben will. Er wurde freigesprochen, aber in der oben angeführten Ausfertigung des Dorn erblickte das Gericht tatsächlich eine "Drohung mit Gewalttatigkeiten" und erkannte auf die unerhöhte Strafe von vier Wochen Gefängnis!

### Eine originelle Polizeiverordnung.

Weil sie gemeinsam ein Fäßchen Bier getrunken hatten, waren die Steinbrucharbeiter Bieler, Seigt, Schmidt und Peter zu je 3 M. Geldstrafe eventuell einen Tag Haft verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatten sie bei der Strafkammer in Halle Berufung eingelegt. Das erstinstanzliche Urteil stützt sich auf eine heitere Verordnung, die am 18. März 1907 für das Landstädtchen Lößlein auf Grund des Abg. Landrechts zum Schutze des Subtilitäts Lößlein worden ist, und wörtlich folgendermaßen lautet: Das Abholen von gemeinsamen Trinkgelagen innerhalb der Betriebsverhältnisse und in der Umgebung derselben im Umkreise von 500 Metern ist verboten. Das Einführen von Bier oder anderen gefügigen Getränken in die Betriebsverhältnisse ist größeren, zum Genuß für mehrere Personen dienenden Mengen ist untersagt. Bieler erzählt, daß er das Fäßchen Bier an einem warmen Nachmittage mit in den Steinbruch gebracht und es dort mit seinen Kameraden, die es gemeinsam bezogen hatten, getrunken habe. Streil und Pant mit dem Unternehmer oder den Kameraden sei dabei nicht vorgekommen. Der Verteidiger der Angeklagten wies vor der Berufungsinanz am Freitag darauf hin, daß die Polizei gar kein Recht habe, solche Verordnungen zu erlassen. Die Strafkammer in Halle, als Berufungsinanz, erklärte zwar die reizende Verordnung nicht sofort für ungültig, sprach die Angeklagten aber frei.

Zentralverband der Bäcker und Konditoren. Heute abend 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftsraum, Engel-Arter 15, Saal 1: 1. Vortrag des Landesabgeordneten Erdbell: "Die politische Situation nach dem Landtagswahlkampf in Preußen." 2. Hirsch-Dundersche Individualfamilie.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
 Redaktionsadresse: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüreau:  
 Hof I. Amt 3, 1239. Charitstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

**Graveure! Achtung! Ziseleure!**  
 Mittwoch, den 24. Juni 1908, abends 8 1/2 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
 im „Dresdener Garten“, Dresdener Straße 45.  
 Tages-Ordnung:  
**Bericht von der Branchen-Konferenz.**  
 Um rege Beteiligung wird ersucht.

Mittwoch, den 24. Juni 1908, abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung der Gold- u. Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen**  
 im „Gewerkschaftshaus“, Engelster 15, Saal 7.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht von der Berufskonferenz. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.  
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird ersucht!

Mittwoch, den 24. Juni 1908, abends 8 Uhr:  
**Allgemeine Versammlung der Drahtarbeiter Berlins und Umgegend**  
 im „Gewerkschaftshaus“, Engelster 15, Saal 3.  
 Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Nationale Ehre — Standeshöhre“. Referent Kollege Bahn. 2. Diskussion. 3. Tarifangelegenheiten. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
 118/8  
 Kollegen! Da in dieser Versammlung betreffs des § 1 unseres Tarifs wichtige Mitteilungen gemacht werden, damit ein jeder von Ihnen weiß, wie er sich in Zukunft zu verhalten hat, ist es Pflicht, daß Sie für einen guten Besuch dieser Versammlung agieren.

NB. Den Kollegen von Friedrichshagen und Umgegend zur Kenntnis, daß die Bibliothek für diesen Bezirk eröffnet ist und Bücher jeden Mittwoch, abends von 8-9 Uhr, und Sonntag, vormittags von 10-12 Uhr, beim Kollegen Karl Hennig, Friedrichshagen, Seestr. 117 ausgegeben werden.

**Achtung! Achtung!**  
 Die Kollegen, welche Erwerbslosenunterstützung (Kranke) beziehen, werden hierdurch ersucht, ihre Unterstützung noch vor dem 1. Juli (Quartalschluß) abzuheben.  
 Ausgenommen davon sind alle diejenigen Kollegen, welche in Krankenhäusern oder Heilanstalten sind und ihre Unterstützung nach Beendigung der Krankheit abheben.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Zahlstelle Berlin.  
 Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Str. 11/12:  
**Branchen-Versammlung**  
 der  
**Stellmacher.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht über den Verbandstag. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
**Die Kommission.**

**Einsetzer!**  
 Die regelrechte Branchen-Versammlung findet ausnahmsweise am Sonntag, den 28. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1, statt.  
**Achtung! Stockarbeiter! Achtung!**  
 Mittwoch, 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in Feuersteins Festsaal (Zuh. Kabe), Alte Jakobstraße 75:  
**Branchen-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht vom Verbandstage. 2. Berichtangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
 86/1  
 A. W.: Der Obmann.

**Zentralverband der Steinarbeiter.**  
 Berlin II.  
 Mittwoch, den 24. d. M., abends 8 Uhr, bei Engel, Seydelstr. 30:  
**Mitglieder-Versammlung**  
 Tages-Ordnung:  
 1. „Der Wert der Organisation“. Referent: Gemeindevorsteher Wilh. Denger. 2. Resultat der Abstimmung über die Arbeitslosenunterstützung. 3. Verschiedenes.  
 171/20  
 Diejenigen Kollegen, welche ihre Stimme über die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung noch nicht abgegeben haben, können dies noch in dieser Versammlung tun.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.**  
 Verwaltung Berlin.  
 Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr:  
**General-Versammlung**  
 im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Geschäftliches. 2. Gewähl eines Zentralvorstandsmitgliedes, sowie eines Mitgliedes des Berliner Vorstandes. 3. Unsere Extraintervention und Extrabeitrag. 4. Verschiedenes.  
 20/11  
 In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist zahlreicher Besuch notwendig.  
**Der Vorstand.**

**Würzburger Hühneraugenmittel**  
 von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Sandelholz.)  
**Dr. H. Unger in Würzburg.**  
 In Berlin (S. W.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße. Groß-Apothek, Barnimstraße 33. — München: Schützen-Apothek. — Stuttgart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek.  
 110/1\*

**Zentralverband der Maurer Deutschlands.**  
 Zweigverein Berlin.

Am Mittwoch, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr,  
 finden im gesamten Zweigverein die  
**Delegierten-Wahlen**  
 zum 10. Verbandstag statt.

**Maurer** (Zahlstelle Berlin) bei Freyer, Koppenstr. 29.  
 Tagesordnung: 1. Wahl der Delegierten. 2. Vortrag des Genossen Düwell über: Industrielle Konzentration und Arbeiterinteressen. 3. Bericht und Neuwahl der Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission. 4. Verschiedenes.  
**Zahlstelle Charlottenburg** im Volkshaus, Rosinenstr. 3, Heiner Saal.  
**Zahlstelle Rixdorf** bei Thiel, Bergstr. 151.  
**Die Versammlungen der übrigen Zahlstellen finden in den betreffenden Verkehrslökalen statt.**

**Bauer**, abends 6 Uhr, in den neuen Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59, unterer Saal.  
 Tagesordnung: 1. Wahl der Delegierten. 2. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Emil Bösko über: Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit. 3. Verschiedenes.

**Sektion der Gips- und Zementbranche** in den neuen Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59, großer Saal.  
 Tagesordnung: 1. Wahl der Delegierten. 2. Stellungnahme zur Tarifkündigung. 3. Stellungnahme zur Alfordarbeit. 4. Verschiedenes.  
 138/11  
**Zu allen Versammlungen legitimiert zum Eintritt das Mitgliedsbuch.**  
 Der Zweigvereinsvorstand.

**Zentral-Verband der Zimmerer**  
 Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Mittwoch, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in Titius Gesellschaftshaus, Kemeler Straße 67:  
**Außerordentliche Mitgliederversammlung.**  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag des Genossen A. Störmer über: „Der Kampf ums Recht“. 2. Diskussion.  
 254/14  
 Kameraden! Kglheit für guten Besuch. Sorgt dafür, daß alle Mitglieder zur Stelle sind. Der Vorstand.

**Ein Triumph**  
 der  
**Zigaretten-Fabrikation!**  
**Selowsky's**  
**Caruso**  
**Zigaretten**  
**nur 3 Pf.**  
**per Stück!**

**Jenensia-Räder!** Mod. I  
 10 Jahre Garantie!  Teilzahlung!  
**Adler-Räder!**  
 2428L\* **Phänomen-Räder!**  
 Groskurths Social-Räder von M. 56.— an!  
 Auswahl in gebrauchten Rädern!  
**Motorzweiräder! Fahrradzubehör spottbillig!**  
**R. Groskurth, Berlin C., Münzstraße 23.**

**H. & P. Uder,** Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.  
 Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.  
**Spezialität: Nordhäuser Kautabak**  
 stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 3901L\*  
**Echte dänische Schleifen** 5 Pf. Verkauf.  
**Allerfeinste Qualität!**  
**Unübertroffener Geschmack!**  
 Amt 4, 3014.

**BUCHHANDLUNG VORWÄRTS**  
 BERLIN SW 68, LINDENSTR. 68  
**ZIELE UND WEGE**  
 ERLÄUTERUNG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN GEGENWÄRTSORDERUNGEN  
 PREIS 20 PF. PORTO 5 PF.  
 H. C.  
 Aufnahmefähig für billige prima Eisbeine, Wurstbruch in früherer Qualität.  
 Berl. Wurst- u. Fleischwarenfabrik Petersburger Platz 8.

Um besten lauten Sie  
**Hygienische Bedarfsartikel**  
 im 32672\*  
 jeder Art im **Boccius**  
 Drogenhaus H. Boccius  
 Berlin NW., Birkenstr. 12.

**MANOLI**  
**Abbas**  
 Beste 3 Pf. Cigarette.

**Spandau.**  
 Allgem. Ortskrankenkasse.  
 Dienstag, 30. Juni, abends 8 1/2 Uhr,  
 im „Hotel zum Stern“:  
**General-Versammlung**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Statutenänderung. 275/3  
 2. Verschiedenes.  
**Der Vorstand.**  
 Hof I, Vorsitzender.

**Rote + Lotterie**  
 zugunsten des Cecilienheims.  
 5793 Gewinne i. W. v. Mark  
**150000**  
 Hauptgewinne Mark  
**50000**  
 Lose à Mark 3.30.  
**Stettiner Lose**  
 à 50 Pf. — 11 Lose 5 M.  
**Oscar Bräuer & Co. Nachf.,**  
 Andreasstr. 46a, Ecke Blumenstr. 1

**Fahrräder billiger!**  
 Neue Fahrräder 40.—, 45.—, 50.—, in elegantester Ausführung. 10 Jahre Garantie 75 M. (einschließlich 1.20 Verluste 0.75 sowie sämtliche Nebenbestandteile: Ulen, Wägen, Instrumente, Naben, etc. etc. Man verlange sofort reichhaltige, 150 Seiten starke Prospektual-grat. n. info. — Berlin —  
**E. Muehnow, Wilmersdorferstr. 14**

**Dr. Schünemann**  
 Spezial-Physik für 250992\*  
**Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.**  
 Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

**H. Pfau, Bandagist**  
 Jetzt: Direksenstraße 20  
 zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Volksgartenstr. — Amt VII, 19799.  
 Für Damen weibliche Bedienung. \*  
 Kleider für alle Krankenkassen.  
 Saalrestaurant — Partikellokal mit Arbeitsnachweis (ämtl. Gewerbe, direkt an einer gr. Fabrik in Industrie-Stadt, Provinz Brandenburg, wegen Krankheit zu verlaufen. Grundstück hat dreistöckiges Vorder- u. Hinterhaus, in welchen außer groß. Restaurationsräume, groß. Saal u. Bühne für 1500 Personen noch 22 Wohnungen sind. Meibergtag außer eigener Wohnung 4000 M. Preis inkl. Restaur.-Zusatz: 120000 M. Hypothek 20000 M. Hypothek 130000 M. Ang. 20000 M. Off. unter 8558 Annoncen-Expedition Halbes, Landsberger Straße 57.

**Eine Mark**  
 wöchentliche Teilzahlung dieses eleganten fertige 12002  
**Herren-Garderoben**  
 Urgen für West. Anfertigung nach Mass. Korbholz, Kaschierung.  
**Julius Fabian,**  
 Schneidermeister,  
 Gr. Frankfurterstr. 37,  
 Eingang Straßberger Weg.

**Hygienische Bedarfsartikel**  
 Gummiwaren, 10000 Anerk. V. Prof. u. Arzt. empf. bill. Apoth. S. Schweitzers Fab. hyg. Präp. Berlin O., Holzmarktstr. 69-70. Preisf. gratis.  
**R. O. M.** an große Aufnahm. in Bernau. Doppelter Berl. Brunnhof, Berlin, Nollendorferstr. 3

Nach Wernsdorfer Schleuse-Gosener Berge  
**Große Dampfer-Extrafahrten**  
 Jeden Montag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag, Sonntag, abends 8 1/2 Uhr, früh 9 1/2 Uhr, ab Schillingsbrücke nachmittags 2 Uhr.  
 Hierzu ladet freundlichst ein **Paul Schwedler** (vorm. Karl Plehl) Restaurant zum Oder-Prece-Kanal. 34142\*  
 Nachmittags von ca. 2 Uhr an (halb-) noch (täglich) Saab 20 Pf., Sonntags 30 Pf. Restaurant Kyffhäuser.

Das Försterdrama vom Müggelsee.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts II begann gestern die mehrtägige Verhandlung gegen den ehemaligen Försterehegatten Wily Schwarzstein, der unter der schweren Anklage der Ermordung seines Vaters, des königlichen Försters Schwarzstein, steht.

Den Vorsitz im Gerichtshofe führt Landgerichtsdirektor Schneider, die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Schmidt, der Angeklagte wird durch Rechtsanwalt Dr. Schwindt verteidigt. Geladen sind 69 Zeugen und Sachverständige.

Vor Verlesung des Eröffnungsbeschlusses, der auf

Mord

lautet, erklärt der Angeklagte auf Befragen zu seinen Personalien:

Er ist am 25. Juli 1887 zu Rehbrücke, Kreis Belgig, geboren und hat eine Vorstrafe wegen Betruges und schwerer Unfugensfälligkeit in Höhe von vier Monaten und zwei Wochen Gefängnis. Er verbüßt diese Strafe zurzeit während seiner Untersuchungshaft.

Vernehmung zur Sache.

Präs.: Sie haben durch den Eröffnungsbeschluss gehört, daß Sie unter der schweren Anklage des Verbrechens stehen. Ihren eigenen Vater vorsätzlich und mit Ueberlegung getötet zu haben. — Angekl.: (weinend): Ich habe meinen Vater nicht ermordet. — Präs.: Ist das auch die Wahrheit? — Angekl.: Es ist meine volle Wahrheit. — Präs.: Wenn Sie der Täter sind, wenn Sie wirklich eine so entsetzliche Schuld auf sich geladen haben sollten, dann wäre es doch wohl das Beste, Sie sühnten diese Schuld durch ein offenes, reumütiges Geständnis! — Angekl.: Wenn ich es gewesen wäre, würde ich es sagen! — Präs.: Bedenken Sie doch, Sie würden doch im Leben gar keine Ruhe finden können, selbst wenn Sie freigesprochen werden sollten. Wenn Sie dann nach Hause kämen, da hängt an der Wand das Bild Ihres unglücklichen Vaters. Sie würden doch nicht die Augen zu dem Bilde des Vaters aufschlagen können! — Angekl.: (weinend): Nein, das würde ich nicht fertig kriegen, meinen Vater zu töten. Selbst wenn ich ihn aus Furchtlosigkeit getötet hätte, würde ich es sagen. Ich habe meinen Vater nicht getötet! — Präs.: Von Furchtlosigkeit kann bei der ganzen Sachlage nicht die Rede sein. Sie sollen, wie man hört und liest, eine große Zurechtweisung erhalten. Ich will hoffen, daß dies die Zurechtweisung eines guten Gewissens ist. — Angekl.: Ich habe ein gutes Gewissen! — Präs.: Ich will hoffen und Ihnen wünschen, daß diese Zurechtweisung bis zu Ende der Verhandlung anhält. Es ist ja ungeheuerlich, daß der eigene Sohn aus dem Hinterhalt seinen Vater ermordet. Sie sollen gesagt haben, Sie können es gar nicht begreifen, daß Ihnen so etwas nachgesagt werden könne. Sie können sich aber wohl denken, daß recht schwere Verdachtsmomente gegen Sie vorliegen müssen. Ich gebe Ihnen volle Redefreiheit und will Ihnen wünschen, daß es Ihnen gelingt, die schweren Verdachtsmomente aufzuklären und zu widerlegen, was bis jetzt noch nicht gelungen ist. Angeklagter, Sie sind also geboren in Rehbrücke, wo Ihr Vater königlicher Förster war. Ihr Vater wurde dann nach der Försterei Markgrafenpfele versetzt, wo Sie auch die Schule besuchten. Im 16. Lebensjahre verließen Sie die Schule. Welchem Berufe wollten Sie sich nunmehr zuwenden? — Angekl.: Ich wollte, wie mein Vater, Förster werden und kam zu diesem Zweck im August 1902 auf die Förstervorbereitungsschule in Groß-Schönebeck. Ich kam dann zur praktischen Ausbildung zu meinem Vater. Im Oktober 1905 kam ich dann nochmals auf die Försterschule und legte hier die Prüfung ab. 1906 sollte ich Soldat werden. Es war dies zu meinem Verzuge notwendig. Leider war ich zu schwach und wurde ein Jahr zurückgestellt. Bis zum Mai 1907 wurde ich dann unentgeltlich in der Oberförsterei Köpenick beschäftigt. Als ich 1907 ebenfalls von der Militärbehörde ein Jahr zurückgestellt wurde, wurde ich beurlaubt. — Präs.: Sie suchten sich nunmehr eine

Stellung

und fanden eine solche in der Holzhandlung von Herrmann Latte in Kummelsburg. Hier blieben Sie nur bis zum 30. November 1907. Weshalb blieben Sie eigentlich nicht länger in dieser Stellung? — Angekl.: Ich hatte großes Heimweh. — Präs.: Sagen Sie doch lieber die Wahrheit. Sie sind doch einfach entlassen worden. — Angekl.: Jawohl. Erst hatte ich Lust und Liebe zu dieser Arbeit, dann aber bekam ich Heimweh und vernachlässigte die Arbeit. Dies war der Grund meiner Entlassung.

Nach der Entlassung.

Präs.: Von diesem Augenblick an beginnt nun das Unheil, das sich dann später immer weiter fortsetzt. Der Anfang war, daß Sie Ihren Eltern verschwiegen, daß Sie aus Ihrer Stellung entlassen wurden. Weshalb taten Sie dies denn eigentlich? — Angekl.: Ich schämte mich vor meinem Vater und ich nahm mir fest vor, die Entlassung zu verheimlichen. Ich wollte bis zur nächsten Stellung beim Militär, die etwa im Februar stattfinden sollte, so tun, als ob ich eine feste Stellung in Berlin hatte, in Wirklichkeit wollte ich Adressen schreiben, um Geld zu verdienen. — Präs.: Was haben Sie denn zu Hause erzählt? — Angekl.: Ich erzählte, daß ich in Lichtenberg eine andere Stellung erlangt hätte und 100 M. Gehalt bekäme. Ich hätte in dieser Gelegenheit, auch die inländischen Dölzer kennen zu lernen, während ich bei Latte nur die ausländischen Dölzer kennen gelernt hatte. — Präs.: Sie bestärkten Ihre Eltern in dieser Unrichtigkeit dadurch, daß Sie pünktlich jeden Morgen nach Berlin fuhren. Wenn Sie es als blutjunger Mensch fertig bekommen, Ihre Eltern, vor allem Ihre Mutter, die Sie garlich lieb hatte, in dieser Weise zu täuschen, so ist das eine Unwahrheit, wie man Sie sich nicht schlimmer denken kann. Sie belogen Ihren Vater auch nach anderer Richtung hin und renommierten diesem gegenüber, sie hätten an einem Tage 14 Arbeiter entlassen und hätten täglich mehrere tausend Mark zuzugewonnen. Was haben Sie denn eigentlich die ganzen acht Wochen in Berlin angefangen? Es scheint hierüber noch ein ziemliches Dunkel. — Angekl.: Ich habe mir alle Schenkwirtschaften in Berlin angesehen. Wiederholt habe ich mich auch stundenlang zu Aschinger gesetzt und gelebt. — Präs.: Sie sollen auch oft sehr spät nach Hause gekommen sein, so daß Ihr Vater sehr ungedulden war und auf Sie schimpfte. Sie sollen einmal eine Leiter von außen an den Zaun gestellt haben und hinübergeklüftet sein. — Angekl.: Ich bin vom Beschäftigt direkt nach Hause gefahren. Ich bin jedoch öfter in Friedrichshagen gewesen und von dort allerdings etwas spät nach Hause gekommen. — Präs.: Woher nahmen Sie nun eigentlich das viele Geld, das Sie doch für Ihren Aufenthalt in Berlin brauchten? — Angekl.: Ich habe

dem Borg gelebt

und mir überall Geld geliehen. — Präs.: Sie haben in Berlin auch leichtsinnige Streiche verübt und sollen mit Weibern Verkehre gehabt haben. Sie haben dies früher auch zugegeben? — Angekl.: Jawohl, mehrere Male. — Präs.: Als Sie feierzeit entlassen wurden, erhielten Sie Ihr Gehalt von 65 M. ausgezahlt. Was machten Sie denn damit? — Angekl.: Ich zahlte bei einem Kaufmann in Friedrichshagen 80 M. Schulden zurück.

Tag der Tat.

Vorf.: In der Nacht zum 23. Januar wurde nun Ihr Vater erschossen, und zwar ganz in der Nähe des Försthauses. — Angekl.: Jawohl. — Vorf.: Wie weit liegt denn der Tatort von dem Försthaus entfernt? — Angekl.: Etwa 250 Meter. — Vorf.: Jawohl, genau zwischen Rahnsdorfer Mühle und dem Försthaus. Was haben Sie am Tage vor dem Tode Ihres Vaters unternommen? — Angekl.: Ich bin des Morgens mit meiner Mutter nach Reuzittau

gefahren. — Vorf.: Ihre Mutter hatte dort eine Erbschaft von 10.000 Mark gemacht. Sie begleiteten Ihre Mutter deshalb nach Reuzittau. Sie sind dann aber nicht mit der Mutter nach Hause gefahren. — Angekl.: Meine Mutter fuhr nach Berlin zu ihrem Bruder, um einzukaufen. Ich redete ihr vor, daß ich noch in meiner Stellung nach den Arbeitern sehen möchte. Ich bin dann gegen 7 Uhr von Station Frankfurter Allee nach Hause gefahren. Ich traf meinen Vater nicht mehr an. Mutter erzählte mir, daß Vater zur Post nach Friedrichshagen gegangen sei. Da mein Fußgänger sehr schwach ist und ich Schmerzen hatte, zog ich mir die Stiefel aus und aß dann Abendbrot. Während ich noch die „Fortzeitung“ las, sagten die Kinder, sie gingen zu Bett. Ich sagte, ich käme gleich nach. Ich bin dann nach oben gegangen, wo meine achtjährige Schwester und die Erna Schmidt mit mir in einem Zimmer schliefen. — Der Angeklagte erklärt weiter: Er sei dann noch einmal herunter gegangen, weil er noch ein wenig Hunger hatte und eine Stulle essen wollte. — Präs.: Das ist doch sehr seltsam, denn Sie hatten doch eben erst Abendbrot gegessen. — Angekl.: Ich habe mir im Wohnzimmer eine Schmalzstulle zurechtgemacht und bin dann in die Küche gegangen, habe Wasser getrunken und bin noch einmal draußen gewesen, um ein kleines Bedürfnis zu befriedigen. — Präs.: Bisher haben Sie noch kein Sterbenswort davon gesagt, daß Sie noch einmal draußen waren. Das ist ganz neu. — Angekl.: Ich habe meines Wissens das schon früher gesagt oder ich habe es vergessen. — Präs.: Sie haben doch in der Einsamkeit der Zelle Zeit genug gehabt, über alle Dinge sorgsam nachzudenken, und wollen ein solch wesentliches Moment vergessen haben? — Angekl.: Ich war im Anfange meiner Untersuchungshaft sehr bestürzt und gestreut. — Präs.: Sie sollen nach den Beobachtungen verschiedener Zeugen gar nicht bestürzt gewesen sein und nicht ein Benehmen gezeigt wie ein Sohn, dessen Vater mordlings erschossen worden ist. Sie treten auch heute gar nicht so auf, als ob Sie unter der schweren Anklage des Vatermordes stehen. Sie treten hier so auf, als ob Sie kein Wässchen trüben könnten. Und dabei haben Sie acht Wochen hindurch Ihre Eltern und Ihre Mutter, die Sie so liebte, fortgesetzt betrogen. Das zeigt doch, daß der Grundzug Ihres Wesens nicht Wahrhaftigkeit, sondern Unwahrhaftigkeit ist. — Angekl.: Ja, ich hätte nicht die Dummheit machen sollen, meinen Eltern etwas vorzutreiben. — Präs.: Das sind keine Dummheiten, sondern Schlechtigkeiten! — Der Angeklagte erklärt auf Befragen weiter: Er sei am dem Abend alldann oben in seine Stube gegangen, wo er mit seiner Schwester und der Erna Schmidt seine Schlafgelegenheit hatte. Erna Schmidt war schon ins Bett gegangen und er habe die Tür zugeschlossen, die Lampe ausgelöscht und habe sich im Dunkeln ausgezogen. — Präs.: Warum sogest Sie sich im Dunkeln aus? Das soll doch sonst nicht vorgekommen sein. — Angekl.: Das kam öfter vor. — Präs.: Die Anklage sagt: Sie hätten sich fast angezogen ins Bett gelegt. — Angekl.: Nein, ich war vollständig ausgezogen. Als ich mir die Strümpfe auszog, sah ich, daß mein schmerzender Fuß angeschwollen war. Ich schloß dann die Tür nochmals auf und warf die Strümpfe, die schlecht waren, hinaus. — Präs.: Aber Angeklagter,

Sie bringen ja jetzt lauter neue Tatsachen vor!

Die Tür wollen Sie dann nicht wieder verschlossen haben? — Angekl.: Nein. — Präs.: Das ist doch gar nicht möglich, daß Sie die Tür aufgeschlossen und die Strümpfe hinausgeworfen haben. Da hätten Sie ja am nächsten Morgen aus bloßen Füßen an die Wortschleife gehen müssen. — Angekl.: Ich habe mir am nächsten Morgen Ernas Strümpfe rasch angezogen. — Präs.: Das werden wir durch die Beweisaufnahme feststellen müssen. Jedenfalls ist es ganz neu, was Sie hier vorbringen. Das Moment der geöffneten Tür gehört doch zu den Hauptverdachtsmomenten, und da haben Sie in der langen Zeit nichts von dem gesagt, was Sie heute behaupten. — Staatsanwaltschaftsrat Schmidt: Auf dieses wichtige Moment ist der Angeklagte wiederholt hingewiesen worden. — Präs.: Hören Sie, Angeklagter, wenn es unwahr ist, was Sie heute sagen, dann verziehen Sie es gut, sich herauszulassen, wenn es aber wahr ist, dann ist es unbegreiflich, daß Sie es früher nicht gesagt haben. — Rechtsanw. Dr. Schwindt: Ich möchte das

Verhalten des Angeklagten einigermaßen erklären.

Als ich die Verteidigung übernahm und den Angeklagten aufsuchte, konnte ich von ihm zunächst gar keine rechte Auskunft erlangen. Er war eigentlich wie ein Stück Holz. Vor drei bis vier Wochen wurde der Angeklagte ein ganz anderer. Er erklärte mir: Er sei ein ganz anderer geworden, nachdem der

Anstattgeflüchte

meine Anklageschrift gelesen und sie mir mit dem Bemerkten zurückgegeben hatte: „Schwarzstein, jetzt glaube ich Ihnen, daß Sie unschuldig sind! Ich lasse Sie zum Abendmahl zu.“ Der Angeklagte war nun mit einem Male ein ganz anderer, sein Benehmen war plötzlich viel freier und freier. Ich hatte den Gesinnungswechsel zunächst als Zeugen angeben wollen, er bewog mich aber, es nicht zu tun, weil er meinte, es würde sich dann öfter wiederholen, daß man ihn als Zeugen vorladen möchte; er verwies außerdem auf sein Amtsgeheimnis. — Präs.: Das kann ich mir aber kaum denken, daß der Anstattgeflüchte sich in dieser Weise ausgedrückt habe. Das würde doch ein außerordentlich bedenkliches Verfahren sein! — Angekl.: Es ist wahr. Als der Herr Geistliche mir die Anklage, die er gelesen, zurückgab, sagte er zu mir: „Ich glaube Ihnen jetzt, daß Sie die Tat nicht begangen haben.“ Herr Präsident, ich bin unschuldig, und seitdem der Geistliche mir das gesagt hatte, fühle ich mich wesentlich gestärkt.

Der Angeklagte beendete weiter auf die Fragen des Präsidenten: Als am nächsten Morgen die beiden Arbeiter kamen, die den Vater am Boden todt aufgefunden hatten, habe er zunächst das Klopfen und den Lärm nicht gehört. Er sei dann von Wehlich mit dem Bemerkten gewarnt worden, daß zwei Männer da seien, die etwas mitzuteilen hätten. Er habe dann die beiden Männer gefragt, was es denn so früh schon gebe? Die Antwort war: sie hätten einen am Forsthaufen gefunden; es sei ein Mann in Försterkleidung, mit einem Vollbart und einem Siegelring am Finger. Er sei dann in seines Vaters Zimmer gegangen und als er den Vater nicht vorfand, da sei ihm der Gedanke gekommen, daß es sich nur um seinen Vater handeln könne. Es sei ihm der Gedanke durch den Kopf geschossen: der Vater sei vielleicht im Forsthaus sitzen geblieben, habe Stas gepfeift und sei vielleicht im trunkenen Zustande zu Boden gesunken. Er sei dann mit den Männern gegangen und habe seinen Vater entdeckt in hohender Stellung und mit entblöttem Hinterkopf vorgefunden. Ihm sei bei diesem Anblick das Blut zu Kopf gestiegen, ihm sei in seinem Leben noch nie so zu Mute gewesen. — Präsident: Sie sollen gar nicht sehr aufgeregt gewesen sein, sondern ziemlich ruhig gesagt haben: „Nanu, was ist denn hier passiert? Das ist ja mein Vater!“ Der Angeklagte bestreitet, daß sein Benehmen beim Auffinden der Leiche und bei den weiteren Anordnungen zum Transport der Leiche und seinen Mitteilungen über das Vorkommnis an seine Mutter ein ungewöhnliches und verdächtiges gewesen sei. — Präsident: Welche Gedanken hatten Sie denn nun, als Sie den Vater tot aufgefunden? — Angeklagter: Den Gedanken, daß ein Racheakt vorlag, mußte ich aufgehen, denn Vater hatte keine Feinde; er hat in seinem Archiv niemand wegen Wilddiebstahls anzeigen Veranlassung gehabt. Wenn die Tat eines Wilddiebes in Frage käme, dann würde es sich nur um eine Fahrlässigkeit handeln können. — Präsident: Früher waren Sie anderer Ansicht, da hielten Sie einen Racheakt nicht für ausgeschlossen. — Angeklagter: Ich habe früher gesagt: mein Vater hatte als Privatmann keine Feinde, aber vielleicht als Beamter. — Präsident: Wie stellen Sie sich denn wohl diese „Fahrlässigkeit“ vor? Es war doch eine verhältnismäßig helle Nacht. Sachverständige haben bei gleicher Beleuchtung Proben gemacht. — Angeklagter: Ich denke mir, Vater hat ein Bedürfnis zu verrichten gehabt, er hat sich niedergebeugt und ein Wildieb hat ihn in dieser

Stellung vielleicht für ein Stück Bild angesehen. Vielleicht hat auch ein Bildhauer gedacht, der Forstbeamte, den er sah, habe auf ihn angelegt und er sei ihm dann zuvor gekommen und hat auf Vater geschossen. — Präsident: Ihre Verhältnisse, Angeklagter, drängen, wie die Anklage hervorhebt, zum Zusammenbruch. Sie hatten an allen Ecken und Enden geborgt, Sie mußten nicht mehr aus noch ein, Sie mußten an dem kritischen Tage eine Entscheidung fällen. Wenn Sie der Täter sein sollten, dann konnten Sie keine bessere geeignete Nacht wählen, als die hier in Frage kommende. Sie mußten sich — wenn Sie der Täter wären — eine Froschnacht aussuchen, in der es so hell war, daß sie sicher zielen konnten. Sie durften keine Nacht wählen, in der Schnee gefallen war, ebenso keine Nacht, in der der Boden weich war, denn sonst würden Fußspuren zurückgeblieben sein. Sie mußten eine Gelegenheit wählen, wo Sie wußten, daß der Vater in Rahnsdorf weilte und spät zurückkehrte. Sie mußten auch wissen, welchen Weg Ihr Vater einschlug und daß die günstigste Gelegenheit zur Ausführung der Tat war, wenn Sie sich hinter die Hecke stellten. Sie mußten — immer unter der Voraussetzung, daß Sie der Täter wären — auch eine Nacht wählen, wo der Vater ohne den Hund nach Rahnsdorf ging. — Angeklagter: Diese Voraussetzungen trifft aber entfallen nicht zu; ich habe

niemals den Gedanken gehabt, meinen Vater zu erschießen und habe eine solche Tat nicht begangen. Wenn ich eine solche Tat hätte begehen wollen, dann hätte ich viel günstigere Gelegenheit gehabt, wenn ich ihn auf einem gemeinsamen Gange im Walde erschossen hätte, denn wenn man ihn dann dort tot aufgefunden hätte, würde wohl niemand gegweifelt haben, daß die Tat eines Bildhauers vorlag.

Der Vorsitzende erörterte alldann mit dem Angeklagten seine Geld- und Schuldenverhältnisse.

Vorsitzender: Sie haben früher selbst gesagt, Sie mußten täglich die

Entbedung und den Zusammenbruch

befürchten. Sie haben doch überall gepumpt, selbst von den Bahnschaffnern haben Sie sich Fahrkarten geborgt, von einem Barbier 1 M. Außerdem wollten Sie eine Menge anderer Leute anborgen. — Angeklagter: Ich wollte mir auch 300 M. borgen und meine Schulden damit bezahlen. Diese Summe wollte ich dann, sobald ich Stellung hatte, in Raten abbezahlen. — Vorsitzender: Warum haben Sie sich nicht an Ihre Mutter gewendet, der Sie doch voll vertrauen konnten? Sie haben im Gegenseit Ihrer Mutter noch 25 M. zu Weihnachten geschenkt, die Sie sich selbst geborgt hatten. Sie hatten Ihr aber erzählt, daß dieses Geld von Ihrem Gehalt wäre. — Angeklagter: Jawohl, das ist richtig. — Vorsitzender: Was meinen Sie, was Ihr Vater gemacht hätte, wenn er alle Ihre leichtsinnigen Streiche erfahren hätte, ganz abgesehen von der Unfugensfälligkeit? — Angeklagter: Vater hätte sich sehr aufgeregt und hätte Skandal gemacht. — Vorsitzender: So, weiter nichts. Sie scheinen ja sehr optimistische Hoffnungen zu haben. — Angeklagter: Die Scene hätte einen Tag gedauert und dann wäre alles in Ordnung gewesen. Ich wäre dann vielleicht strenger behandelt worden. — Vorsitzender: Man kann aber auch sehr gut der Meinung sein, daß Ihr Vater Sie einfach aus dem Hause gejagt hätte. — Angeklagter: Nein, das hätte Vater nicht getan, wenn er auch noch so böse gewesen wäre. Ja, ich habe meine Eltern und den Herrn Forstmeister beschimpft und bin leichtsinnig gewesen, das ist doch aber noch kein Mord. — Vorsitzender: Es kommt nun noch ein

weiter schwerwiegender Punkt

hinzu, auf den sich die Anklage stützt. Der Knecht Wehlich behauptet, daß er am Abend das

Fenster verschlossen

hatte. Am nächsten Morgen wurde es aber unverschlossen aufgefunden, so daß während der Nacht jemand das Haus verlassen haben mußte. Sie sagen jetzt, daß Sie das Haus am Abend noch einmal verlassen haben. Hieron haben Sie bis jetzt noch nie etwas gesagt. Noch auffälliger ist es aber, daß Sie, als Wehlich feinerzeit angab, er habe das Tor abends verschlossen, es verjucht haben sollten, auf sein Zeugnis einzurufen. — Angeklagter: So ist es nicht gewesen. Ich habe mit Wehlich über die Sache gesprochen, nachdem mich der Kriminalkommissar Beonhardt über meine Schulden usw. befragt hatte. Ich sagte ihm hierbei, das Tor habe ich beinahe so an, als ob ich es schließlich noch gewesen sein sollte. Jemandem Einfluß auf die Aussage des Wehlich habe ich nicht gehabt. — Vorsitzender: In der Stube Ihres Vaters stand ein Schrank mit Gewehren und diese sollten am nächsten Morgen durch die Gendarmerie-Oberwachmeister geprüft werden, da auch Wehlich, der von dem Erschossenen öfter geprügelt worden war, in den Verdacht geraten war. Als Sie nach den Flinten gefragt wurden, sprachen Sie immer nur von der aufgefundenen Wuchsfinte, nicht aber von Ihrer eigenen Finte, die jetzt hier auf dem Gerichtstisch liegt. Erst als Sie direkt gefragt wurden, gaben Sie an, Ihr Vater hätte die Flinten zum Büchsenmacher nach Kirchhölzle gebracht. Als die Beamten hierauf näher eingingen, änderten Sie rasch die Aussage und erklärten, daß Ihr Bruder Ihre Finte mitgenommen hätte. Sie mußten doch, daß dies nicht richtig ist, da Sie längst nach dem Fortsein Ihres Bruders mit der Finte geschossen hätten. Wann haben Sie denn das letzte Mal mit dieser Finte geschossen? — Angeklagter: Ich war feinerzeit nicht ganz klar, welche Finte gemeint war, und hatte damals immer von einer anderen Finte gesprochen. Mit meiner Finte habe ich am Sonntag vor Neujahr das letzte Mal geschossen. — Vorsitzender: Es ist doch aber sehr auffällig, daß die Flinten am nächsten Tage urplötzlich wieder da war. — Angeklagter: Ja, ich habe die Finte selbst beim Herumkommen unter dem Bodenmantel meines Vaters zwischen seinen hohen Stiefeln und einem Rudersack an die Wand gelehnt aufgefunden und habe auch sofort hiervon Mitteilung gemacht. Es wird mir zur Last gelegt, ich hätte die Flinten versteckt. Es wäre dies doch ganz unfinnig, denn wenn ich es fertig gebracht hätte, meinen armen Vater zu erschließen, so hätte ich auch noch genügend Gelegenheit gehabt, die Finte heimlich zu reinigen. Ich kann nur immer wieder sagen, ich habe ein reines Gewissen, ich habe meinen Vater nicht erschossen. — Vorsitzender: Sie selbst haben in einem Protokoll gesagt, ein

besonders inniges Verhältnis zwischen Ihnen und Ihrem Vater

habe nicht bestanden. — Angeklagter: Ich hatte meinen Vater lieb. Es ist aber eine gewisse Trennung eingetreten, als ich selbständiger wurde und die Stellung annahm. — Vorsitzender: Es ist sehr auffällig, daß Sie es bisher immer so gehalten haben, wenn Ihnen etwas Unbequemes und Verdächtiges vorgeworfen wurde, so waren Sie immer bestürzt und sprachlos und haben überhaupt nicht mehr geantwortet. Es scheint, wie ich noch mitteilen will, gegen Sie noch ein Verfahren wegen Wilddieberei; Sie sollen Hasen verkauft haben. Außerdem sollen Sie auch Rehwild geschossen und verkauft haben. — Rechtsanw. Dr. Schwindt teilt mit, daß in einer vor der gerichtlichen Vernehmung an ihn gelangten Information des Angeklagten dieser den Sachverhalt genau so dargestellt habe, wie er es heute tue und keinerlei Widersprüche zu entdecken seien. — Die Vernehmung des Angeklagten ist hiermit beendet.

Die Zeugen.

Als erste Zeugin wird die 14jährige Erna Schmidt vernommen, die beim Förster Schwarzstein in Pflege war. Sie schlief zusammen mit der achtjährigen Grete Schwarzstein und dem Angeklagten in einem oberen Zimmer des Försthauses. Das Bett des Angeklagten stand an der Tür. Als man im Försthaus am 23. Januar anfangen wollte, zu Abend zu essen, sei Wily auch erschienen und habe mitgegessen. Etwa ein Stunde später seien

... zu Bett gegangen. Billy sei mit Handaufgehoben, habe sich aber nicht gleich ins Bett gelegt, sondern sei noch einmal heruntergegangen, um sich eine Stulle zu holen. Nach 5-10 Minuten sei er wiedergekommen und habe die Türe zweimal zugeschlossen. Es ist ihm aufgefallen, daß der Angeklagte die Lampe sofort ausgepufft hat und sich dann erst auszog, was sonst nicht geschah. Beim Abendessen habe Billy schon über seinen Fuß geklagt. Ob sich der Angeklagte mit dem Ausgang ins Bett gelegt, weiß die Zeugin nicht. Sie weiß auch nicht, ob der Angeklagte nach dem Auspuffen des Lichtes noch einmal hinausgegangen ist, oder ob er die Tür geöffnet und seine Strümpfe hinausgeworfen hat. Als am nächsten Morgen der Anwalt Ernst Mehlisch an die Tür geklopft und der Angeklagte geweckt wurde, weil zwei Männer ihn sprechen wollten, habe er seine Strümpfe nicht finden können und deshalb die ihrigen angezogen. Auf weiteres Befragen meint die Zeugin, daß nach dem Auffinden der Leiche der Angeklagte nicht sehr traurig war und nur geweint habe, wenn Leute kamen. Als das Fehlen der Hinte des Billy zur Sprache kam, habe Frau Schwarzenstein zu ihr gesagt: wenn sie gefragt werde, solle sie nur sagen, daß Otto Schwarzenstein die Hinte zu Weihnachten gepupst habe. Schließlich befragte sie, daß der Angeklagte öfter seine Strümpfe zur Tür hinausgeworfen habe.

Die nächste Zeugin ist die kleine Gertrud Schwarzenstein, die achthnjährige Schwester des Angeklagten. Sie bestätigt im Großen und Ganzen die Aussagen der Vorgesagten, weicht jedoch in einigen Punkten von ihr und auch von ihren früheren Aussagen ab. U. a. erklärt sie aus eigenem Antriebe, daß der Angeklagte nach dem Auslösen der Lampe noch einmal die Tür geöffnet und etwas herausgeworfen habe. Früher hat sie von dieser Tatsache nichts gesagt, jedoch der Vorsitzende sie eindringlich eraminert, wies sie denn jetzt plötzlich mit dieser wichtigen Tatsache hervor und ob ihr vielleicht jemand gefagt habe, was sie hier aussagen solle. Die Zeugin verneint dies aber standhaft und bleibt dabei, daß ihr diese Tatsache erst nach einiger Zeit eingefallen sei. Sie geht auch nicht von der Darstellung ab, daß der Angeklagte wirklich die Tür noch einmal geöffnet und etwas hinausgeworfen habe. Zuerst erklärte sie bekräftig, daß sie nicht wisse, was dies gewesen sei, dann aber kam sie mit der Bemerkung hervor, daß es Strümpfe gewesen seien.

Amtsrichter Dr. May (Röpenitz) macht Befundungen über die Tätigkeit der Gerichtskommission die sich nach geschehener Meldung von dem Verbrechen an den Tatort und später in das Forsthaus begeben hatte. Zuerst habe man an einen Mordanschlag gedacht, da verlaute, daß der Förster Schwarzenstein an seiner früheren Dienststelle Weiberchen mit Wildbilden gehabt haben sollte. Dann wurde der Verdacht gegen Mehlisch erzwungen, auf eine dahingehende Frage an den Angeklagten erfolgte aber ein gutes Nein! als Antwort. Der Angeklagte betonte dabei, daß Mehlisch vom Schießen keine Ahnung habe. Gegen Billy Schwarzenstein lag damals noch keinerlei Verdacht vor. Gegen den Angeklagten Schwarzenstein schneidet zuerst bei dem Amtsgericht Röpenitz ein Strafverfahren wegen Wilderns. Wie Herr Forstmeister Kottmeier bestätigten wird, wurde in der fraglichen Gegend sehr viel gewildert. Dortige Einwohnere hörten sehr häufig des Nachts in der Nähe des Forsthauses Schüsse fallen. Seit der Angeklagte verhaftet ist, haben die Schüsse aufgehört. Der Angeklagte soll die Wildereien mit einem Kautschuk Röhle unternommen haben. Dieser Röhle ist seit jener Zeit spurlos verschwunden. Alle Bemühungen, ihn aufzufinden, sind ohne Erfolg geblieben.

Nach einstündiger Pause verkündet der Vorsitzende, daß die Befichtigung des Tatortes morgen, Dienstag, früh 8 Uhr, an Ort und Stelle stattfinden soll.

Kriminalkommissar Leonhardt hat die Recherchen geleitet. Als der Zeuge in das Forsthaus kam, war das Verhalten des Angeklagten eigenartig. Er lag auf dem Sofa und meinte zunächst nicht; nachher verpöchte er einige Frauen, die jedoch bald verfielen. Ich ging dann, so befindet der Zeuge weiter, in das Zimmer, wo die Gewehre standen. Da stellte ich heraus, daß das eigene Gewehr, welches der Angeklagte selbst benutzte, fehlte. Er sagte zuerst, es sei in der Reparatur in Fürstenwalde, dann änderte er seine Aussage und meinte, sein Bruder habe es nach Thüringen mitgenommen. Erst abends, als ich nach Hause fuhr, machte mich der Zeuge Kotalowski darauf aufmerksam, daß abgesehen von jenem Gewehr, ein Gewehr fehlte, welches der Angeklagte persönlich zu benutzen pflegte; er erzählte auch von Erbschaftsstreitereien, die in der Familie obwalteten. Die beiden Arbeiter, die den Erschossenen zuerst gefunden, hatten auch gesagt, daß das Benehmen des Angeklagten an der Leiche so gewesen sei, als ob ein Stück Vieh dagelegen hätte. Das machte mich stutzig. Mein Verdacht wurde noch reger, als ich am nächsten Tage wieder ins Forsthaus kam und das Gewehr plötzlich da war. Er sagte, er habe es in einer Ecke in des Vaters Arbeitszimmer gefunden, wo allerdings Kleider hingegen. Über die Ecke war tags vorher ganz genau untersucht worden. Als ich ihn fragte, wann denn das Gewehr zum letzten Male gebraucht sei, antwortete er: „Ach, mit diesem Ding kann man überhaupt nicht mehr schießen, es sei so klappertig, daß sein Vater schon Anfang November oder Anfang Dezember verboten habe, es zu benutzen. Zuletzt sei es am dritten Weihnachtstage gepupst worden.“ Das stimmte aber nicht. Es war außer auf-fällig blank, und es mußte ganz frisch daraus geschossen worden sein. An demselben Tage hatte ich inzwischen festgestellt, daß der Angeklagte Urkunden gefälscht und Schulden hatte. Am 24. Januar ist die

### Risse von drei Polizeihunden

in Anspruch genommen worden. Sie wurden auf die Spur hinter dem Gebäude gesetzt und haben nacheinander eine bestimmte Fährte ganz übereinstimmend verfolgt. Auffallend war das Verhalten der „Rige“. Diese umkreiste den Angeklagten, der mit anderen Personen auf einem kleinen Hügel dem Verbrechen zusah, mehrere Male. An der Fährte konnte nur die Größe des Hundes gemessen werden. Der Zeuge mißt die Fährten der Rigel des Angeklagten und stellt fest, daß die Größe des Hundes nicht ganz genau übereinstimmt, die kleine Differenz ergibt sich aber leicht daraus, daß die Spur eben etwas in den Boden breiter eingedrückt wird.

Forstmeister Kottmeier-Röpenitz ist als Amtsvorsteher als erster am Tatorte gewesen und hat die ersten Feststellungen getroffen, namentlich bezüglich der Schupridung. Als der Zeuge ins Forsthaus kam, lag der Angeklagte auf einem Sofa und kühlte seinen Fuß. Da kam dem Zeugen blühartig vorübergehend der Gedanke eines möglichen Zusammenhanges dieser angeblichen Fußkrankheit mit der Tat, daß sie vielleicht nur simuliert sei, um irgend einen Verdacht nicht aufkommen zu lassen. Der momentane Verdacht schwand aber wieder; denn als der Zeuge ihm sagte, er solle nur machen, daß das Bein bald wieder gesund werde, antwortete er: „Ach, es wird schon besser werden, denn der Doktor kommt heute wieder.“ Tatsächlich war aber der Arzt noch gar nicht dagewesen, während die Ankerung des Angeklagten anzudeuten schien, daß der Arzt schon tags vorher dagewesen sei.

Auf eine bezügliche Frage des Vorsitzenden gibt der Zeuge theoretisch die Möglichkeit einer schließlichen Tötung durch einen Wilderer oder jemand, der Mordanschlag schreiben wollte, zu. Was die Persönlichkeit des Verstorbenen betrifft, so sei dieser seit 1904 in dem Revier und ein gutmütiger und beliebter, sehr nachsichtiger Beamter gewesen.

Oberförster Wallmann war seinerzeit in der Oberförsterei Röpenitz angestellt. Er hat zwei Tage später am dem Tatorte eine Probe, bei der er den Vorfall, wie er sich mutmaßlich zugetragen hatte, rekonstruiert. Der Zeuge hat schon 60 Schritte vorher deutlich gehört, wie ein Mensch die Chauffee entlang kam. — Vorsitzender: War an jenem Tage, als Sie den Versuch unternahmen, der Erdboden wie in der Mordnacht gestoren? — Zeuge: Nein. Es regnete an diesem Abend. — Vorsitzender: Der Boden war also weicher, so daß man bei festgestrenem Boden viel eher Schritte eines Menschen hören mußte? — Zeuge: Ja wohl. — Vorsitzender: Sie haben ganz deutlich eine menschliche Gestalt erkennen können und nicht etwa zu der Meinung gelangen können, daß es sich um ein Reh handelte? Ich frage dies deshalb, weil der Angeklagte bekanntlich behauptet, daß

sein Vater möglicherweise von einem Wilderer für ein Reh gehalten und fahrlässig erschossen worden ist. — Zeuge: Ich hätte bestimmt, auch bei noch schlechterer Witterung einen Menschen erkannt. — Vorsitzender: War Ihnen der Angeklagte als guter Schütze bekannt? — Zeuge: Ja wohl!

Die Arbeiter Bolter und Bisker haben den Erschossenen zuerst gefunden und sind nach dem Forsthaus gegangen, um Meldung zu machen. Das Forsthaus stand offen, die Haustür war auch nicht verschlossen; es bedurfte aber der größten Anstrengung, um sich den schlafenden Hausbewohnern gegenüber bemerkbar zu machen. Als der Angeklagte herunterkam und sich von den Zeugen hatte melden lassen, daß sie jemand am Boden liegend gefunden hätten, hat er aus der Beschreibung ersehen, daß es sich wohl um seinen Vater handeln müsse. Am Tatort habe er sich auffällig benommen. Er sei gar nicht sehr bestürzt oder entsetzt gewesen, sondern habe, als er die Schupwunden gesehen, bestätigt, daß der Vater erschossen sei. Er habe die Leiche gar nicht berührt, sondern nur gesagt: „Wenn ich den grünen Rock tragen werde, dann heißt es: Mord!“ Der Angeklagte wollte dann auch darauf hinaus, daß der Lote weggebracht werden mußte, die Zeugen erklärten jedoch, daß man ihn bedenken und zunächst Anzeige erstatten sollte. Das lieb- und gefühllose Verhalten des Angeklagten ist den beiden Zeugen so aufgefallen, daß sie gegenseitig der Vermutung Ausdruck gaben, der Angeklagte scheine etwas von dem Mord zu wissen. Gehört habe der Angeklagte nicht.

Der Angeklagte bestreitet, sich gefühllos gezeigt zu haben. Er sei nur so konsterniert gewesen, daß er ganz sprachlos war.

Rechtsanwalt Dr. Schwandt bemerkt hierzu: Nach der Information, die ihm der Angeklagte gegeben, habe dieser ein Gruseln vor einer Leiche und könne eine solche nicht berühren. Dies sei auch bei dem Tode seines Großvaters der Fall gewesen.

Der Schlossmeister John sowie die Handschuhfabrikanten Berth und Strauch aus Rahnsdorf sind die Partner des Ermordeten bei seiner letzten Schapartie gewesen. Sie befanden übereinstimmend, daß der Förster Schwarzenstein keine Feinde hatte.

Sanitätsrat Jacoby (Friedrichshagen) bekräftigt als Zeuge und Sachverständiger folgendes: Er sei am 29. Januar telephonisch wegen einer Fußverletzung des jungen Schwarzenstein nach dem Forsthaus bestellt worden. Hier sei er gegen 10 Uhr eingetroffen. Eine Untersuchung habe ergeben, daß tatsächlich am linken Fußgelenk eine leichte Schwellung und Verfärbung zu konstatieren war. Schon am nächsten Tage habe er ihn wieder am Tische sitzen sehen und Todesanzeigen schreiben. Die Schwellung könne durch hartes Laufen oder einen Sprung entstanden sein. — Vorsitzender: Halten Sie es für möglich, daß der Angeklagte diese Verletzung simuliert hat? — Zeuge: Es handelte sich zwar um eine äußerst geringfügige Verletzung, eine Simulation war aber völlig ausgeschlossen.

Es wird sodann der Fürsorgegebling Ernst Mehlisch vernommen und von dem Vorsitzenden ernstlich zur Wahrheit vermahnt. Er ist jetzt in der Anstalt zu Strausberg und war vom Jahre 1901 ab bei dem Förster Schwarzenstein, wo es ihm sehr gut gefallen hat. Er hatte dort reichlich zu tun, denn er war sozusagen „Mädchen für alles“, mußte auch das Vieh besorgen und wenn Gäste da waren, mußte er auch Kellner spielen. Mit dem Angeklagten stand er so gut, daß er sich mit ihm buzte. Er schlief im Keller des Forsthauses. Er hat am Abend des Mordes, nachdem er Kartoffel geschält hatte, sich in den Keller zur Ruhe begeben, nachdem er die Haustür zugeschlossen, den Schlüssel zweimal herumgedreht und ihn auf ein kleines Fenster gelegt hatte. Am anderen Morgen, als die Männer, die den Leichnam gefunden hatten, kamen und Spektakel machten, hat der Schlüssel in der Haustür gesteckt und die Haustür stand offen. Es mußte also jemand die Haustür von innen schon geöffnet haben. Billy Schwarzenstein konnte trotz des Lärms erst schwierig geweckt werden. Vor der Tür der Schlafstube des Billy hat der Zeuge Strümpfe nicht liegen sehen. Er hat auch nicht bemerkt, daß Billy Schwarzenstein einen schlimmen Fuß hatte; erst nachher habe derselbe zu hinten angefangen. Der Zeuge bestreitet auf Vorhalt, daß er etwas in den Holzstall getragen habe und daß dies Billys Gewehr gewesen sein könnte. Obgleich er die Reinigung der Wohnung unter sich hatte, hat der Zeuge ein Gewehr in der Ecke des einen Zimmers, wo es angeblich sich vorgefunden haben soll, nicht bemerkt. Schließlich bekräftigt er, daß er nichts davon wahrgenommen habe, daß der Angeklagte, wie dieser behauptet, noch einmal aus seiner Stube heruntergekommen und herausgegangen sei.

Der Angeklagte bleibt trotz aller Vorhaltungen bei seiner mit dieser Zeugenaussage nicht übereinstimmenden Darstellung, daß er nochmals herabgekommen sei, der Schlüssel in der Tür gesteckt und letztere offen gelassen habe.

Rechtsanwalt Dr. Schwandt sieht keinen vernünftigen Grund, warum der Zeuge die Tür abgeschlossen und sie nicht einfach offen gelassen habe, da der Förster doch gefagt habe, er komme von der Post bald wieder. — Der Zeuge erwidert, daß die Frau Förster gefagt habe: Ihr Mann sei doch wohl eingelebt. Da der Förster seinen eigenen Schlüssel hatte, habe er, wie ihm vorgeschrieben war, die Haustür von innen verschlossen, den Schlüssel abgezogen und auf das Fensterbrett gelegt. Wer die Tür später geöffnet, wisse er nicht. — Präsident: Nachdem Sie das erste Mal wahrheitsgemäß ausgesagt hatten, haben Sie bei Ihrer zweiten Vernehmung gefagt: Sie könnten sich doch geirrt haben; denn möglicherweise sei das, was Sie auf den 23. Januar verlegten, an einem anderen Abend geschehen. Wie ist denn das gekommen? Nachher haben Sie dann wieder der Wahrheit die Ehre gegeben.

Zeuge Mehlisch: Billy Schwarzenstein ist extra zu mir in den Keller gekommen und hat gefagt: „Hör mal Ernst, Du hast gestern ausgefagt: Du habest die Tür abgeschlossen und am Morgen sei sie offen gewesen. Wenn jemand noch einmal nach der Haustür fragt, dann sage mir: Du hast nicht abgeschlossen, Du kannst Dich geirrt haben.“ Der Zeuge bleibt bei dieser Aussage trotz vieler Vorhaltungen des Angeklagten und des Rechtsanwalts Dr. Schwandt. — Der Angeklagte bestreitet die Behauptung des Zeugen und erklärt, daß er dem Zeugen nur sofort vorgehalten habe, wie er eine so falsche Aussage machen könne. — Rechtsanwalt Dr. Schwandt läßt sich vom Amtsrichter Dr. May bestätigen, daß laut Protokoll der Zeuge von dieser jetzt von ihm aufgestellten Behauptung bei seiner Vernehmung gar nicht verlausert habe. — Der Zeuge bleibt trotz alledem dabei, daß der Angeklagte in der geschriebenen Weise auf ihn habe einwirken wollen. — Zeuge Leonhardt bekräftigt, daß ihm gegenüber der Zeuge genau dieselbe Darstellung gegeben habe wie heute. — Zeuge Mehlisch kennt das vorliegende Gewehr als das Eigentum Billys und meint, daß aus demselben lange vorher das letzte Mal geschossen worden sei. Er selbst wisse mit einem Gewehr absolut nicht umzugehen, wie eine sofort mit ihm angestellte Probe bestätigt. Der Angeklagte habe sich mit seinem Vater manchmal gesamt; letzterer habe oft wegen der vielen Geldausgaben seines Sohnes geschimpft. Die Mutter habe diesem dann manchmal etwas Geld zugesteckt, wenn er darum bat. Der Förster habe in seinem Zimmer abgefordert von der Familie allein gegessen und geschlafen. Auch mit ihm habe der Förster manchmal geschimpft, das war aber immer bald wieder vergessen; denn der Förster sagte nur: „Ernst, ich meine es gut mit Dir!“ Er hatte ihn auch versprochen, später beim Militär für ihn zu sorgen. Der Zeuge bemerkt dem Förster noch ein Gefühl der Dankbarkeit. — Rechtsanwalt Dr. Schwandt weist auf verschiedene Unstimmigkeiten in früheren Aussagen des Zeugen hin. — Zeuge Oberförster Wallmann hat von dem Verstorbenen wiederholt folgen hören: „Mehlisch muß manchmal Dreische kriegen, aber sonst ist er ein ganz famoser Junge!“

Gerichtsschreiber Dr. Jeserich gibt auf Grund seiner Untersuchung sein Gutachten dahin ab, daß aus beiden Fällen des vorliegenden, dem Angeklagten gebührenden Gewehrs in letzter Zeit vor der Tat geschossen worden sei. Der weitest zurückliegende Zeitraum sei 2 Wochen, wahrscheinlich sei es aber kürzer vorher gewesen. — Oberförster Wallmann hat durch das Gewehr des Angeklagten einen Wergspitzen hindurchgezogen und ganz frischen Pulverschleim gefunden. Außerdem hat er durch den Versuch festgestellt, daß erst ganz frisch aus dem Gewehr geschossen sein mußte. Er hat mit seinem eigenen Gewehr Versuche angestellt und kon-

statet, daß man nach 5-8 Tagen an dem Geschloß irgendeinen Geruch nicht mehr wahrnehmen kann. Es mußte also auch aus diesem Grunde erst kurz vorher aus der Hinte geschossen worden sein. — Kriminalkommissar Leonhardt: Ich habe der Angeklagte direkt befragt, daß aus der Hinte neuerdings geschossen worden sei. Er habe sogar gefagt, daß der Vater ihm verboten habe, das Gewehr noch zu benutzen, da es zu klappertig und deshalb gefährlich sei. — R.-A. Dr. Schwandt: Der Angeklagte hat aber später schon zu Protokoll angegeben, daß er sich besinne, am Sonntag vor Neujahr das Gewehr noch einmal benutzt zu haben.

Sachverständiger Hofschußmacher Barilla hat das Gewehr auch untersucht und einen ganz auffälligen Geruch von Pulverschleim wahrgenommen. Er kommt in seinem Gutachten zu dem Schluß, daß erst einige Tage zuvor aus der Hinte geschossen sein muß. Er hat mit einem anderen Gewehr selbst Proben angestellt und Niederwurfsuche gemacht und ist zu der Ansicht gekommen, daß solch ein Geruch nur circa 4 Tage im Gewehr vorhält.

Die Sitzung wurde um 8 Uhr auf Dienstag vertagt.

## XII. Generalversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands.

Gotha, 20. Juni 1908.

Bei Beginn der heutigen Sitzung richtet der Kollege Siebert-Rürnberg, welcher als Vizepräsident und langjähriger Vorsitzender des Verbandes an der Generalversammlung teilgenommen hat, einige herzliche Abschiedsworte an die Vertreter des Verbandes. Es erfolgt hiernach eine kurze Debatte über das „Schuhmacher-Jahrbuch“.

Es erfolgt hiernach eine kurze Debatte über das „Schuhmacher-Jahrbuch“.

Preußig-Berlin erstattet den Kommissionsbericht, wonach vorgeschlagen wird, eine Teilung des Gaus 8 nicht vorzunehmen, sich für Befehdung der gewerkschaftlichen Unterrichtsarbeit zu erklären, dem Antrage, bei Befehdung eines Beamten diesem bezüglich der Gehaltsfrage die früheren Dienstjahre in Anrechnung zu bringen, stattzugeben, in Nürnberg an Stelle des 2. Kassierers, der zugleich Gaubeamter ist, einen Gauleiter besonders aufzustellen und den Kollegen Trefflich als Hilfsarbeiter im Bureau des Vorstandes zu bestelligen. — Diesen Vorschlägen der Kommission wird zugestimmt.

Pod-Gotha referiert alsdann über die „Ursachen und Begleiterscheinungen der wirtschaftlichen Krisen“. Redner entwirft in seinem einfindigen Referat ein Bild von der kapitalistischen Produktionsform und weist nach, daß hierin die Krisen ihre natürlichen Ursachen haben. (Beifall.) Folgende Resolution wird einstimmig angenommen:

„In der Erwägung, daß die moderne Warenproduktion unfähig ist, die vorhandenen Produktionskräfte in einer für die Gesellschaft nützlicheren Art anzuwenden und durch ihre Planlosigkeit die ganze Wirtschaftsordnung in kürzeren oder längeren Perioden in die schwersten Krisen stürzt, unter welcher die arbeitende Bevölkerung durch unverschuldeten Massenarbeitslosigkeit, Hunger und Elend am sukzessivsten zu leiden hat;

in weiterer Erwägung, daß die Kapitalistenklasse nicht imstande ist, diese wirtschaftliche Anarchie zu verhindern, erwächst der politisch organisierten Arbeiterklasse die Aufgabe, eine neue Wirtschaftsordnung an deren Stelle zu setzen.

Bis zu der Zeit, an welcher sich diese Umwandlung vollzieht, haben die Gewerkschaften dahin zu wirken, die Leiden der Arbeiterklasse, welche durch die Folgen der Krisen verursacht werden, zu mildern.

Die Generalversammlung der Schuhmacher Deutschlands hält es deshalb als die unerlässliche Pflicht der Arbeiter, sich ihren gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen, um den wirtschaftlichen Kampf mit Erfolg führen zu können.“

Ueber den internationalen Schuhmacherkongress in Stuttgart erstattet Simon-Rürnberg Bericht. Im Zusammenhang mit dem internationalen Arbeiterkongress tagten die Schuhmacher am 18. und 17. August 1907 in Stuttgart. Vertreter waren 9 Länder mit 32 Delegierten; auch England war vertreten. Bisher ist es allerdings in England noch nicht gelungen, die dortige Gewerkschaft für die internationale Schuhmachervereinigung zu gewinnen. Durch diese Union ist es uns möglich, eine engere Fühlung mit den ausländischen Organisationen zu bekommen. Der Uebertritt von einer in die andere Organisation ist unentgeltlich. Durch das Fernbleiben der englischen Organisation, welche 25 000 Mitglieder zählt, geht uns leider viel verloren. Schweden, Norwegen, Dänemark und die Schweiz haben ziemlich gute Organisationen.

Rüller-Bien gibt Aufklärung über das Verhältnis der österreichischen Organisation gegenüber der tschechischen.

Simon-Rürnberg erstattet alsdann den Bericht vom internationalen Kongress in Stuttgart. Zur Frage der Raiffeiser führt er etwa folgendes aus: Der internationale Arbeiterkongress hatte diese Frage nicht mit auf seiner Tagesordnung. In einer Konferenz wurde diese Frage erörtert und dem Offener Parteitag überwiesen. Auf dieser Konferenz waren wir vertreten. Der Offener Parteitag überwiegt die Unterführungsfrage dem Parteivorstand und der Generalkommission zur weiteren Regelung, bekräftigt aber im übrigen den bisherigen Standpunkt in der Raiffeiserfrage. In einer Sitzung der Gewerkschaftsvorstände, welche sich mit dieser Frage beschäftigte, protestierte ich dagegen, daß man unbedacht der Beschlüsse der Generalversammlungen der Gewerkschaften Entscheidungen treffen wolle. Ich erklärte, eine solche Entscheidung sei für unsere Organisation nicht maßgebend. (Lebhafte Beifall.) Durch den Beschluß des Parteivorstandes und der Generalkommission sind wir in eine able Lage geraten. In Offenbach, wo unsere Kollegen seither stets den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert haben, wurde es ihnen in diesem Jahre verweigert. Selbst in Prag, wo der 1. Mai als Ruhetag in der Fabrikordnung vorgesehen ist, weigerten sich die Fabrikanten zur Freigabe des 1. Mai, indem sie sich darauf beriefen, daß unsere Führer ja selber die Arbeitsruhe nicht wollten! (Hört! hört!) So werden uns die größten Schwierigkeiten durch detaillierte unterständliche Beschlüsse gemacht. (Sehr wahr!) Wir können unmöglich dulden, daß man in dieser Weise die Raiffeiser franguliert. Es ist ein bedauerliches Vorgehen, daß die Wähler der Brüderberger. Diesen schwillt jetzt der Ramm. Sie führen sich auf den Standpunkt des Parteivorstandes und der Generalkommission. Einige Offenbacher Kollegen weigerten sich daher, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen. Bei diesen stehen wir jetzt vor der Frage, ob wir sie ausschließen. Hoffentlich wird die Generalversammlung nichts von dem bisherigen Beschluß in der Raiffeiserfrage aufgeben. (Lebhafte Zustimmung.)

Saupt-Wagdeburg: Ich habe der vorerwähnten Konferenz beigewohnt. Auf mich hat sie keinen guten Eindruck gemacht. Man vergißt die Psychologie der Massen. Die Arbeiterschaft muß gegen ein derartiges Verhalten des Parteivorstandes und der Generalkommission entschieden Verwahrung einlegen. Durch solche Maßnahmen tötet man den Idealismus und franguliert die Raiffeiser. (Stürmischer Beifall.)

Die Generalversammlung beschließt einstimmig, daß der Nürnberger Beschluß, wonach den Gewerkschaften Unterstützung gewährt wird, auch für die Folge bestehen soll, und die Anweisung des Parteivorstandes und der Generalkommission für die Schuhmachervereinigung nicht entscheidend ist. — Es folgt die Wahl des Vorstandes und werden gewählt Simon als Vorsitzender, Neuf als 1. Kassierer, König als 2. Kassierer, Hermann als Sekretär, Pod als Redakteur und Haupt als Vorsitzender des Ausschusses. Der Ausschuß hat in Wagdeburg seinen Sitz. — Die Arbeiten sind damit erledigt. — Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden wird die Generalversammlung mit einem Hoch auf den Verband und die gesamte Arbeiterbewegung geschlossen.

Brüfkaften der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet im Saal des ... wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt.

Unterhalt gegen Sie. - P. W. 100. Wenden Sie sich an das Bureau, Neue Friedrichstraße 10.

S. S. 86. Zweckmäßig ist es, daß Ihr Mann den Sachverhalt mit ein aufstellendes Vermögensinventar zu notariellen Protokoll anfertigt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion kein Publikum gegenüber feinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 23. Juni. Anfang 8 Uhr. Deutsch. Die Wittiggrün. Kommerzielle Jugendwächter. Unterseeboot.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 49/50. Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtssonne.

ZOOLOGISCHER GARTEN. Täglich: Gr. Militär-Doppel-Konzert. Eintritt 1 M.

Apollo Theater.

Das bedeutendste Theater Berlins! Ab 8 Uhr: Die hervorragenden Attraktionen, u. a. Verona-Truppe.

Luisen-Theater.

Reichenberger Straße 34. Abends 8 Uhr: Dir wie mir.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). (Wortwitz-Oper). Dienstag, abends 8 Uhr: Die Afrikanerin.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76/79, direkt Ringbahn-Station. Ob schön! Kommen! Sehen! Stannen! Ob Regen!

Brunnen-Theater.

Sabstraße 68. Direkt: Willi Voigt. Täglich: Der deutsche Michel. Erstklassige Spezialitäten.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Off. Blumenstr. 16. Alma Alberti - Adolf Duls - Lin Delinda.

Neue Welt.

Hafenstraße 108-114. Täglich: Gr. Doppel-Konzert und Spezialitäten-Vorstellung.

Schweizer Garten.

Am Königsplatz, Am Friedrichshale 20/22. Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.

Passage-Panoptikum.

Ohne Extra-Entree. Der Riese aller Riesen. Pisjakoff. Eintritt 50 Pf.

Volksgarten-Theater.

an Schönhof Gelandbrunnen. Täglich: 1001 Nacht.

Walhalla-Theater.

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor. Spezialitätenvorst. im Garten. Berlin 1908.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.

Todes-Anzeige. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Schanzwirt Adolf Nickusch (19. Bezirk) verstorben ist.

Berliner Prater-Theater.

Kastanien-Allee 7-8. Täglich: Die Welt ein Paradies.

Sanssouci.

Kottbuser Straße 6. Direktion Wilhelm Reimer. Der Garten ist geöffnet.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger. Variétésterne. Sauret. Britton als Isadora Duncan.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Diesem dienen den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kohlenarbeiter Karl Giese am 19. Juni im Alter von 57 Jahren an Lungenleiden gestorben ist.

Männerquartett „Sangstreuende“.

Hierdurch allen Mitgliedern, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung vom dem Ableben unseres Sangstreuenden Th. Radtke.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter.

Nachruf. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Hofarbeiter Karl Herrmann am 14. Juni nach längerem, schwerem Leiden verstorben ist.

Glumen- und Franzbinderei von Robert Meyer.

nur Mariannen-Straße 2. Leihhaus. Gelegenheitskaffe vorfallt Gold- und Silbersachen.

Max Kliems Sommer-Theater.

Hassenhede 13-15. Kritische Zeitung: Bernhard Lange. Donnerstag, den 25. Juni.

Minna von Barnhelm.

Lustspiel in 4 Akten. Kuffler-Abend: Donnerstag, den 25. Juni.

Max Friedrich.

Sein biederer Charakter sichert ihm bei uns ein bleibendes Andenken. Das Personal der Kgl. Hofbuchdruckerei E. S. Mittler & Sohn.

Anna Kuschner.

(Schöneberg, Kaiser-Friedrichstr. 3). Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 23. Juni, nachmittags 3 Uhr, auf dem Schöneberger Friedhof in der Ragistrade 3479b.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und Mutter am 21. Juni entschlafen ist.

Dankfagung.

Hiermit sagen wir allen Verwandten und Bekannten, sowie den Genossen des IV. Berliner Reichstags-Bezirksvereins (Randsberger Viertel), dem Verbande deutscher Gastwirtsgehilfen und den Kollegen der Altendbrauerei Friedrichshagen für die rege Beteiligung und Spenden unserer herzlichsten Dank.



Partei-Angelegenheiten.

Die Geschäfte des zweiten Berliner Reichstagswahlkreises werden von jetzt ab wieder durch den ersten Vorsitzenden, Genossen Feig...

Zweiter Wahlkreis. Für den Bezirk 152 und 153 findet morgen, Mittwochabend 8 1/2 Uhr bei Grumbach, Schönleinstr. 6...

Dritter Wahlkreis. Sonntag, den 28. Juni, findet ein Ausflug mit Familie nach Richterhorn bei Grünau (Inhaber Mohr) statt.

Pankow. Dienstag, den 23. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet eine außerordentliche Generalversammlung bei Großkurth, Berliner Str. 28...

Pantow. Morgen Mittwoch, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal „Kettiger“, Callandrellstr. 27/29, die regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Reich-Budow. Heute abend 10 Uhr findet in allen Bezirken der Jahlabend statt.

Treptow-Baumshuldenweg. Heute, Dienstagabend, bei Speer Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Die Tagesordnung lautet: 1. Fortsetzung der Diskussion über den Bericht des Vorstandes...

Johannisthal. Parteigenossen! Heute Dienstagabend 8 1/2 Uhr, findet bei Hesse, Parkstr. 17, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt...

Wahlverein Eichwalde und Umgegend. Mittwoch, den 24. Juni, abends 8 Uhr, Monatsversammlung im Restaurant „Zur Dorfene“ (Inh. Hindemann) in Beuthen.

Rönigsdorferhagen und Umgegend. Die Parteigenossen sämtlicher Bezirke werden auf die am morgigen Mittwoch im Lokal von Wetzhorn, abends 7 1/2 Uhr, stattfindende Wahlvereinsversammlung hingewiesen.

Niedorf. Parteigenossen! Heute Dienstag, den 23. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Gustav Berlin, Rarzahner Str. 10, Jahlabend statt.

Rosen. Am Mittwoch, den 24. Juni, abends 8 Uhr, findet im Lokal von P. Kurzner, Parauer Str. 10, unsere monatliche Wahlvereinsversammlung statt.

Schandow. Morgen, Mittwochabend 8 1/2 Uhr, findet bei Schrade, Soogfelder Str. 54/56, die Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Berliner Nachrichten.

Die Stichwahl im 12. Landtagswahlbezirk

findet am heutigen Dienstag statt. Es bedarf wohl keines besonderen Hinweises, daß die Wahlmänner unserer Partei, die von den Urwählern übernommenen Verpflichtungen prompt erfüllen und ihre Stimme für den sozialdemokratischen Kandidaten Adolf Hoffmann abgeben.

Werbt für den Achtuhr-Ladenschluß!

Bis zum 30. Juni haben die Inhaber offener Geschäfte Gelegenheit, ihre Stimme für den Achtuhr-Ladenschluß abzugeben. Die Parteigenossinnen und die Parteigenossen können zu der Erreichung dieses Zieles viel beitragen...

Genossinnen und Genossen! Tut, was in Euren Kräften steht, um einer großen Klasse der Bevölkerung eine Stunde Ruhe mehr zu schaffen.

Aus der geschäftlichen Praxis eines Häuptlings der Gelben.

Der Buchdruckerbesitzer und Verleger Wilhelm Hartmann in Berlin spielt eine hervorragende Rolle in der gelben Organisation der Bädereigenen, so man könnte ihn wohl als das geistige Haupt dieser Organisation bezeichnen...

ebenfalls wie diese ein neues Badmittel fabriziert. Aber auch Hartmann bekommt in dem Flugblatt kräftige Hilfe. Wie es scheint, hat der diesgewandte Geschäftsmann früher für „Diamant“ die Melometrompete geblasen...

Hartmann hat nun sein Reklamegeschäft in den Dienst der Konkurrenzfirma, der „Tafelwerke“ gestellt und dabei noch einen groben Vertrauensbruch gegen seine frühere Geschäftsfreundin, die „Diamant-Gesellschaft“, begangen...

So geht es. Wenn zwei — Geschäftsmänner, die im übrigen einander wert sind, sich befinden, dann bekommt der Außenstehende manchmal einen Einblick in Praktiken, die keineswegs einwandfrei sind.

Bei Beginn der Reisezeit nimmt Minister Breitenbach, in Folge der Klagen über Anzuträgigkeiten bei der Abfertigung und Unterbringung der Reisenden in den Zügen, Gelegenheit, die genaueste Befolgung des Erlasses vom 19. Juni 1908 in Erinnerung zu bringen.

Den Fernverkehrs betreffend hat die Königliche Eisenbahndirektion Berlin soeben die nachfolgende Bekanntmachung erlassen: Während der Reisezeit, namentlich bei Beginn der Schulferien, wird auf den Berliner Fernbahnhöfen erfahrungsgemäß kurz vor der Abfahrt der Züge Reisegepäck in so großen Mengen angeliefert...

Das Birchow-Denkmal.

Am Sonnabend fand, wie das „Berl. Tageblatt“ wissen will, bei Geheimrat Woldemar eine Sitzung des Birchow-Denkmalkomitees statt. Von den anwesenden Vertretern des Magistrats wurde daraufgelegt, daß die Entscheidung des Kaisers, welche den Denkmalsentwurf des Professors Klimsch verwirft, als rechtlich zulässig angesehen werden müsse.

Rektoren im Waisenrat. Der Magistrat Berlin hat beschlossen, die Stadtvorordnetenversammlung um ihre Zustimmung zu ersuchen, daß die Rektoren der Gemeinderschulen als solche dem Gemeindevorstande des Bezirkes, in welchem die Schule liegt, sitim m berechnete Mitglieder angehören.

Stabs, Heib und vom Halse! Die Gemeindevertretung von Grunewald hatte im vorigen Jahre der Eingemeindung des Bahnhofs Grunewald samt dem zugehörigen Gelände näherzutreten beschloßen.

lohes Grunewald samt dem zugehörigen Gelände näherzutreten beschloßen. In der letzten Gemeindevertretersitzung trat man diesem Projekte von allen Seiten entgegen.

Herberge zur Heimat.

Ueber eine rohe Mißhandlung schreibt man uns: Ich passiere täglich die Dranienstraße und hatte schon öfter Gelegenheit rohes Betragen von Portiers der Herberge zur Heimat wahrzunehmen. Mit Schimpfworten und Drohungen wurden Personen, die vor dem Einlaßtor standen oder dort hinauskamen vom Portier regaliert.

Legt die recht wenig christliche Behandlung von Handwerksgehilfen durch Angestellte der Herberge ist schon sehr oft Klage erhoben worden, bisher aber ohne jeden Erfolg.

Kaufmannsgericht. Bei der gestern im Bürgerhalle des Rathhauses stattgefundenen Ausschuhwahl für das Kaufmannsgericht seitens der Arbeitgeber wurden von der Liste I 8 Vertreter...

Vor den Augen Hunderten von Ausflüglern ertranken ist Sonntagmorgens der 23jährige Schlosser Schmidt, der mit mehreren Bekannten einen Ausflug nach der Oberspreewäldchen unternommen hatte und mit diesen im Walde bei Nieder-Schöneweide legerte.

Selbstmord des Dr. Benedikt Friedländer. Der sozialwissenschaftliche Schriftsteller und Gelehrte Dr. Benedikt Friedländer, der mit seiner Frau und einem Kinde in der stillen Privatstr. neben dem alten Russi-Konfektbureau, Potsdamer Str. 121a...

Einbrecher und Brandstifter. Durch Einbrecher wurde am Sonntagmorgens die Wohnung des Kaufmanns A. Schröder in der Rohringerstr. 55 in Brand gesteckt.

Die Anglistreppe am Bahnhof Gesundbrunnen hat Sonntagabend ein neues Opfer gefordert. Der 33jährige Schlosser Ernst Wölle aus der Danziger Str. 24 hatte mit seiner Familie einen Ausflug unternommen...

Ein verhängnisvoller Zusammenstoß eines Automobilomnibusses mit einem Praet, wobei fünf Personen verletzt wurden, ereignete sich am Sonntag auf der Grunewaldhauser in der Nähe des Restaurants Hundeloch.

Feuer auf dem Gelände der Karlsruher Rennbahn. Am Sonntag wurden die freiwilligen Feuerwehren von Karlsruh und Ober-Schöneweide nach der Karlsruher Rennbahn gerufen. Es blieb, es seien dort die Restaurationsräume, eine Tribüne und Teile des Balbes in Brand geraten.

**Sich aber mit um einen Waldbrand.** Das Feuer war durch Funken aus der Lokomotive eines Schnellzuges Berlin-Posen entstanden und hatte etwa 400 Quadratmeter Unterholz erfasst. Die Wehren griffen mit drei Schlauchleitungen ein. Innerhalb einer Stunde war jede Gefahr beseitigt. Die Lokomotive des Schnellzuges soll angeblich keinen Funkenfänger gehabt haben.

**Im Freibad Grünau** ist gestern abend 1/8 Uhr der Uhrmacher Max Appholz aus Berlin, Chorinerstr. 77, ertrunken.

**Radrennen in Steglitz.** Das „Goldene Motorrad“, ein 100 Kilometer-Rennen, brachte dem Berliner Fritz Theile einen überlegenen Sieg über Guignard, Schipke und Hall. Theile hatte vom Beginn ab die Führung, doch der Franzose machte sie ihm streitig und hielt die ersten fünf Runden die Spitze. Theile nahm in gewaltigem Zuge und beide überdanden Schipke, der nur sehr mäßig fährt. In der 33. Runde wiederholt sich das gleiche Schauspiel. Guignard läßt sich willig vier Runden nehmen, dann aber setzt er dem Drängen Theiles Widerstand entgegen. In der 88. Runde kommt es zum Kampf, der erst in der 95. Runde zugunsten des Berliner entschieden wird. Ein besonderes Braubourstück leistet sich Theile in der 117. Runde. Alle vier Gegner sind dicht beisammen, und in einem Zuge geht Theile an ihnen vorbei; nur Guignard hält sich und vergrößert auch seinen Abstand. In der 124. Runde erfolgt ein neuer Angriff, bei dem Schipke überundet wird, aber Guignard leistet tapfer Segenwehr und gewinnt Boden. Doch Theile will keinen Sieg zu einem vollständigen machen. In der 144. Runde greift er an, Guignard schwimmt und nun ist es für den Rest mit ihm vorbei. Theiles Sieg entseelte großen Beifall. Hall, der an Stelle Nobis fuhr, lag während des ganzen Rennens auf dem letzten Platz. — Im Preis von Steglitz, einem 80-Kilometer-Rennen, standen sich Debell, Bruni, Nyjer und Schwab gegenüber. Nyjer, der die Führung hatte, kam in der 33. Runde mit seinem Schrittmacher zu Fall und schied aus dem Rennen, so daß für Bruni der Weg frei war. Schwab wurde Zweiter und Debell, der tapfer fuhr, aber zweimal Radwechsel hatte, Dritter. — Der Preis von Friedenau (80 Kilometer) gab fünf neuen Fahrern Gelegenheit, ihre Kräfte zu zeigen. Sieger blieb Nikla vor Dubasch, Schmidt und Wittig; Hing aufgegeben. Nikla fuhr ganz achbar und passierte seine Gegner leicht. — Die Hiesigerrennen boten guten Sport und teilten sich Schauer, Wegener, Lehmer, Carapezzi, Gangeboort, Peter, Mabe, Muel und Bruns in die Ehren und Preise.

**Drei Dachstuhlbrände.** Im Laufe des Sonntags hatte die Berliner Feuerwehr drei Dachstuhlbrände im Norden der Stadt zu bewältigen. Zuerst ging der Dachstuhl des Hauses Kleine Hamburger Straße 26 in Flammen auf, dann brannte der Dachstuhl des Hauses Schröderstraße 15. Gärtenstraße und abends schließlich der Dachstuhl des Hauses Demminer Straße 34. An der ersten Stelle konnte die Gefahr bald beseitigt werden, in den beiden anderen Fällen nahmen die Abfahrgararbeiten aber lange Zeit in Anspruch. Überall wird Brandstiftung angenommen.

Die Waisenstraße von der Stralauer Straße bis zur Parochialstraße wird behufs Umplasterung vom 22. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

**Wer ist der Tote?** Am 2. Juni er. ist im Tegeler See die Leiche einer unbekannt männlichen Person gefunden worden. Dieselbe ist circa 80 Jahre alt, 1,85 bis 1,70 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und ist bekleidet mit graubraunem Jacketanzug, grauwollener Unterhose, brauner Jagdhose, weiß und grau gestreiftem Varschenhemd und Schafstiefeln. Bei der Leiche wurde ein rot und weiß punktiertes Taschentuch, ein lederner Leibriemen, ein Lederportemonnaie mit einem Fingerring und ein Schlüssel, ein Messer und ein Hausschlüssel gefunden. Melodiosagenten wollen sich beim Amtsvorsteher in Tegel melden. Mitteilungen über die Persönlichkeit nimmt auch die Kriminalpolizei und jedes Polizeirevier entgegen.

## Vorort-Nachrichten.

### Die Schweinepest vor den Toren Berlins.

Hierüber wird uns geschrieben: In den östlichen Vororten Berlins haben sich viele Geflügel- und Schweinemästereien angesiedelt, oftmals inmitten eines dicht bebauten Ortschaften. Diese leider nicht lungenstionspflichtigen Anlagen bilden für die Nachbarschaft eine ständige Plage. Auch in Friedrichsfelde befinden sich derartige Anlagen. Besonders unangenehm bemerkbar macht sich eine Schweinemästerei von Jähne, Ringen-Allee 20, vis-a-vis dem Knabenschulhaus gelegen. Anzeigen der umliegenden Anwohner sowie Beschwerden der Schulleitung verließen bisher resultatlos.

Am 10. Juni d. J. wurde ganz plötzlich diese Schweinemästerei geräumt und zwar so plötzlich, daß entgegen der polizeilichen Vorschriften, eine Herde von circa 25 Schweinen einfach nach der in der Waisenstraße gelegenen Engroschlächtere von Schmidt getrieben wurden, um dort geschlachtet zu werden.

Am folgenden Tage fand auf dem Gehöft große Reinigung statt, wodurch die unangenehmen Gerüche noch vermehrt wurden, zumal auch zu gleicher Zeit die Abfuhr der Fäkalien aus dem Mästereischulhaus erfolgte. Die Straße vor der betreffenden Schweinemästerei glich einem See von Jauche, welche einen pestilenzartigen Gestank verbreitete.

Am 15. Juni wurde durch amtliche Bekanntmachung wegen „Schweinepest“ über das Grundstück die Gehöftsperrung verhängt.

Wenn man bedenkt, daß für die Entwässerung dieser Mästerei nichts geschehen ist, ja, daß gestattet wurde, die Jauche in Gräben verfließen zu lassen, so muß es Verwunderung erregen, daß die Pest nicht früher ausgebrochen ist. Wunderbarerweise suchte der Gemeindevorsteher Ungewitter diesen skandalösen Zustand noch zu decken, als er in der letzten Gemeindevorstellung von unseren Genossen Pinfeler interpelliert wurde. Unserem Genossen wurde erwidert, der pestilenzartige Gestank an dem betreffenden Tage rühre einzig und allein von der Abfuhr der Fäkalien vom Schulhaus her. Anstatt einem Gemeindevorsteher dankbar zu sein, daß derselbe im Interesse des Ortes auf diese Zustände hinweist, suchte der Gemeindevorsteher unter wiederendem Gelächter der meisten bürgerlichen Vertreter, besonders der Karlsdorfer, dem Interpellanten Redensarten zu verstehen. Als den bürgerlichen Herren ihr unmännliches Verhalten durch unseren Genossen vorgehalten wurde, stellten sie sich sehr betreten. Zugleich sei mitgeteilt, daß diese Fäkalien etwa 25 Meter vom Knabenschulhaus abgeladen wurden, um dort im Sonnenbrand zu verdunsten. Wenn dies in der Nähe einer höheren Schule geschähe, so würde dieser skandalöse Zustand sicher bald beseitigt.

Nach obiger Schilderung dürfte es nicht wundernehmen, wenn der Seuchenzug nicht nur auf Schweine, sondern auch auf Menschen eine gefährliche Wirkung hätte. Eine möglichst schnelle Beseitigung dieses Mißstandes ist ein dringendes Gebot.

### Schöneberg.

Ueber den schweren Unglücksfall, der sich am Freitagnachmittag auf dem Neubau Bayerische Straße ereignete, wird uns nachträglich noch folgende Darstellung gegeben: Nachdem der Bau gerichtet war, war ein Zimmerer damit beschäftigt, im Seitenflügel das Plateau des Daches zu schalen. Der Zimmerer hatte schon einen Teil fertig und wollte einen zweiten anfangen. Dazu benötigte er eines 30 Zentimeter breiten und 4 Meter langen Brettes, das er sich vom Stapel des Vorderhauddaches holen mußte. Da das Plateau 1,50 Meter breit ist und ziemlich Gefälle hat, wurde der Arbeiter mit seinem Brett auf dem Wege nach dem Seitenflügel von einem Windstich erfasst, trat fehl und stürzte in das Sparrenfeld hinein. Dem Zimmerer gelang es, sich schnell festzuhalten, wobei er sich eine Verletzung am rechten und am linken Oberarm zuzog. Das Brett, das vom Winde erfasst wurde, rutschte die steile Mauer abwärts und traf den am Gefälle in vornübergebeugter Stellung beschäftigten Maurer Albert Spahn, der sofort in die Tiefe stürzte. Eine Schuttröhre oder ein Brett, an dem Spahn sich hätte festhalten können, war nicht vorhanden; diese ist erst am Sonntagabend angefangen und fertig gemacht worden. Hätte man das vorher getan, wäre das Unglück, wenigstens in dem Umfange, nicht passiert.

### Treptow-Baumshulenkweg.

Beim Baden ertrunken ist am Sonntag der Wäldergelle Martin Weiners aus Baumshulenkweg. Derselbe hatte in der Nähe des Deutschen Bades in der Spree ein Bad genommen. Er schwamm tief in den Fluß hinein und sank plötzlich unter. Rettungsversuche, die vom Ufer aus unternommen wurden, hatten leider keinen Erfolg. M. ist wahrscheinlich im Wasser von einem Herzschlag betroffen worden und infolgedessen ertrunken.

Aus der Gemeindevorstellung. Der Vereinbarung mit der Stadtgemeinde Niddorf, wonach Treptow die Reinigung, Bepflanzung und Unterhaltung der Lohmühlen, Garzer, Heidelberg, Treptower- und Kiehlstraße übernimmt, wurde zugestimmt. — Für Beschaffung von Lehrmitteln für die erweiterte Gemeindefschule II in der Kiehlstraße wurden 1500 M. bewilligt. Die Schule soll als selbstständige Mädchenschule eingerichtet werden. Die von der Eisenbahndirektion geforderten Beiträge zur Überlegung der Eisdächer Eisenbahn betragen bekanntlich für Treptow auf Grund einer Verständigung mit Niddorf 65 000 M., die Vertretung bewilligte die Summe. — Für die Regulierung der Baumshulenkstraße und Hergabe des Vorgartenlandes hatten sich seinerzeit alle Grundbesitzer bis auf fünf einverstanden erklärt; jetzt, nachdem diese in Angriff genommen worden ist, haben 87 Grundbesitzer Einspruch erhoben, indem sie sich weigern, das Vorgartenland abzutreten. Sie behaupten, daß die Vorgärten aus hygienischen Rücksichten bleiben müssen. Welche Ironie. Die Brunnen, welche verunreinigtes Wasser geben, ströben sie sich gleichfalls zu schließen. Es soll zunächst mit den Beteiligten verhandelt werden, eine Einigung zu erzielen, anderenfalls wird das Enteignungsverfahren eingeleitet. Genosse Karow kritisierte das langsame Vorgehen der Pfleger- und Kanalisationsarbeiten in der Baumshulenkstraße, welches vom Gemeindevorsteher mit der nicht rechtzeitigen Lieferung einzelner Materialien entschuldigt wurde. Ferner bemängelte Genosse Karow die schlechte Beschaffenheit des Spielplatzes in der Jammischen Baumshule und wünschte, daß verschiedene Sträucher, die Disteln usw. entfernt werden. Auch nahm er Veranlassung, auf die Schulartzberichte zu verweisen, welche den Gemeindevorordneten noch nicht zur Kenntnisnahme unterbreitet worden sind. Nach Auslage des Protokolls sind dieselben noch nicht eingelaufen, aber eingefordert worden.

### Röpenitz.

Ein aufregender Eisenbahnunfall hat sich in der vorgestrigen Nacht auf dem hiesigen Bahnhof zugetragen. Der 25 Jahre alte Bahnarbeiter Gottfried Winger, Kaiserin-Auguste-Viktoriastraße 17 wohnhaft, hatte auf einen in die Station einlaufenden Eisenbahnzug aufspringen wollen. Er rutschte dabei vom Trittbrett herunter und kam zu Fall. Unglückslicherweise stürzte er unter den nachfolgenden Wagon und zwar derartig, daß das rechte Bein unter die Räder geriet. Es wurde in der unteren Hälfte vollständig abgefahren. Der Verunglückte, der ungewöhnlich starke Blutverluste erlitt, sand in der h. Klinik zu Berlin Aufnahme.

### Grünau.

Einen Arbeiter-Turnverein gedenkt die hiesige Arbeiterkassette ins Leben zu rufen. Zu diesem Zwecke findet am Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr, in der „Grünen Erde“ eine Besprechung statt. Da der neu zu gründende Verein auch später bei Arbeiterfestlichkeiten mitzuwirken die Aufgabe haben soll, so wird die Arbeiterkassette Grünau ersucht, das Unternehmen zu unterstützen und an genanntem Abend zu erscheinen.

### Reinickendorf.

#### Wahlung, Gewerbegerichtswahl!

Am Freitag, den 26. Juni 1908 finden in der Zeit von 4-7 Uhr nachmittags am hiesigen Orte die Wahlen der Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer) statt. Die Neuwahlen haben im ersten Bezirk, umfassend den gesamten westlichen Ortsteil im Restaurant A. Müller, Scharnweberstr. 14, stattzufinden. Als Kandidaten aufgestellt sind die Kollegen: Franz Müller, Bauarbeiter, Bernhard Konkowski, Holzarbeiter, Wilhelm Spiegleberg, Metzlarbeiter.

Im zweiten Bezirk befindet sich das Wahllokal im Restaurant Sadau, Reibensstraße 124, Ecke Amendestraße. Aufgestellt als Kandidaten sind die Kollegen: Karl Höpfer, Wäder, Wilhelm Kölling, Schneider.

Der dritte Bezirk umfaßt das westlich der Sonntagstraße bis zum Grünau Weg und der Kiehlstraße einschließlich dieser beiden Straßen belegene Gebiet des östlichen Ortsteils. Zur Teilnahme sind nur Kollegen berechtigt, welche das 25. Lebensjahr vollendet, keine Armenunterstützung im vorhergehenden Jahre aus Gemeindefmitteln bezogen oder dieselbe zurückerstattet haben; außerdem solche, welche nicht bei einem Innungsmeister, aber im Bezirk des Gewerbegerichts beschäftigt sind oder dort wohnen, falls sie außerhalb dieses Bezirks in Arbeit stehen.

Arbeiter! Es gilt, von euren wenigen Rechten Gebrauch zu machen. Pflicht eines jeden ist es, seine Stimme den gewerkschaftlich organisierten Kandidaten zu geben. Als Legitimation

genügt eine Bescheinigung des Arbeitgebers oder der Polizeibehörde. Formulare hierzu sind für den 1. Bezirk in den Lokalen von Franke, Auguste-Viktoria-Allee, Muster, Berlinerstraße; für den zweiten Bezirk bei Anebel, Hauptstraße, Nr. Hertmann, Reibensstraße (Ecke Holländerstraße) und bei Unterzeckmann zu haben. Wählt die Listen der Gewerkschaften! Franz Otto, Reinickendorf, Ost, Repturstr. 29.

### Bernau.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm gegen die fünf Stimmen unserer Genossen die Magistratsvorlage, betreffend die Anbringung einer Uhr auf dem Rüstorturm an. Unsere Genossen vertraten die Ansicht, daß die gefährliche Passage am Rüstort eher abzurufen sei, anstatt dieselbe mit einer Uhr zu versehen. Die Beschlüsse für das neue Krankenhaus sowie für den Schulhausanbau lagen der Versammlung vor; es wurde der Magistrat ersucht, in Wäde mit dem Bau zu beginnen. Die Einführung eines Ortsstatuts, wonach die Krankenversicherungspflicht auf die gesamte Hausindustrie ausgedehnt werden sollte, wurde einstimmig vom Magistrat abgelehnt. Bei Begründung der Ablehnung wurde angegeben, daß bis jetzt noch die wenigsten Städte sich zu derartigen Einrichtungen verstanden hätten und auch in nächster Zeit die Versicherung von Reichswegen geregelt werden dürfte. Außerdem wurde seitens der hiesigen Weberinnung die Versicherungspflicht nicht gewünscht. Unsere Genossen erachteten die Begründung als nicht stichhaltig, da die Weberinnung mit ihren 20-25 Mitgliedern gar keine Fühlung mit der großen Mehrzahl derjenigen hat, welche die Versicherungspflicht fordern. Im übrigen dürfte es mit der Reichseinführung noch ziemlich lange dauern, weshalb man nicht warten sollte bis das letzte Dorf sich vorher zu verstanden hätte.

## Vermischtes.

### Eine Tiroler Ortschaft durch Feuer zerstört.

Ein furchtbarer Brand hat den kleinen, allen Tiroler Touristen wohlbekannten Ort Zirl bei Innsbruck heimgejagt und das Dorf fast völlig zerstört. Die Zahl der Opfer, die das Brandunglück gefordert hat, steht noch nicht fest, bis jetzt sind zwei Leichen geborgen.

Ein Telegramm aus Innsbruck meldet: Ein Brand äscherte gestern abend die Ortschaft Zirl ein. Das Feuer ist wahrscheinlich durch Unvorsichtigkeit spielender Kinder entstanden und breitete sich infolge des herrschenden Sturmes mit rasender Eile aus. 164 Häuser, darunter der Pfarrhof, die Kirche, die Post und das Gemeindeamtsgelände, sind niedergebrannt. Das ganze Dorf liegt in Trümmern. 1800 Personen sind obdachlos. Bis jetzt wurden zwei verlorbene Leichen unter den Trümmern gefunden, doch werden noch mehrere Personen vermißt. Vier Personen erlitten schwere, eine große Anzahl leichte Verletzungen. Am Brandplatz arbeiteten 18 Feuerwehren. Von Innsbruck wurde Militär zur Hilfeleistung nach Zirl geschickt.

Bei einer Explosion getötet. Aus Dender wird gemeldet: Bei einer Explosion in der etwa zwanzig Kilometer von hier gelegenen Dupontschen Pulverfabrik in Louber sind einige Arbeiter getötet und mehrere verletzt worden.

Schwere Gewitterschäden werden, wie ein Telegramm aus Nürnberg besagt, aus ganz Franken, insbesondere aus dem Mainthal gemeldet. Blitzschläge verursachten in vielen Dörfern zahlreiche Brände. Der Hauptschaden ist sehr groß. In Obertheim und in Rofe schlug der Blitz in die Kirche ein. In Hirschfeld wurde ein heufahrender Bauer in die Dünggrube geschleudert und erstickte. Der Bürgermeister von Sandberg ließ Geld und Brot verteilen und die Bettungen eröffneten Sammlungen für die vom Unwetter Betroffenen.

Ein verhängnisvoller Automobilunfall ereignete sich, wie aus Magdeburg berichtet wird, Sonntag vormittag auf der Chauffee Argleben-Oberstedt. Dort beruhten ein von der Prinzessin Friedrich zurückkehrendes Automobil, als es einem Radfahrer ausweichen wollte. Das Automobil überfrang den Straßengraben, die Insassen wurden herausgeschleudert. Ein Leutnant der Spandauer Garnison, der die Fahrt als Unparteiischer mitgemacht hat, war sofort tot, die anderen Insassen kamen mit leichteren Verletzungen davon.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 21. 6.		am 20. 6.	
	am	seit	am	seit
	cm	cm	cm	cm
Nemel, Telt	160	0	116	-7
Bregel, Jüterburg	20	+1	69	-15
Wetzfel, Ebn	84	-6	-	-
Oder, Ratib	97	-1	90	0
„ Krossen	90	-4	132	-4
„ Frankfurt	104	+1	41	+4
Wärthe, Schrimm	24	-2	42	-8
„ Randenberg	25	-4	-	-
Rege, Bornham	10	0	269	+5
Eibe, Reimeritz	-33	+7	276	-1
„ Dresden	-152	-1	59	+2
„ Barde	116	-3	125	+7
„ Magdeburg	115	-10	102	-

) + bedeutet Hoch, - Fall, - ) Unterpegel.

### Witterungsübersicht vom 22. Juni 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Witterungsbedingungen		Witterungsbedingungen		Temp. u. G. u. u. u.
	Barometer	Wind	Barometer	Wind	
	h mm	richtung	h mm	richtung	
Strehme	767 RD	4 beiter	769 SSO	4 beiter	12
Domburg	767 RRD	4 beiter	771 RD	1 beiter	19
Braun	765 RD	4 beiter	766 SSO	1 beiter	14
Frankfurt	768 RD	3 beiter	766 SSO	3 wolllig	11
München	761 SSB	1 beiter	764 RD	2 beiter	14
Sten	760 RRB	1 beiter	-	-	-

Wetterprognose für Dienstag, den 23. Juni 1908. Trocken und vorwiegend heiter, etwas wärmer bei mäßigen SW-Winden.

Berliner Wetterbureau.

Zur Unterstützung der Bestrebungen des Deutschen Seefischer-Vereins, dem Berliner Publikum

**billige und gute Seefische** geführten Geschäften zum Verkauf stellen. — Wir offerieren, heute früh hier eintreffend, in lebend-frischer Ware:

**Cabliau** ohne Kopf,

**Seelachs** ohne Kopf,

**Goldbarsch** (Ersatz für Zander),

alles **15 Pf.** per Pfd.

Verkaufsstellen:

Verkaufsstellen:

Verkaufsstellen:

Prinzenstraße 94, an der Ritterstraße.	Schlesischer Bahnhof, Bogen 9-9, Madai-str., bei der Fruchtstr.	Invalidenstr. 131, vis-a-vis Stottiner Bahnhof.	Gr. Frankfurter Str. 85, bei der Marsiliusstraße.	Potsdamer Str. 112a, bei der Luisenstraße.	Wilmsdorfer Str. 57, bei der Dreystraße.	Wilmsdorfer Str. 111, am Stuttgarter Platz, Breitstr. 44, am Markt. Tel. Charlottenbg. 6718.	Spandan. Tegelerstr. 14, Ecke Schloßpar-str. Tel. Tegel 114.
--	---	---	---	--	--	--	--

**Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“, Bahnhof Börse.** Hauptgeschäft **Größte Hochseefischerei Deutschlands** 50 eigene Fischdampfer. Eig. Kühlwaggons z. Seefischtransport. Seefisch-Kochbücher gratis. Central-Farmasprecher Amt III, 6304.

Um Verwechslungen mit ähnlich lautender Firma zu vermeiden, achten Sie genau auf unsere volle Firma. Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil berantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Norddeutscher Buchverleger u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.